Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Ausgabe Nord

Jg. 5 Nr. 32
8. August 1977

Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: H.J.Hager – Erscheint im Verlag Kühl KG Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Mainzer Landstr. 147, 6000 Frankfurt 19 Gedruckt in Frankfurt

Wochenzeitung 50 Pfg.
P 21060 C

Streik der Bergarbeiter in den USA

Über 114 000 Bergarbeiter in den USA, allein 60 000 Arbeiter aus den Kohlegruben der Appalachen, streiken, zum Teil seit über fünf Wochen, gegen die Absichten der US-Kohlekonzerne, sie mit ihren Kranken- und Versicherungskassen zu erpressen. Die Einkünfte der Renten- und Krankenkassen der Bergarbeiter sind seit 30 Jahren an die Produktionsziffern der Kohlegruben gebunden. Mehrfach sind diese Versicherungsfonds in der Vergangenheit bankrott gegangen. Immer konnten die Bergarbeiter jedoch eine Auffüllung der Kasse durch die Bergwerksgesellschaften erzwingen. Diesmal weigerten sich die Grubenherren. Die Bergarbeiter sollen die ärztliche Behandlung zu 40 % selbst zahlen; und die Hungerrenten für die alten Bergarbeiter sollen noch weiter gekürzt werden. Ziel der Kapitalisten ist, die Bergarbeiter zu Produktionssteigerungen zu zwingen – „damit Geld in die Kasse kommt" – und zum Verzicht auf selbständige Streikkämpfe. Im letzten Jahr haben 120 000 Bergarbeiter wochenlang gestreikt, es war der größte selbständige Streik seit Jahrzehnten. Auch in diesem Jahr setzen sie die selbständigen Streiks weiter fort; ihre Hauptforderungen richten sich gegen die mörderischen Arbeitsbedingungen in den Gruben.

Sozialimperialisten verstärken ihr Söldnerheer in Angola

Seit Wochen verstärken sich die Kämpfe in Angola. Den Söldnertruppen des Sozialimperialismus wird im Norden von den Streitkräften der FNLA und im Süden von den Streitkräften der UNITA heftiger Widerstand geleistet. Nach einem Kommuniqué der FNLA ist es ihren Truppen gelungen, die Stadt San Salvador zu überrennen und so lange zu halten, bis die Besatzertruppen aus Kuba Verstärkung herangeführt haben. Angesichts dieser Entwicklung sind die Sozialimperialisten gezwungen, ihre Besatzertruppen zu verstärken. Fidel Castro hat auf einer Kundgebung anläßlich der Niederschlagung der bewaffneten Intervention von CIA-Agenten 1961 gegen Kuba angekündigt, daß weiteres Personal nach Afrika geschickt werden soll. Von Truppenabzug ist nicht mehr die Rede. Laut verkündet Castro, „daß für jeden, der (nach Angola) ging, 30 hier in Reserve zurück"blieben, was nichts weiter heißt, als daß noch mit einigem zu rechnen ist.

Der Kampf gegen die Inhaftie-

Der Kampf gegen die Inhaftierung von Helga Rosenbaum findet breite Unterstützung

Am 15. August soll Helga Rosenbaum, Mitglied des Zentralen Komitee des KBW, in Heidelberg der Prozeß wegen Hausfriedensbruch im Gemeinderat gemacht werden. Weil sie zu einer ersten Verhandlung in diesem Prozeß nicht erscheinen konnte, wurde gegen sie ein Haftbefehl erlassen und sie am 26. Juli, als sie in einem anderen Prozeß das Gericht betrat, verhaftet. Der Kampf gegen die Inhaftierung Helga Rosenbaums findet breite Unterstützung. 29 Arbeiter und Arbeiterinnen von Teroson haben eine Erklärung abgegeben, in der es heißt: „Die Kapitalisten und ihr Staat wollen in Ruhe ihre Ausbeutungs- und Unterdrückungsgeschäfte betreiben, wir aber nehmen den Kampt dagegen auf. Deshalb sollen die Fortgeschrittensten von uns mundtot gemacht bzw. hinter Gitter gebracht werden. Das können wir nicht zulassen und fordern deshalb: Sofortige Aufhebung des Haftbefehls gegen Helga Rosenbaum! Nieder mit dem Haftrecht des bürgerlichen Staates!" Ähnlich äußerten sich in Erklärungen 17 Arbeiter bei Opel in Rüsselsheim, 7 Beschäftigte beim Postamt Köln, 9 Arbeiter bei V-Dia Heidelberg, 9 Mitglieder der ÖTV-Betriebsgruppe an den Universitätskliniken Heidelberg, 10 Radio- und Fernsehtechnikerlehrlinge der Berufsschule II in Emden, der AStA der Fachhochschule für Bibliothekswesen in Stuttgart, 52 Studenten der Universität Mannheim in einem Leserbrief, das Jugendforum Oberes Bregtal, Furtwangen, mehrere hundert Teilnehmer von Veranstaltungen des KBW gegen die Militarisierung des öffentlichen Dienstes. Den 142 Rechtsanwälten, Referendaren und anderen Beschäftigten im Justizwesen, deren Erklärung wir abdruckten, haben sich 82 weitere angeschlossen. Eine Aktionseinheit gegen die Inhaftierung Helga Rosenbaums ruft für den 12. August in Mannheim zu einer Protestversammlung auf. Hans-Gerhart Schmierer, Sekretär des Zentralen Komitee des KBW, wird dort für den KBW sprechen.

Presseerklärung des ZK des KBW Seite 4

Hauch von Konjunktur?

‚Verschärfte Konkurrenz auf den Weltmärkten. Die Arbeiterklasse muß Vorsorge treffen

Der Riese holt Luft. Er geht anderen an die Gurgel. Durch geschickte Finanzmachenschaften haben die USA-Monopolbourgeois den Wechselkurs des Dollars binnen weniger Wochen von rund 2,40 DM auf rund 2,30 DM per Dollar gedrückt. Viele hundert Milliarden Dollar, davon rund 160 Milliarden im Besitz auswärtiger Notenbanken, befinden sich außerhalb der USA, wo allein der Dollar gesetzliches Zahlungsmittel ist. Wer immer diese hunderte Milliarden hat und mit ihnen auf dem japanischen, britischen, französischen, italienischen oder westdeutschen Markt einkaufen will, legt drauf; er muß jetzt 24 Dollar geben, wo es vordem 23 getan haben. Jene Regierungen und auch Großbanken, welche die ungeheure Unsumme von mehreren hundert Milliarden Dollar aufgehäuft haben, legen bei Gebrauch dieser Dollars als Geld die ungeheure Unsumme von 10 bis 20 Milliarden Dollar zu. Wenn, ja wenn sie nicht auf dem USA-Markt einkaufen. Unvermeidlich wird ein erheblicher Rückstrom von Dollars auf den US-Markt eintreten. Immerhin ist der USA-Markt der einzige Warenmarkt, wo dieser Kursverlust sich nicht in gesenkter Kaufkraft des Dollars ausdrückt. Unvermeidlich werden die US-Monopole die Gelegenheit zu einer kraftvollen Preisanhebung benutzen. Solange die Preisanhebung nicht über die durch die Abwertung gesetzten Schranken hinausschwappt, sondern respektvoll gewissen Abstand wahrt, müssen die Dollarbesitzer in den USA einkaufen gehen oder sie legen drauf.

Beileibe nicht als Geschenk der USA-Monopole kamen die vielen Dollar ins Ausland. Die heutigen Dollarbesitzer mußten sehr gute Ware hingeben, um diese innerlich hohlen Dollars zu bekommen. Die US-Monopole haben gute Ware für schlechte Dollars eingekauft und werden jetzt teure Ware für geschrumpfte Dollars verkaufen. Ein schönes Beispiel für „die Freundschaft der freien Völker".

Es ist jetzt schon sicher, daß sich die USA in Folge dieses Spiels einen kräftigen Inflationsschub einhandeln werden. Aber vorderhand können sie ihre Überproduktion besser auf dem Weltmarkt anbringen, zumal eben diese ungeheure Dollarmasse international umtreibt und jeder draufzahlt, der nicht in den USA einkauft. Die Auslandsbestellungen bei den BRD-

der nicht in den USA einkauft. Die Auslandsbestellungen bei den BRD-

Kapitalisten sind prompt rückläufig.

„Noch ist es zwar viel zu früh, aus der Zurückhaltung eines einzigen Monates auf einen neuen Trend zu schließen, aber die Möglichkeit ist nicht auszuschließen, daß sich hierin die ersten Vorboten der DM-Hausse an den internationalen Devisenmärkte bemerkbar macht."

„Hausse" bezeichnet eine Kurssteigerung der DM gegenüber anderen Währungen. Das bedeutet eine Teuerung der von der BRD exportierten Waren auf den Weltmärkten. Wenn diese hohen Preise gezahlt werden, so haben die BRD-Exporteure bloß Vorteil, denn sie können für das erlöste Geld auf anderen Märkten mehr kaufen. Aber leider:

„Besonderes Augenmerk muß dabei der Order(Auftrags-)tätigkeit aus dem Ausland gelten, da hier eine wesentliche Säule des Konjunkturgerüstes ins Schwanken kommt."

Sind die BRD-Imperialisten also die Hauptleidtragenden des Finanzschwindels der USA-Imperialisten? Nur wenn sie tatsächlich auf den Weltwarenmärkten von den USA-Imperialisten geworfen werden. Das geht nicht schnell, das muß sich erst noch herausstellen. Vorderhand verkaufen die BRD-Imperialisten frischauf weiter, und für die bestellten Sachen müssen mehr Gelder gezahlt werden. Wenn es den BRD-Imperialisten gelingt, den Druck der US-amerikanischen Waren auf andere Exporteure auf dem Weltmarkt abzulenken, z.B. Italien, Frankreich, Großbritannien, dann machen sie sogar einen deftigen Schnitt bei der ganzen Sache. Das Heimbringen solch reicher Ernte setzt allerdings eine drastische Verschärfung der Ausbeutung der Arbeiterklasse in der BRD voraus.

Aber dann gibt es einige goldene Monate. Ponto, der es nicht mehr miterleben kann, wird sich im Sarge bäumen.

Außerdem, der Geldmarkt in der BRD ist jetzt schon übervoll. Kapital sucht verzweifelt nach profitlicher Anlage. Und noch nie konnte man mit so wenig D-Mark so viel Anlagen in anderen Ländern einkaufen, als heute der Fall. So lange die BRD-Kapitalisten die Erschwernis des Exportes durch die Dollarabwertung auf andere abwälzen können, machen sie ein doppeltes Geschäft, denn sie erlösen für ihre Waren mehr und können zu äußerst günstiger Kapitalanlage schreiten. Das macht den Verlust, der durch die Entwertung der Dollarreserven entstanden ist, gewißlich wett.

Bedeutet die Dollarabwertung für die USA-Imperialisten Schwierigkei-

(Fortsetzung Seite 2)

50 Jahre chinesische Volksbefreiungsarmee



Das chinesische Volk feiert seine Volksbefreiungsarmee, die jetzt seit 50 Jahren für die Revolution kämpft. Gegründet 1927, schlug die Armee der Arbeiter und Bauern Chinas, geführt von der Kommunistischen Partei, in einem 22jährigen Krieg die japanischen Imperialisten, die US-Imperialisten und die Truppen der von den Imperialisten ausgehaltenen Kuomintang-Reaktionäre. Sie half, den US-Imperialismus bei dessen Aggression gegen Korea zu besiegen. Sie schlug die auf Ränke der revisionistischen Machthaber der Sowjetunion zurückgehenden Angriffe indischer Truppen auf chinesisches Territorium 1962 zurück. Sie erteilte den Sozialimperialisten eine Abfuhr, als die 1968 am Ussuri auf chinesisches Territorium eindrangen. Sie ist ein scharfes Werkzeug der chinesischen Arbeiterklasse und des ganzen chinesischen Volkes gegen die in- und ausländische Konterrevolution und deshalb von hervorragender Bedeutung für die proletarische Weltrevolution.

zen chinesischen Volkes gegen die in- und ausländische Konterrevolution und deshalb von hervorragender Bedeutung für die proletarische Weltrevolution.

„Countdown" – Die Zeit läuft

Die CDU richtet sich für die Wahlkampfführung in Norddeutschland aus.

„Für die niedersächsische CDU hat jetzt ... ein langer Wahlkampf begonnen!" Dies berichtet die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" in der letzten Woche. Nach dem Fraktionsvorsitzenden Echternach von der CDU Hamburg hat der Wahlkampf ebenfalls begonnen: „Das Wahlprogramm befindet sich noch im Stadium der Vordiskussion in einer Kommission des Landesverbandes. Nach meiner persönlichen Auffassung sollte im Zentrum stehen die Frage der Sicherung der Arbeitsplätze." (Die Welt, 18.7.77)

Am 5. März finden in Schleswig-Holstein die Kommunal- und Kreistagswahlen statt, die Hamburger Bürgerschaftswahlen wahrscheinlich zwischen dem 22.4. und dem 17.6. In Niedersachsen finden die Landtagswahlen im Juni nächsten Jahres statt. Die Listen müssen zumeist schon 30 bis 40 Tage vorher abgegeben werden; verschiedentlich sind sie schon aufgestellt.

Die Bourgeoisie bereitet sich auf den Wahlkampf vor. Diese Aufgabe müssen die bürgerlichen Parteien übernehmen. Ist der Einfluß der SPD in den Volksmassen durch die reaktionäre Politik der Bundesregierung gesunken, versucht die Monopolbourgeoisie ihren Einfluß durch eine „bürgernahe" Politik über die CDU abzusichern. Dies ist bei den Hessenwahlen bereits deutlich geworden. Ideologisch kluge Köpfe braucht die Bourgeoisie für diese Politik und hat gleich mehrere aus den eigenen Reihen dazu hergegeben. Ernst Albrecht an der Spitze. Der Mann aus dem Hause Bahlsen.

„Wir müssen die wirtschaftlichen und finanziellen Grundlagen unseres Landes sichern und erweitern ..." „Wir müssen ernst machen mit der Forderung nach Solidarität gegenüber jenen Mitbürgern, die es besonders schwer haben", erklärte Ernst Albrecht in seiner Regierungserklärung im Januar dieses Jahres. Die Geldsäcke sollen noch praller werden, den Arbeitern soll über die Erhöhung der Steuern noch mehr Geld aus der Tasche gezogen werden, das ist das Programm von Ernst Albrecht, das Programm der Monopolbourgeoisie. Unter Solidarität versteht Ernst Albrecht „Verkürzung des Sterbens durch den Verzicht auf lebensverlängernde Maßnahmen." (Stern, 31/77) Solidarität soll auch zwischen den Menschen hergestellt werden, damit die Kosten der Krankenversicherung gesenkt werden können. Solidarität heißt „Einsparungen" von Energie, damit „die Weiterentwicklung unserer Wirtschaft" vorangetrieben werden kann.

Der Wahlkampf muß offensiv durch die Bourgeoisie geführt werden, dem Kampf der Arbeiter und der Volksmassen muß entschieden begegnet werden. Die herrschende Klasse darf an ihrem Ansehen nicht verlieren. Die Arbeiterklasse haßt die Bourgeoisie, das ist das Ansehen, was die Bourgeoisie in der Arbeiterklasse hat.

Der Glanz darf aber nicht verblassen, schnell wird der Tod eines führenden Wirtschaftsmannes namens Ponto genutzt, um festliche Ansprachen und festlichen Gesang erklingen zu lassen. Soll dies eine Wende bringen oder „ist Schleyer der Nächste"?

Die neue Sitzungsperiode des Bundestages hat noch gar nicht begonnen, da versammeln sich die führenden bürgerlichen Politiker, um ihrem gemeinsamen Willen Ausdruck zu verleihen, daß es so nicht weitergeht. Die berühmte Sommerpause ist vorbei, es hat sie gar nicht gegeben.

In den Regierungsgebäuden werden bald wieder die hohen Herren einziehen. Die Zeit eilt.

„Da ist zunächst der 23. Oktober. An diesem Tag werden in den kommunalen Neugliederungen des Landes die Kreisparlamente neu bestimmt. In 18 politisch höchst unterschiedlich strukturierten Landkreisen wird gewählt. Etwa jeder dritte Niedersachse – knapp zwei Millionen Niedersachsen – darf sich an der Wahl beteiligen." (Hannoversche Allgemeine, 6.8.77) „Die Auseinandersetzung wird sich verschärfen", erklärte der Hamburger Fraktionschef der CDU, Echternach: „Was an Gemeinsamkeiten bisher noch geblieben ist – das wird im Wahlkampf verschlissen." (Die Welt, 22.7.77) Verschlissen werden die bürgerlichen Politiker werden, die sich jetzt schon auf ihr Betrugsmanöver im Schweiße ihres Angesichts vorbereiten. „Das wird hart werden", wird so mancher denken, wo doch die Sendung „Monitor", als sie über den KBW berichtete, schon sagte, daß man sich mit dem KBW auseinandersetzen müsse, und zwar die, die es können. Also wird es etliche geben, die es nicht können, „die ihr Geschäft nicht verstehen", sagt man in bürgerlichen Kreisen dazu. Die „Kieler Nachrichten" berichteten am 26.7. über eine verstärkte Kandidatenschulung der Gemeinde- und Kreistagskandidaten in der Schleswig-Holsteiner CDU.

Die CDU bereitet sich auf die Schlacht für die Interessen der Kapitalistenklasse vor. „Die CDU trennten bei der Landtagswahl 1974 nur einige zehntausend Stimmen von der absoluten Mehrheit, sie könnte sie beim nächsten Mal erreichen", will die „Hannoversche Allgemeine" wissen. Hasselmann, Wahlkampfleiter der CDU in Niedersachsen, erläutert die Linie: „Diesmal wird vielmehr Ernst Albrecht, der Ministerpräsident, ganz ins Bilckfeld gerückt. Man setzt auf seine hohe Popularität." Versuchte man Albrecht als wohlüberlegenden, allseitig umsichtigen Landesvater aufzubauen, so ist spätestens bei seinem Überkreisen der Demonstration gegen das Kernkraftwerk Grohnde dieser Lack abgefallen. Abgefallen ist dieser Schein auch bei der Kreisreform, die in Niedersachsen durchgeführt wurde, und die Verschlechterung, Schikane und Unterdrückung für die Arbeiter bedeutet.

„Abendstille überall", singt Ernst Albrecht im Urlaub, schreibt die „Bildzeitung", „abends beim Kaminfeuer". Abendstille heißt nichts anderes, als daß die Arbeiter unterdrückt werden sollen, dies ist die Absicht des Bahlsenmannes, das ist sein Beruf von jeher gewesen.

Der Ausbeutungsprozeß muß rationalisiert und intensiviert werden. Dies sind die nächsten Aufgaben des „Landesvaters". Erste Erfolge sind zu verzeichnen, die wirtschaftliche Entwicklung Niedersachsens ist im Verhältnis zu anderen Bundesländern mehr gestiegen. „Aber wir hinken im Prokopfeinkommen nach wie vor hinterher", erklärte Albrecht in seiner Regierungserklärung im Januar. Welche Prokopfeinkommen interessiert Albrecht? Natürlich die der Kapitalisten und deren Vertrauten, zu denen er auch gehört. Dies wollen sie unter dem Begriff „pro Kopf" verschleiern. Kopf ist aber nicht Kopf, das wissen viele.

Kurzum, die politische Lage ist gespannt, die Bourgeoisie ist sich über die nächsten Aufgaben nicht einig. Dies muß genutzt werden, um den politischen Angriff auf die Bourgeoisie zu führen.

Die Arbeiterklasse und die Bauern werden ins Elend getrieben, an allen

(Fortsetzung auf Seite 2)

Das „gesunkene Image" der Kartoffel

Erst Ruinierung der Kleinbauern, dann Ausplünderung der Arbeiter

Nach dem „Butterberg", verschiedenen „Schweinebergen", dem explosionsartigen Hinaufschnellen der Preise für Kaffee, Tee und dann auch Kakao gibt es jetzt die „Kartoffelkrise". Die „Kartoffelkrise" besteht in einem rasanten Preissturz bei den *Erzeuger*preisen: „Die Preise gleichen nicht einmal annähernd denen des Vorjahres, und sie fallen immer weiter!", stellt die „Landpost" am 30. Juli fest. Die Landwirtschaftskammer Rheinland erklärt am 27. Juli:

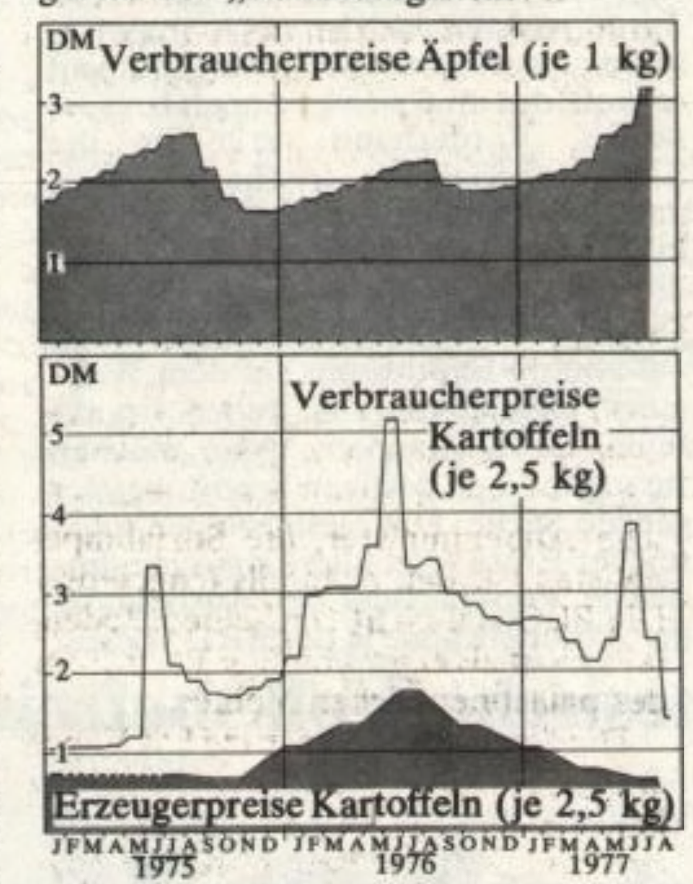
„Während die Erzeuger gegenwärtig für runde Sorten 17,5 Pfennig je Kilogramm erhalten, muß der Verbraucher . . . noch 84 Pfennig bezahlen . . . Der Landwirt kann . . . bei einem Erzeugerpreis von 17,50 DM je Doppelzentner seine Produktionskosten nicht mehr decken. Er müßte bei einem Ertrag von 340 Doppelzentnern je Hektar Marktware 22 DM je Doppelzentner bekommen." (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 28.7.77)

Was erklärt den Preisverfall bei den Erzeugerpreisen? Die Anbaufläche hat sich gegenüber dem vergangenen Jahr mit 415 000 Hektar nicht wesentlich verändert. Die Einfuhrmenge beträgt nach Angaben der Centralen Marketing-Gesellschaft der deutschen Agrarwirtschaft (CMA) ebenfalls nicht mehr als im Vorjahr: bis zum 21. Juli wurden 289 400 Tonnen Frühkartoffeln eingeführt gegenüber 289 100 im Sommer 1976.

Die CMA-„Experten" behaupten das „gesunkene Image" der Kartoffel als Grund. Die Kapitalisten, die über die Genossenschaften und den Handel im vergangenen Jahr unter Berufung auf die „Dürre" gute Speisekartoffelsorten zurückgehalten und abgelagert hatten, Futterkartoffeln zum Verkauf brachten und die Preise in die Höhe trieben, hätten nach den Auffassungen dieser Experten den „Ruf" der Kartoffel als Grundnahrungsmittel „ruiniert".

Dagegen empfehlen die CMA-„Experten" die „Image-Pflege": „Über die Öffentlichkeitsarbeit (soll) eine zweite warme Mahlzeit mit kleinen Kartoffelgerichten kreiert werden", dabei sollen besonders die „Kartoffelfertigprodukte" gefördert werden.

Die „Experten" erklären das „gesunkene Image", also die gesunkene Nachfrage, mit dem hinaufgetriebenen Preis. Warum aber steigt jetzt bei Verfall der Erzeugerpreise das „Image" nicht wieder an? Und wo bleibt das von der bürgerlichen Wirtschaftstheorie bis zum Brechen wiederholte „für alle Seiten gerechte Gleichgewicht" als Ergebnis des „Marktausgleichs"?



Weil in der „Kartoffelkrise" zwei verschiedene Vorgänge ihren Ausdruck finden: die Einschränkung der Lebensmittel, die in die Reproduktion der Arbeiterbevölkerung eingehen, und zweitens die vom Finanzkapital betriebene Ruinierung der kleinen Bauern.

Die herrschende Klasse entzieht der Arbeiterbevölkerung durch Teuerung systematisch eine Reihe von Grundnahrungsmitteln, um den Wert der Arbeitskraft zu senken. Der Weg, dies auszugleichen durch Zuschuß von mehr Arbeit im Haushalt für anderes Gemüse, kleiner Kartoffeln oder Entsprechendes ist versperrt, weil die Frau mit in die Fabrik gehen muß, damit es überhaupt reicht.

Da mögen die Kartoffel- und Gemüsepreise sich „günstig" entwickeln: Es bleibt der Arbeiterbevölkerung im Durchschnitt weder Geld noch Zeit für anderes, als sich an die Produkte der Nahrungsmittelindustrie zu halten: Konserven, Tiefkühlkost, Teigwaren . . . Die Arbeiterbevölkerung ist zum Kauf dieser Waren gezwungen. Was sonst, wenn die Frau mitarbeiten muß, soll auf den Tisch? Die Kapitalisten in ihrer Profitgier wissen diese Lage zu nutzen: Die Preise für die Erzeugnisse der Nahrungsmittelindustrie haben bis zum Mai im Vergleich zum Vorjahr um 8,6% aufgeschlagen.

Obst – zum Ausgleich dieser Mangelernährung um so dringlicher – wird gleichzeitig von den Kapitalisten zum Luxusgegenstand verteuert. Die Kapitalisten rechtfertigen den Ausschuß, den sie der Arbeiterbevölkerung in Läden wie Aldi, Penny usw. anbieten, mit „geringer Anlieferung" infolge „schlechten Wetters". Gleichzeitig erklären sie stolz, daß jetzt endlich das westdeutsche Obst „konkurrenzfähig" geworden sei: „Die Beneluxstaaten und Frankreich, die bislang ihr Obst vorwiegend aus dem Süden importierten, führen diesmal sogar zunehmend deutsche Ware ein." (ZDF, 4.8.) Die Importe der Südfrüchte werden zur Luxusware der Bourgeoisie deklariert, die Obsterzeugung in der BRD – soweit Überschuß über die Konsumtion als Luxusware – wird exportiert. Beides geregelt durch Teuerung. Das stärkt die Expansion des BRD-Imperialismus.

Während die Kapitalisten auf diesem Wege dem Konsum der Arbeiterbevölkerung eine Reihe von Nahrungsmitteln zu entziehen versuchen, schaffen sie mit dem Druck auf die Erzeugerpreise (wie jetzt bei den Kartoffeln) zugleich den Boden, um in der Ruinierung der Existenz der kleinen Bauern und Landwirte kräftig voranzukommen. „Die Bauern müssen mit Einschränkungen und verminderten Einnahmen rechnen", so hat Ertl diese Maßnahmen der Ausdehnung und Konzentration der Kapitalisierung der Landwirtschaft und der „Freisetzung" von bisher selbständigen Bauern für die Lohnarbeit annonciert. Das ist die andere Seite der „Kartoffelkrise".

Gegenüber den Arbeitern versucht die Bourgeoisie diese Politik des Drucks auf die Erzeugerpreise und des Ruins der kleinen Bauern zwecks Erleichterung der Ausdehnung der Kapitalanlage als „saisonale Erleichterung" ihrer Lage zu verkaufen. Dies ist nichts als Betrug und ein Versuch, die Arbeiter und Bauern, die Produzenten des gesamten Reichtums dieser Gesellschaft, gegeneinander auszuspielen. Während die Profite wachsen, sollen die Arbeiter dafür mit Lohnsenkung und die Bauern mit dem Ruin ihrer Existenz bezahlen. – (Z-Red.)

Arbeitsunfall

„Die Volkswagenwerk AG unternimmt seit jeher erhebliche Anstrengungen, um die Arbeitsplätze so sicher wie möglich zu gestalten", beginnt ein Artikel des „Sozialberichts" des VW-Vorstandes. Wie das aussieht, zeigt das Beispiel eines 26jährigen Werkzeugmachers aus dem Wolfsburger VW-Werk: Vor zwei Jahren ist ihm der rechte Unterarm in eine Presse gekommen. Er wollte ein Teil richtig einlegen. Dabei ist die Teilkontrolle ausgelöst worden und die Presse runtergefahren. Der Arbeiter hatte, noch in der Presse eingeklemmt, immer wieder gesagt: „Das kann doch nicht sein. Ich habe doch den Notschalter gedrückt." Dann ist er ohnmächtig geworden. Als er wieder aufwachte, war ihm im Wolfsburger Krankenhaus der Arm amputiert worden. Es hätte keine andere Möglichkeit gegeben, weil der Arm zerquetscht war, wurde ihm vom diensthabenden Arzt erklärt. Dem zuständigen Vertrauensmann der Gewerkschaft war die Mitfahrt ins Krankenhaus verwehrt worden.

Der Arbeiter bekommt eine Abfindung von 12 000 DM zuzüglich 600 DM Unfallrente von der Berufsgenossenschaft. Der Arbeiter kann seinen Beruf als Werkzeugmacher nicht mehr ausüben. Ein Abteilungsleiter des Preßwerks bietet ihm daraufhin einen Arbeitsplatz in seinem Büro an. Der Unfall sei nun mal in seiner Abteilung passiert. Der Arbeiter lehnt ab, er sei noch nicht so weit, den Kaffeekocher für den Abteilungsleiter zu machen. Außerdem wird der Arbeitsplatz als Bote mit einem Hungerlohn bezahlt. Jetzt arbeitet er in der Inspektion. Da ist ihm auch der Lohn gekürzt worden, nur nicht ganz so viel. Anspruch auf Lohnausgleich bei Umsetzung auf einen schlechter bezahlten Arbeitsplatz infolge eines Arbeitsunfalls hat nämlich nur, wer länger als 10 Jahre Betriebsangehöriger ist.

Aber die Unfallzahlen in den VW-Werken sind tatsächlich gesunken. Schmücker setzt alle Anstrengungen auf die imperialistische Expansion. 1976 mußte er 32 Millionen DM an die Berufsgenossenschaft in Form von Beiträgen wegzahlen. Das hat ihn gewaltig geschmerzt, damit hätte er z.B. ein USA-Werk mit finanzieren können.

Die Kapitalisten bezahlen die Beiträge zur Unfallversicherung, anders als die zur Krankenversicherung, selbst. Dies zwingt Schmücker, folgende Rechnung aufzumachen: Was ist billiger, eine Schutzvorrichtung oder eine Beitragserhöhung der Berufsgenossenschaft infolge Rentenzahlung für abgerissene Gliedmaßen der Arbeiter oder anderer Verletzungen? Der Rückgang der Unfallzahlen in den VW-Werken zeigt, daß die alleinige Beitragspflicht der Kapitalisten schon einiges bewirkt.

Aber deswegen Schmücker die Sorge für den Unfallschutz übertragen, wie die Sozialdemokraten aus dem VW-Betriebsrat es tun? Bei dem Arbeiter aus dem Preßwerk war eine wirkungsvolle Schutzvorrichtung offensichtlich zu teuer. Außerdem, der Arbeiter aus dem Preßwerk hatte erklärt, er hätte den Notschalter an der Presse gedrückt. Der Sicherheitsbeauftragte, der diesen Fall bearbeitete, widersprach, das würde nicht stimmen.

1 700 solcher Sicherheitsbeauftragten arbeiten in den VW-Werken. Sie haben folgendes „herausgefunden": 83 % der Unfälle passieren „durch Unaufmerksamkeit, Nicht-Benutzen der Schutzartikel und Nicht-Einhalten der Vorschriften". Die Arbeiter seien also an diesen Unfällen allein schuld, die restlichen 17 % kämen durch technische Mängel. Es wird mit Sicherheit nicht lange dauern, daß Schmücker versucht, das „Verursacherprinzip" einzuführen, um die Schranke der Ausbeutung, die den Kapitalisten durch die alleinige Beitragszahlung gesetzt ist, einzureißen.

Hauch von Konjunktur?

(Fortsetzung von Seite 1)

ten beim Kapitalexport? Müssen sie nicht viele Dollars für Anlagen im Ausland hingeben? Eigentlich schon, bloß in der Praxis stellt sich das Problem anders. Die USA-Imperialisten haben in den langen Jahren der Überbewertung des Dollars sich für ein Spottgeld ungeheure Anlagen zusammengekauft.

Wenn jetzt zum Beispiel Ford/Westdeutschland 700 Millionen Profit an die Muttergesellschaft in den USA zurückzutransferieren hat, so stellten diese 700 Millionen vor der Dollarabwertung einen Geldbetrag von rund 292 Millionen Dollar dar. Nun stellen sie aber rund 304,3 Millionen Dollar dar. Man ersieht, daß die Dollarabwertung für die US-Monopole, die Auslandskapitalanlagen haben, überhaupt nicht weiters „schlimm" ist. 12 Millionen Dollar aus dem Nichts sind schon mal was.

Die ganze Machenschaft hat äußerst üble Folgen für die internationale Arbeiterklasse, außer in den sozialistischen Ländern. Der Inflationsschub, der in den USA eintreten wird, wird zur weiteren Lohnsenkung der Arbeiter dort führen, wenn die US-Arbeiter sich nicht in groß angelegten und machtvollen Streikaktionen erwehren.

In der BRD wird die tatsächliche Teuerung von westdeutschen Waren auf den Weltmärkten den vollkommenen Anlaß für die Propaganda „Mehr für weniger Lohn arbeiten" liefern. Man wird den zum Feind der Konjunktur erklären, der in der „angespannten Lage auf dem Weltmarkt" nicht bereit ist, das Letzte an Arbeitskraft für das Letzte an Lohn zu geben.

Aber was hatte die westdeutsche Arbeiterklasse eigentlich von der gegenwärtigen, „verhaltenen" Konjunktur?

Im wesentlichen die Widerlegung der Sozialdemokratenpropaganda, daß mit besserer Konjunktur eine Besserung der Lage auf dem Arbeitsmarkt und in Folge dessen auch bei den Löhnen eintreten würde.

Die registrierte Arbeitslosigkeit macht im Juli 972 600 Personen aus. Das sind 28 000 mehr als im Vorjahr und 26 000 mehr als vor zwei Monaten. Stingl bemerkt kühl, daß die Firmen vor den Betriebsferien „natürlich" keinen mehr einstellen. Die Wahrheit ist, daß jetzt zunehmend ältere Arbeiter auf die Straße geworfen werden und durch jugendliche Akkord- und Schichtarbeiter ersetzt. Dann heißt es, bei den jugendlichen Arbeitslosen bestünde nicht eigentlich ein Mangel an Arbeitsplätzen, sondern bloß eine „Vermittlungsschwierigkeit".

Die Sozialdemokratie muß einen neuen Dreh finden. Sie muß diesen neuen Dreh rasch haben, um die kommenden Lohnkämpfe zu ersticken. Das ist ihr Job. Da die Sozialdemokratie einen neuen Dreh braucht, wird nachgedacht. In Konturen ist die Propagandamasche erkennbar.

Matthöfer, Hans, Bundesminister für Wissenschaft und Forschung, gibt kund, daß man, da es nun mal schwierig sei, vielleicht doch mit dem Reaktorbau warten solle. Allerdings, allerdings eiserne Energieersparnis sei dann erforderlich, insbesondere bei den „privaten Verbrauchern", und zusätzlich zu dieser eisernen Ersparnis selbstverständlich eine kräftige Teuerung. Sozusagen unter dem Motto: „Ihr habt es ja nicht anders wollen, bedankt euch bei den Demonstrationen gegen das Kernenergieprogramm."

Matthöfer, der Fuchs, die Sache ist doch ausbaufähig! Bald werden wir erleben, wie sich Sozialdemokraten über die Lage in der Gesundheitsversorgung empören und diejenigen verrohte Gesellen schimpfen, die gegen Beitragserhöhungen sind, denn diese sind Feinde der Gesundheit, die bekanntlich das Kostbarste ist, was der Mensch hat.

Und schaut euch nur das Elend der Rentner an! Wie wollt ihr euch da einer Erhöhung der Rentenversicherung widersetzen, die allein dem Elend steuern kann! Zahlt, wenn ihr noch Ehre und Mitgefühl im Leibe habt.

Zahlen wird zur Christenpflicht. Es lebe das Bündnis mit den Kirchen. Und wer bescheiden anmerkt, daß dies aus dem Lohn, wie er heute steht, nun mal nicht zu zahlen ist, dem wird geheimnisvoll mitgeteilt: Wenn wir erst auf den Weltmärkten stark sind, dann wird es wieder besser. Wenn wir erst politisch stark sind, dann lassen sich auch die Rohstoffpreise wieder drücken und ihr werdet billigen Kaffee haben.

Man sollte sich also auf allerhand einrichten. Die Propagandalüge wird kilometerflächige Presseexzesse feiern. Bloß um die Wahrheit zu vertuschen; denn es steht zahlenmäßig gesichert fest: Die bisherige Politik der Gewerkschaftssozialdemokraten, die Interessen der Arbeiter den Interessen der Konjunktur unterzuordnen, hat bloß zur Intensivierung der Arbeit, Ausdehnung des Arbeitstages, Lohnabbau, systematischer Teuerung der unverzichtbaren Lebensmittel, systematischer Steigerung der Steuern und Abgaben geführt.

Bis in wenigen Monaten wird sich die Lage auf den internationalen Märkten anspannen bis aufs äußerste. Die USA-Imperialisten haben sich durch die Dollarabwertung Luft verschafft, indem sie ihren Konkurrenten an die Gurgel gegangen sind. Aber das wird nicht aller Tage Abend sein. Bis sich die USA hinreichend Luft verschafft haben, werden sie versuchen, ihre Konkurrenten von den Weltmärkten herunterzupusten.

Dies kann und wird etliche imperialistische Länder in eine Verschärfung der Krise stürzen. Da muß die Bourgeoisie in jedem Lande ihre Vaterlandsliebe entdecken und eine breitflächige Propaganda über die erforderliche Einheit von der ganzen Bevölkerung unter Führung der Kapitalisten und ihres Staatsapparates ausgießen.

Über die Folgen: Das Maximum des Arbeitstages liegt in Richtung der Verkürzung der Freizeit auf die nackte Schlafenszeit. Das Maximum der Arbeitsintensität liegt in Richtung Kreislaufkollaps am Band. Das Minimum des Lohnes liegt in Richtung Reduktion auf das absolut für die einfache Wiederherstellung der Lebenskraft von einem Tag auf den anderen Erforderliche.

Die Zwischenräume von der heutigen Lage zu diesem Bild sind die Spielräume, auf die es der Bourgeoispropaganda ankommt, denn sie entsprechen nicht dem Ernst der Lage.

Wie weit die Bourgeoisie mit dieser objektiven „Zielprojektion" kommt? Das hängt sehr weitgehend davon ab, wie weit sich die Arbeiter herabdrükken lassen, bevor der scharfe Krach angeht. Ein Hauch von Konjunktur, so bezeichnen die Bourgeois die gegenwärtige Wirtschaftslage. In diesen Hauch von Konjunktur muß ein kräftiger Wind von Streik hineinfahren.

Sonst zahlt die Arbeiterklasse.

„Countdown"

(Fortsetzung von Seite 1)

Fronten entwickelt sich der Widerstand. Die Spannungen zwischen der Bourgeoisie und der Arbeiterklasse z.B. bei den Auseinandersetzungen im Kampf um das Volksbildungswesen konzentrieren sich immer mehr. Dies weiß die Bourgeoisie: „Wir müssen unter Wahrung unseres geschichtlichen Erbes die Zukunft vorbereiten", erklärte Albrecht in seiner Regierungserklärung und macht deutlich, welche imperialistischen Absichten die Bourgeoisie hat.

Die Arbeiterklasse bereitet sich auf diese Kämpfe, die anstehen, ebenfalls vor. Die ersten Betriebsratswahlen stehen an, die wirtschaftlichen Kämpfe, der Kampf um ausreichenden Lohn auf den Normalarbeitstag werden vorbereitet. Die Auseinandersetzungen im Kampf um das Volksbildungswesen, insbesondere im Kampf gegen die Fünfen und Sechsen, sind gleich am ersten Schultag wieder aufgeflammt. Der Angriff auf die Politik der Bundesregierung, der Geschäftsführung der herrschenden Klasse, muß organisiert werden. Dazu führt der KBW Propagandaveranstaltungen durch, um den Kampf der Arbeiterklasse zu organisieren und die revolutionäre Linie der Arbeiterklasse zu unterstützen.

Werden diese Aufgaben einheitlich angepackt, wozu die Kommunistische Volkszeitung eine wichtige Waffe ist, kann sich die Organisation mit der Arbeiterklasse zusammenschließen und die Bourgeoisie bekämpfen.

„EG-Liebäugeleien mit dem Protektionismus"

Es heißt, die Europäische Gemeinschaft würde mit dem Protektionismus liebäugeln. Vor der Deutschen Handelskammer in Tokio „warnte" Minister Friderichs vor „munter wachsenden protektionistischen Tendenzen", und der Präsident des Verbandes des Groß- und Aussenhandels tat's ihm gleich. Der für den Außenhandel der EG zuständige EG-Vizepräsident Haferkamp gab vor der Presse kund: „Nie in den letzten dreißig Jahren stand die Welt näher davor, in den Protektionismus der dreißiger Jahre zurückzugleiten, als im Augenblick."

Diese Bekenntnisse und Verlautbarungen sind reine Heuchelei. Protektionismus bedeutet Einschränkungen und Verbote der Einfuhr von Waren aus anderen Ländern. Tatsache ist, daß die westeuropäischen Imperialisten damit nicht „liebäugeln", sondern mit diesem Mittel des Handelskrieges arbeiten sie.

Mitte Juli haben sie in der EG Höchstmengen für die Einfuhr von Baumwollgarn und -textilien aus Ägypten, Kolumbien, Indien, Malaysia, Marokko, Tunesien, Pakistan und der Türkei festgesetzt. Das ist ein „erlaubtes" Kampfmittel, denn es richtet sich gegen die unter großen Mühen aufgebaute Textilindustrie der Dritten Welt. Natürlich gibt es für die Einfuhr von roher Baumwolle keinerlei Beschränkung.

Die Sorge der Imperialisten ist, daß die Handelsbeschränkungen mehr und mehr im Kampf der Imperialisten untereinander eingesetzt werden. Diese Sorge ist durchaus ernst. Noch stecken ihnen die Wirkungen der Abschnürung des Welthandels in der großen Wirtschaftskrise der 30er Jahre in den Knochen. Sie denken, wenn man laut genug brüllt, vielleicht nutzt diese Angst dann dazu, daß der Konkurrent sich noch zurückhält, während man selbst ja schon mal hier und dort ihm eine auswischen kann.

Den Imperialisten bleibt keine Wahl, ob sie zur Waffe des Protektionismus greifen oder nicht. Sie vollstrecken *Gesetzmäßigkeiten* der kapitalistischen Produktionsweise, die unabhängig von ihrem Willen wirken. Das Kapital schafft sich den Weltmarkt, weil ihm die jeweils eigenen Grenzen zu eng sind, um seinen Profit zu machen. Die Profitgier jagt den Kapitalisten um den ganzen Erdball. Der Kampf um den Weltmarkt ist eine Lebensfrage für die Imperialisten. Ängstlich hat das US-Handelsministerium soeben festgestellt, daß der USA-Anteil am Weltexport von Industriewaren 1976 von 21,2 auf 20,3% gefallen ist. Andererseits haben die EG-Imperialisten ausgerechnet, daß ihr Anteil an den Einfuhren der USA in den letzten sechs Jahren von 23,1% auf 14,8% gefallen ist. Die weltweite Wirtschaftskrise hetzt die Imperialisten aufeinander. Ist es da nicht unumgänglich, daß sie sich gegenseitig den Markt abschneiden, auch wenn sie wissen, daß dadurch die Krise nur noch schlimmer wird, der Zeitpunkt rascher kommt, wo der Handelskrieg in den Krieg umschlägt?

Unmittelbar vor der genannten Presseerklärung von EG-Vizepräsident Haferkamp hatte er sich mit den Außenministern beraten, welche „Gegenmaßnahmen" zu ergreifen sind, falls die USA wegen der exportfördernden Mehrwertsteuer der EG-Länder eine Ausgleichsabgabe erheben. Außerdem wurde bekannt, daß in den zuständigen Ausschüssen der EG bereits eine Verschärfung des Aussenwirtschaftsrechts im Sinne protektionistischer Maßnahmen vorbereitet wird. So sind die Tatsachen. Das andere ist Geschwätz. – (Z-Red.)

Kommunistische Volkszeitung – Ausgabe Nord – Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: H.J. Hager – Erscheint im Verlag Kühl KG. Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf. Postfach 190 240. Mainzer Landstraße 147. 6000 Frankfurt 19. Telefon 0611 / 73 02 36 – Gedruckt in Frankfurt – Redaktion: Hindenburgstraße 15. Postfach 3 406. 3000 Hannover. Telefon 0511 / 81 40 45 – Zu bestellen über: Buchvertrieb Hager GmbH. Postfach 190 240. Mainzer Landstraße 147. 6000 Frankfurt 19 – Jahresabonnement incl. Porto: 36 DM – Gesamtauflage der Kommunistischen Volkszeitung Nr. 32 / 77: 32 000

Mit Erzbischof Makarios ist ein großer Kämpfer für nationale Befreiung und Unabhängigkeit gestorben. Erzbischof Makarios war ein Feind des Imperialismus und des Großmachtstrebens, ein bedeutender Staatsmann der Dritten Welt. Sein ganzes Leben hat Makarios der Befreiung Zyperns gewidmet. Am 13. August 1913 als Sohn eines armen Bauern geboren, wurde er, da sein Vater eine Schulausbildung nicht bezahlen konnte, Novize im Kloster Kykkos. Während des Zweiten Weltkrieges nahm Makarios am bewaffneten Befreiungskampf gegen die Hitler-Besatzung teil. 1946 zum Priester geweiht, hat er den Kampf gegen die zurückgekehrten britischen Kolonialherren fortgesetzt. 1950 hat er eine Volksabstimmung initiiert, in der sich 97 % der griechischen Zyprioten gegen die britische Kolonialherrschaft und für den Anschluß an



Griechenland aussprachen. Den bewaffneten Kampf gegen die britische Kolonialherrschaft hat er von Anfang an unterstützt. 1956 haben ihn die Briten deshalb auf die Seychellen verbannt. In diesen Jahren hat er den politischen Kurs auf den Anschluß an Griechenland geändert und den Kurs auf die Unabhängigkeit Zyperns eingeschlagen. Nur durch diesen Kurs konnte die Einheit des zypriotischen Volkes gegen Imperialismus und Großmachtstreben hergestellt werden. Die faschistische Offiziersjunta, die damals Griechenland regierte, hat 1974 einen Putsch gegen Makarios inszeniert, weil dieser am Kurs der Unabhängigkeit festhielt und gegenüber der Junta eine feindliche Haltung einnahm. Es kam zur Zypern-Krise, weil die Imperialisten, allen voran die beiden Supermächte, diese Situation und die Invasion der Türkei auf Zypern ausnutzten und ihre Rivalität um die Beherrschung der strategisch wichtigen Mittelmeerinsel verschärften. Makarios stellte 1974 während eines Besuchs in der Volksrepublik China fest: „Das Zusammenprallen ausländischer Interessen in Zypern verhindert eine friedliche Lösung unserer Probleme auf demokratischer Basis." Nach seiner Rückkehr nach Zypern hat Makarios den Kampf gegen die ausländischen Feinde dieser Lösung fortgesetzt. Auf einer Kundgebung zum dritten Jahrestag der türkischen Invasion hat er kurz vor seinem Tod festgestellt: „Fragen und Skepsis werden bei einigen aufkommen, wenn sie mit der Idee des langwierigen Kampfes konfrontiert werden. Diese sind Kleingläubige und Defätisten. Ich betone, daß der langwierige Kampf viele Formen annehmen wird." Obwohl Erzbischof der zypriotischen Kirche, war Makarios der treue Führer seines Volkes im Kampf für Unabhängigkeit und Freiheit gegen Kolonialismus und Imperialismus. Das Volk von Zypern, aus dem er hervorging und an dessen Seite er stets gekämpft hat, wird dieses Ziel weiterverfolgen.

Die gerechte Sache der Palästinenser und die Spaltungsintrigen der Imperialisten

Vance reist im Nahen Osten umher. In Ägypten, Syrien, dem Libanon, Jordanien und Saudi-Arabien wird für die „Friedenspläne" des US-Imperialismus geworben. Danach fährt Vance zur Inspektion und Absprache in den Kolonialistenstaat Israel selbst.

Der „Friedensplan" der US-Imperialisten, den Vance verkaufen will, sieht vor: Weiterhin Beherrschung des Westjordanlandes durch Israel, als „Mandatsgebiet", in einigen Jahren eine „Volksabstimmung", ob das Westjordanland als „autonomes Gebiet" zu Jordanien oder Israel gehören solle. Falls die Entscheidung für Jordanien ausfalle, solle Israel auf jeden Fall Stützpunkte erhalten. In den Südlibanon sollen UN-Truppen einrükken. Ähnliches wurde für die anderen besetzten Gebiete vorgeschlagen.

Der Friedensplan ist nicht neu. In Kommunismus und Klassenkampf (Nr. 6/77, S.237) haben wir beschrieben, daß sein historisches Vorbild die Haltung der Indianer in den Reservaten durch die US-Bourgeoisie ist. Man kann ihn auch mit dem Status von Namibia vergleichen. Die US-Imperialisten wollen die völlige Ausplünderung und Ausbeutung der palästinensischen Massen. Vor allem aber ihre *Unterwerfung*, die Unterdrückung ihres Kampfes gegen den Brückenkopf der Imperialisten im Nahen Osten, den Staat Israel.

Die andere Supermacht will im Spätsommer ihren Außenminister in den Nahen Osten schicken. Er soll im August, spätestens im September Besuche veranstalten. Wahrscheinlich wird Breshnew noch in diesem Jahr Ägypten besuchen.

Die diplomatischen Tätigkeiten der Imperialisten im Nahen Osten sind lebhaft. Die Genfer Nahost-Konferenz im Oktober, bei der beide Supermächte den Vorsitz führen sollen, ist aus ihrer Sicht überhaupt nicht gut vorbereitet. Im Gegenteil.

Die wachsende Unruhe der Imperialisten entspringt der Sorge vor dem gewachsenen Kampf des palästinensischen Volkes und der anderen arabischen Völker gegen die imperialistische Aggression, die der Staat Israel bedeutet.

Begründet ist er auf dem Raub des Gebiets des palästinensischen Volkes durch die Imperialisten. Der Staat Israel ist als Spaltkeil in die arabische Nation durch die Imperialisten gedacht, um ihre Einheit und ihren Zusammenschluß zu verhindern und den Imperialisten den direkten Zugriff zu den Bodenschätzen und den anderen Reichtümern dieser Länder zu sichern. Die Imperialisten haben vor 30 Jahren diesen Staat gegründet, haben ihn gepäppelt, gepflegt, mit Waffen vollgepumpt und mit Menschen versorgt. Sie haben ihn Kriege gegen die arabischen Völker vom Zaune brechen lassen, haben seine Niederlage in diesen Kriegen durch massive Intervention verhindert. Sie haben alle Anstrengungen unternommen, das palästinensische Volk im Libanon fast auszurotten, jedenfalls so zu demoralisieren, daß der Kampfwille der Palästinenser gebrochen wird. Das Gegenteil ist eingetreten. Die für die Imperialisten schwierige Lage rührt daher, daß das palästinensische Volk diesen Kampf mit großer Zähigkeit und Entschlossenheit geführt hat und alle Versuche, es zu brechen, mißlungen sind. Die PLO hat sich vor wenigen Wochen noch einmal deutlich zum bewaffneten Kampf bekannt.

Die „Friedensoffensive" der US-Imperialisten wird begleitet von dem Versuch des Siedlerregimes, den Angriffen des palästinensischen Volkes durch weitere Unterdrückung und Vertreibung entgegenzuwirken, und mit Landraub und endgültiger Einverleibung des Westjordanlandes die inneren Widersprüche eine Zeitlang zu dämpfen. Kaum war Begin aus den USA zurück, erklärte er drei „Siedlungen", also Wehrdörfer, im Westjordanland als „offiziell" von der Regierung anerkannt. Zionistische Stoßtrupps hatten sie angelegt. Natürlich wurden sie auch bisher vom zionistischen Staatsapparat unterstützt, sogar in seinem Auftrag aufgebaut. Genau wie die anderen 79 Wehrdörfer, die seit dem Juni-Krieg 1967 in den besetzten Gebieten Westjordanland, Gaza, Golan und Sinai angelegt worden sind. Daß sie der langfristigen Planung des zionistischen Staatsapparats entsprechen, kann man gut daran sehen, wo die „Siedlungen" liegen: Die erste soll zum Industrievorort Jerusalems werden, die zweite liegt direkt neben einem Militärlager und wird dieses ausbauen, die dritte besteht aus dem arabischen Ort Kaddum und ist Vorposten der Zionisten für die „Besiedlung" des in der Nähe liegenden Nablus, einer Stadt mit 60 000 arabischen Einwohnern und eines Zentrums des Kampfes gegen die Besatzer. An Kaddum kann auch die „Besiedlungsmethode" studiert werden: Im Jahr 1975 wurden die Bauern dieses Ortes vertrieben, das Land zwangsenteignet und danach kamen zionistische Vortrupps in das „unbewohnte Dorf" und nannten es „Elon Mohres". Begin hat erklärt: „Es wird noch viele Elon Mohres geben. Es wird viele, viele Siedlungen geben." Ein Plan seiner Partei, des Likud-Blocks, sieht vor, in den nächsten vier Jahren 150 000 Einwohner und 43 Siedlungen westlich des Jordan anzulegen. Die „offizielle" Anerkennung ist der Startschuß für diese Unternehmen.

Gleichzeitig war sie abgesprochen, um den US-Imperialisten die Möglichkeit des scheinbaren Absetzens von ihrer Brut im Nahen Osten zu geben. Man sei enttäuscht, Begin habe Carter hintergangen, die Friedenspolitik der USA hatte eine Ohrfeige erhalten usw. usf. Handlungsspielraum will der US-Imperialismus gewinnen, dastehen als „Gegner" der zionistischen Besiedlungspolitik. Das zielt ideologisch auf die arabischen Massen und die Völker der Welt.

Voraussetzung, damit solche Manöver funktionieren, ist die Isolierung der PLO. Daran arbeitet Vance auch zum großen Teil auf seiner Nahostreise. Jetzt haben die US-Imperialisten eine *Vorkonferenz* der Außenminister in den USA vorgeschlagen. Kommen sollen die Arabischen Außenminister und der israelische, die Sozialimperialisten wurden ebenfalls eingeladen. Die PLO soll nicht erscheinen. Jedenfalls nicht als eigenständige Vertretung des palästinensischen Volkes.

Die ägyptische Regierung hat Vance dafür „gewinnen" können. In Syrien hat er schon auf Granit gebissen. Syrien und die PLO hatten wenige Tage vor dem Vance-Besuch eine Übereinkunft getroffen und beschlossen, diese dem US-Außenminister bei seinem Besuch in Syrien vorzutragen. In ihr sprechen sich die PLO und Syrien unter anderem aus für eine unabhängige palästinensische Delegation bei der Genfer Nahost-Konferenz und einen unabhängigen Staat des palästinensischen Volkes im Westjordanland und im Gazastreifen. Die UNO-Delegationen sämtlicher arabischer Staaten haben gegen die Besiedlung des Westjordanlandes durch die Zionisten protestiert.

Der Granit, auf den Vance stößt, ist der Kampf des palästinensischen Volkes. Er macht die Absichten der Imperialisten, ihren Vorposten sicher zu halten als Mittel der Aggression und Unterdrückung des palästinensischen und der anderen arabischen Völker zunichte. – (Z-Red.)

„Hintergrund" der Nahost-Reise Vances

Der amerikanische Außenminister macht Diplomatie für das USA-Monopolkapital. Es geht um die Profite, die durch die Ausbeutung der arabischen Arbeiter und Bauern, durch die Beraubung ihrer Bodenschätze, durch Übervorteilung beim Handel, durch das auferlegte Schuldenjoch erpreßt werden können.

Warenhandel ist das erste Mittel der Infiltration. Libanon bestreitet rund 12 % seiner Einfuhren aus den USA, Saudi-Arabien 20 %, Jordanien um die 10 %, Syrien 6,5 %, in Ägypten, dem volkreichsten dieser Länder, stehen die USA an erster Stelle der ausländischen Lieferanten. Früher wurden die Länder von den Imperialisten ausschließlich mit Konsumgütern und industriellen Grundstoffen wie Zement, Eisen, Stahl usw. überschwemmt. Jetzt müssen die Imperialisten mehr und mehr ganze Industrie-Anlagen liefern, mit denen diese Länder sich die Möglichkeit schaffen wollen, die Grundlage für eine nationale Wirtschaft zu legen. Die Imperialisten, die dies nicht mehr verhindern können, tun alles, um auch daraus noch gehörigen Profit zu ziehen, durch die Finanzierung und die technische Beratung die Kontrolle über die Fabriken zu bekommen. Um die ausländischen Produktionsanlagen bezahlen zu können, müssen die vom Imperialismus ausgebeuteten Länder um Kredite betteln, die für die Imperialisten Mittel der Erpressung sind. Die USA werden in diesem Jahr rund eine Milliarde Dollar Kredite an Ägypten vergeben. Diese sind an bestimmte Projekte gebunden und müssen ausschließlich in den USA ausgegeben werden. Sowas heißt dann in der Imperialistensprache ein „weicher" Kredit, weil der Zins etwas günstiger als bei Bankkrediten ist. Um diese „weichen" Kredite zurückzuzahlen, muß dann ein harter Kredit genommen werden. So mußte sich Ägypten Anfang des Jahres einen 250-Millionen-Dollar-Kredit von der Chase-Manhatten-Bank erhandeln – für einen Zinssatz jeweils ein Prozent über den internationalen Zinssatz.

Mit den Krediten schicken die Imperialisten ein Heer von „Beratern", „Consulting-Firmen" usw., die sich bis in die Regierungsämter einschleichen. Sie würden das Exportgeschäft der USA „wirksam unterstützen", schreibt die Bundesstelle für Außenhandelinformation in ihren Nachrichten vom 22.3.77. Tatsache ist, daß Saudi-Arabien im Februar einer Reihe US-amerikanischer, japanischer und westeuropäischer Konzerne Aufträge über den Bau von Stromversorgungsanlagen entzogen hat, weil es die Berater mit der „Exportunterstützung" übertrieben hatten und extrem überteuerte Angebote abgegeben hatten. Saudi-Arabien vergab die Aufträge daraufhin an indische und pakistanische Firmen. Ägypten, das bisher kaum eigene Stahlproduktion hat, wollte ein Stahlwerk zur Produktion von 800 000 Tonnen Eisenschwamm jährlich. Die Weltbank aber gab nur für ein halb so großes Werk Geld. Die Imperialisten wissen warum. Stahl ist die Grundlage der industriellen Produktion und möglicht lange sollen die Länder der Dritten Welt von den Stahllieferungen der imperialistischen Monopole abhängig bleiben. Und wo dies nicht mehr zu machen ist, wollen sie wenigstens die Produktion in der Hand halten. Im Stahlwerk Heluan, das auf 1,5 Millionen Jahrestonnen ausgebaut werden soll, übernimmt die US-Steel die Fertigstellung einer Studie über die Ausbeutung der Eisenerzvorkommen. Angefangen hatten diese Studie die Sozialimperialisten der UdSSR. Nachdem sie aus dem Land geflogen sind, wollen die USA-Imperialisten die Nachfolge antreten.

Bau zweier Düngemittelanlagen in Jordanien, einer Stadt für 70 000 Einwohner in Saudi-Arabien, Ausbau einer Flachglasproduktion, Bau von vier Getreidesilos, 26 mechanischen Bäkkereien, Kraftwerken, einer Zementfabrik, alles in Ägypten, das sind einige der Anlagen, deren Lieferung sich die USA-Banken und -Beratungsfirmen im letzten halben Jahr anberaten haben. Zusammen mit den Stahlfabriken alles Knotenpunkte der Industrie. Muß man sich da wundern, wenn die USA-Imperialisten allein in Ägypten 35 Projekte planen, mit denen sie die Arbeitskraft der arabischen Arbeiter und Bauern direkt ausbeuten können? Reynolds baut eine Aluminium-Produktion, Goodyear nimmt eine Reifenproduktion auf, Ford will eine Kfz-Montage einrichten, Coca Cola will ägyptische Arbeiter in einer Abfüllanlage ausbeuten. Auf dem Lande wollen US-Agrarmonopole eine Großproduktion aufziehen

Im Jahre 1975 hatten die USA-Imperialisten im Nahen Osten Kapitalanlagen von vierzehnhalb Milliarden Dollar stehen. Dieses Kapital war äußerst agil in der Auspressung von Mehrarbeit. Laut Statistik des USA-Handelsministeriums war der Profit aus diesen Anlagen über zweieinhalb Milliarden Dollar. Bisher wurde das Kapital vor allem in der Erdölindustrie angelegt. Nun erobert es zusätzliche Wirtschaftszweige.

Für die Sicherung ihres räuberischen Treibens in den Ländern des Nahen Ostens halten sich die USA-Imperialisten – in Gemeinschaft mit anderen Imperialisten – das Kolonialregime von Israel. Fast 1,2 Milliarden Dollar haben sie letztes Jahr den Zionisten als Schenkung zugeworfen. Für 1,6 Milliarden Dollar haben sie Waffen zum Ausbau der Garnison geliefert. Mehr und mehr reduziert sich die Siedlergesellschaft auf ihren eigentlichen Zweck als Kettenhund gegen die arabischen Völker. Die Produktion verkommt, für immer mehr Produkte wurde in den letzten drei Jahren die Produktion oder Montage in Israel eingestellt und durch Importe ersetzt.

Cyrus Vance ist Reisender in Sachen Höchstprofit für die USA-Finanzbourgeoisie, Manager des exportierten USA-Kapitals. – (Z-Red.)

KSZE: Hinter Blechgerede lauert Panzerstahl

Am 5.8.1977 wurde nach mehrwöchiger Dauer die Belgrader Vorbereitungskonferenz der KSZE-Folgekonferenz abgeschlossen. Die Folgekonferenz soll jetzt im Herbst vom 27. September bis 15. Dezember stattfinden. Sie soll die Ergebnisse der KSZE-Konferenz von Helsinki überprüfen, sagen die Imperialisten.

Die Helsinki-Konferenz war vor allem von den Sozialimperialisten betrieben worden. Sie wurde von den Imperialisten durchgeführt, um unter dem Deckmantel der Entspannung die Kriegsvorbereitungen zu verschärfen. Das Ergebnis der Helsinki-Konferenz war eine Schlußakte mit verschienenen „Körben" von Erklärungen, die praktisch alle darauf hinausliefen, das Recht auf Anwesenheit und Einmischung der Supermächte in Europa aufrechtzuerhalten. Unter der ausdrücklichen Feststellung des Gewaltverzichts gewaltsam den Kampf der Arbeiterklasse und der unterdrückten Völker niederzuhalten, um sie zum Gewaltverzicht zu zwingen. Unter der Fahne des Anti-Terrorismus gegen den Kampf der Völker vorzugehen. – Das war die Absicht der blumigen Erklärungen der KSZE von Helsinki: „Die Teilnehmer erklären ihre Entschlossenheit . . . zu achten . . ., sind entschlossen, die Prüfung und Ausarbeitung fortzusetzen . . ., beabsichtigen, die Entwicklung von . . . zu fördern . . ., kommen überein, nun zur Durchführung zu schreiten." (Aus der Schlußakte)

Die Imperialisten sind nach wie vor der Konferenz zur Durchführung geschritten. Zur Durchführung der Kriegsvorbereitung. Beide Supermächte haben das Netz ihrer Stützpunkte in Europa ausgebaut. Die US-Imperialisten haben sich ihre Stützpunkte in Spanien noch von Franco erneuern lassen. In Zypern haben sie den britischen Stützpunkt übernommen, in der BRD ihre Truppen verstärkt. Die SU-Imperialisten haben ihre Truppenstärke vor allem in der DDR um einige tausend Mann erhöht. Die Regierung des westdeutschen Finanzkapitals hat ihr Regierungsprogramm der Profitsicherung und Kriegsvorbereitung zügig vorangetrieben.

Die Folgekonferenz im Herbst dient der Überprüfung der Ergebnisse von Helsinki. Die Vorbereitungskonferenz, die jetzt zu Ende gegangen ist, diente zur Klärung der Durchführung dieser Konferenz. Herausgekommen ist dabei ein langer Streit darüber, wie und womit die Konferenz enden soll. Von der Bourgeoispresse wurde der Streit sorgfältig beobachtet. Scheinbar ging es darum: Soll eine gemeinsame Schlußerklärung erzielt werden und die Konferenz eben solange dauern, bis das Ding da ist – das wurde vor allem von den europäischen Imperialisten vertreten, oder soll ein Schlußtermin gesetzt werden, wo das Gerede auf jeden Fall aufhört? Es gab noch einen Vermittlungsvorschlag der „Neutralen und Blockfreien", er lief darauf hinaus, ein Enddatum zu setzen, Pause zu machen und dann weiterzuverhandeln.

Tatsächlich ging es darum: Den US-Imperialisten ist es gelungen, mit der „Menschenrechtskampagne" und dem „Korb 3" der Helsinki-Konferenz die Sozialimperialisten in die Defensive in der propagandistischen Kriegsvorbereitung zu bringen. Jetzt wollen sie die Belgrader KSZE-Konferenz im Herbst für eine Menschenrechtsdebatte nutzen, zur Verbesserung ihrer Angriffsposition gegenüber dem Sozialimperialismus. Die Sozialimperialisten wollen das verhindern.

Deshalb wollten die westlichen Imperialisten beschließen lassen, daß das Ziel der Konferenz ein Schlußdokument sein muß, das zu den Ergebnissen von Helsinki Stellung nimmt und also zu den „Menschenrechten". Die SU-Imperialisten wollen nur den Zeitpunkt der Beendigung der Konferenz festlegen.

Jetzt wurde die Vorbereitungskonferenz abgeschlossen mit einer „Einigung", bei der jeder seine Position aufrechterhalten kann und die Auseinandersetzung auf den Herbst vertagt wird. Angenommen wurde ein spanischer Einigungsvorschlag, nach dem die Konferenz am 27. September beginnt, am 15. Dezember endet, das ganze sich aber auch um eine Woche verschieben kann. Falls dann keine Einigung über ein Dokument und einen Termin einer neuen Konferenz erzielt wird, setzt die Konferenz ihre Verhandlung am 16. Januar bis Mitte Februar 1978 fort. Die Sozialimperialisten sehen dadurch ihren Standpunkt gedeckt und vertreten: Es muß auf jeden Fall also zu dem Schlußtermin irgendein Dokument da sein, wobei die zeitliche Begrenzung die Hauptsache ist. Die US- und euopäischen Imperialisten vertreten: Die Konferenz wird dann also bis zu einem passenden Dokument weitergehen können. Über die Arbeitsgruppen gibt es verschiedene Interpretationen, ob sie selbständig tagen oder nur am Schlußdokument verhandeln.

Die Imperialisten mußten die Vorbereitungskonferenz abbrechen, weil sie sonst die ganze KSZE und die Pläne, die sie damit bezwecken, der Lächerlichkeit preisgeben. Sie mußten sie so beenden, weil die Rivalität der Supermächte um Weltherrschaft und die Kriegsvorbereitungen der Imperialisten der imperialistischen Konkurrenz entspringen und durch noch so viel Blechgeschepper nicht zu vertuschen sind. Zu beheben sind sie dadurch schon gar nicht, sondern nur durch den Kampf der Arbeiterklasse und der unterdrückten Völker gegen den Imperialismus. – (Z-Red.)

Haftbedingungen und Haftrecht im Imperialismus

Maihofers „Herrschaft des Rechts“

Der Philosoph der jetzigen Bundesregierung, der Polizeiminister Maihofer, bekannte sich in einer Schrift aus dem Jahre 1963 zu einer „Ordnung größtmöglicher Befriedigung der menschlichen Bedürfnisse und größtmöglicher Entfaltung der menschlichen Fähigkeiten ... Wir haben für diese Aufgabe einer steten weiteren Annäherung an jenen Zustand eines Endes aller Verknechtung und Ausbeutung des Menschen durch den Menschen keine Diktatur des Proletariats bei uns errichtet, sondern eine Herrschaft des Rechts.“ (W. Maihofer, Naturrecht als Existenzrecht, S. 49) Als ordentlicher Professor für Strafrecht hat er durch Unterstützung der Strafrechts- und Strafvollzugsreform, als Polizeiminister durch den Ausbau des Bundesgrenzschutzes, des Verfassungsschutzes und des Bundeskriminalamtes wesentlichen Anteil an der Aufrechterhaltung dieser „Herrschaft des Rechts“.

Für die Arbeiterklasse und die Volksmassen bedeutet diese Herrschaft Ausbeutung und Ausplünderung, werden immer größere Teile ins Elend gestoßen. Den notwendig sich dagegen entwickelnden Widerstand zu brechen, hat die Bourgeoisie aufgerüstet und ihren gesamten Unterdrükkungsapparat ausgebaut.

Wesentlicher Teil dieses Unterdrükkungsapparates sind die Gefängnisse und um eine Reform des Vollzugs der Gefängnisstrafen hat sich die westdeutsche Bourgeoisie in den vergangenen Jahren denn auch mit großem ideologischen und politischen Aufwand bemüht.

Auf dem Gebiet des Gefängnisbaus gibt es in den Ländern noch große Pläne, die bis etwa 1985 verwirklicht werden sollen. Schließlich „sind unsere Gefängnisse zur Zeit völlig überaltert und entsprechen nicht mehr den Anforderungen des modernen Strafvollzugs“, wie es die bürgerlichen Politiker ausdrücken.

Von den fünfzig Gefängnissen, die im Jahre 1970 für den Strafvollzug an männlichen Gefangenen benutzt wurden, stammten

6 %
aus den Jahren zwischen 1800 und 1850
12 %
aus den Jahren zwischen 1850 und 1875
16 %
aus den Jahren zwischen 1875 und 1900
36 %
aus den Jahren zwischen 1900 und 1918
14 %
aus den Jahren zwischen 1918 und 1945
und
16 %
aus den Jahren zwischen 1945 und 1970.

Gleich sieht man, daß vor den imperialistischen Kriegen eine rege Bautätigkeit entfaltet wurde. Für die Zeit von 1918 bis 1945 ist der Bau neuer Gefängnisse deshalb relativ gering gewesen, weil gleich Arbeitslager und Konzentrationslager gebaut wurden.

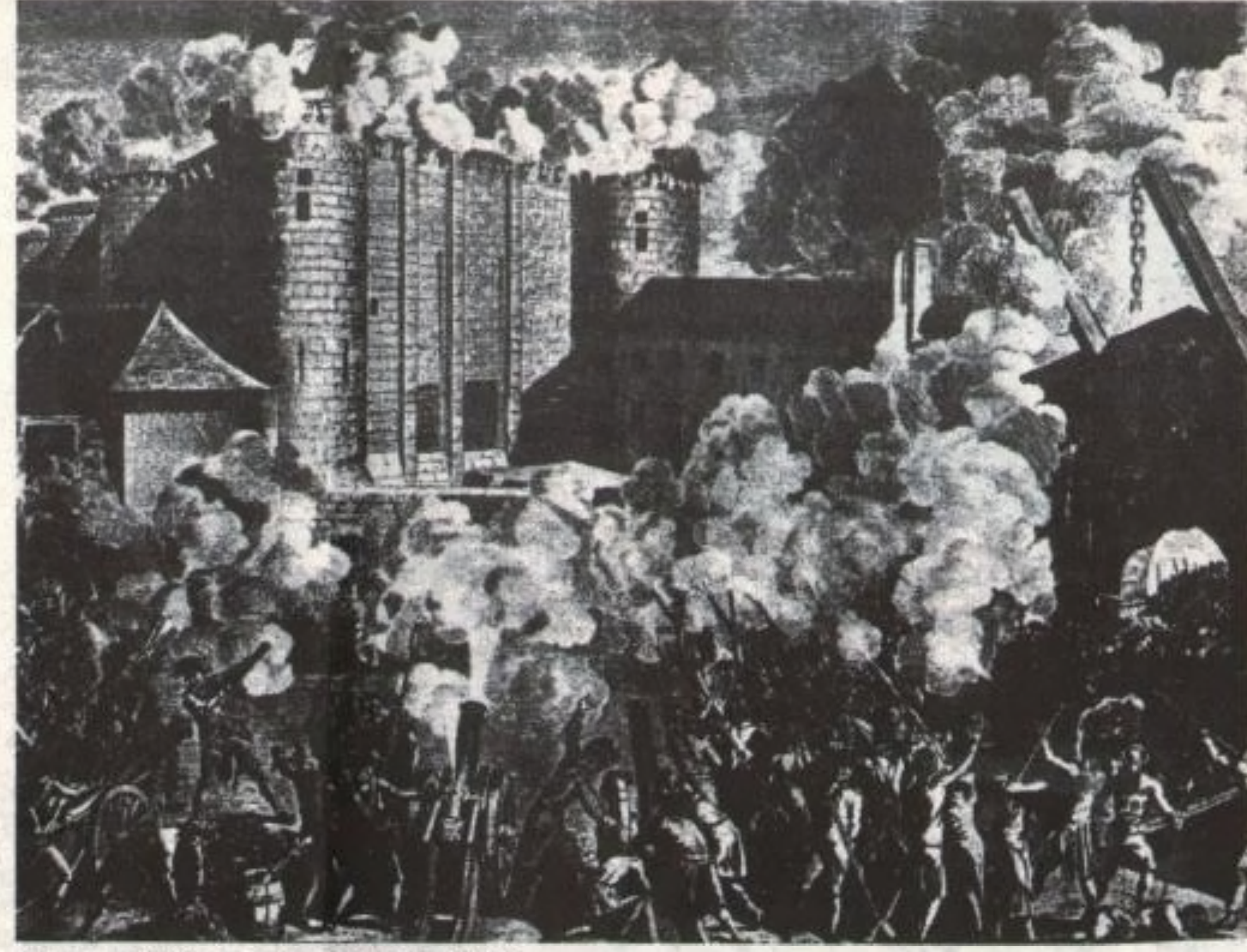
Auch die in der Zeit von 1945 an gebauten Gefängnisse scheinen nicht sonderlich aufregend. Einmal mußten jedoch die alten Gefängnisse teilweise völlig instandgesetzt werden, gleichzeitig wurden kleinere Gefängnisse geschlossen.

Nach den Angaben des Statistischen Bundesamtes ist die Kapazität der Gefängnisse von 1961 bis 1975 bei etwa 60 000 relativ konstant geblieben. Gleichzeitig ist die Zahl der Gefängnisse von 360 im Jahre 1961 auf 168 im Jahre 1975 zurückgegangen. Darüberhinaus sind die Zahlen insgesamt nicht einfach vergleichbar, weil bis etwa 1969 die Zellen so überbelegt waren, daß selbst bürgerliche Gerichte meinten, daß dies nicht mehr vertretbar sei.

Gustav Radbruch, Justizminister in der Weimarer Republik und bekannter sozialdemokratischer Rechtsphilosoph, forderte schon 1957: „Zwar wissen wir, wie eine moderne Strafanstalt auszusehen hätte, um dem Erziehungszweck zu genügen – wie eine moderne Irrenanstalt nämlich, also: Pavillonsystem, Einzelhäuser für sorgfältig gesichtete Erziehungsgruppen, möglichste Unsichtbarmachung der Freiheitsbeschränkung, keine Festungsmauern und keine Gefängnisgitter, feste Häuser nach Art der heutigen Gefängnisse nur für eine kleine Zahl der wirklichen Ausbrecher.“ (G. Radbruch, Der Mensch im Recht, 1957, S. 58)

Ein Ergebnis dieser reformierten Gefängnisse ist die 1970 fertiggestellte Strafanstalt Stuttgart-Stammheim. Zwar nicht im Pavillonsystem, aber sicherer als jedes Irrenhaus.

Die alten Gefängnisse, etwa das in Mannheim, waren sternförmig gebaut. Von einem Zentrum gingen strahlenförmig fünf Gebäudeteile aus, so daß von der Mitte aus alle Zellentrakte eingesehen werden konnten. Immerhin ging diese Bauweise noch davon aus, daß es überhaupt etwas zu beaufsichtigen gab außerhalb der verschlossenen Zellen. Und in der Tat gibt



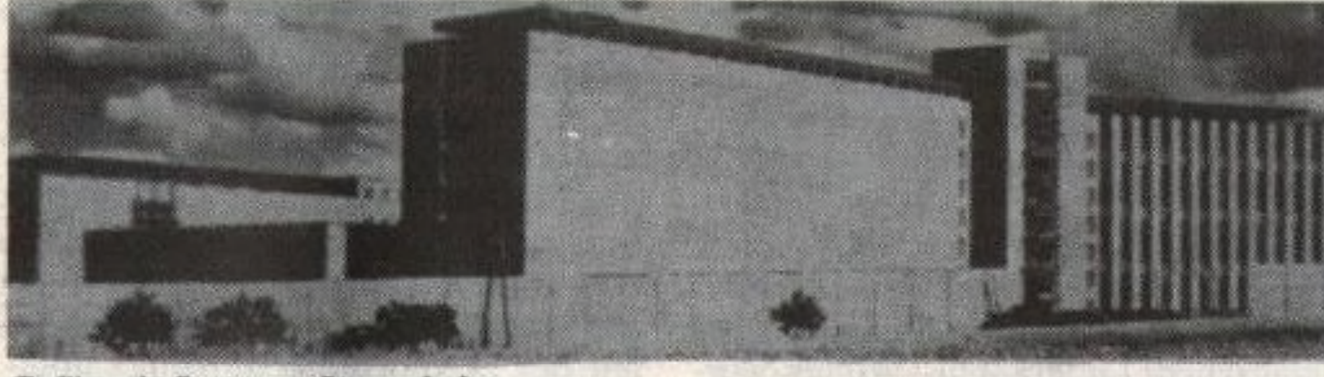
Sturm auf die Pariser Bastille 1789

es in diesen Strafanstalten eine ganze Reihe verschiedener sozialer Beziehungen, so gibt es durchaus einen Markt für Zigaretten, Kaffee etc. Einzelne Gefangene bewegen sich außerhalb der Zelle und dem Arbeitsplatz. Durch die Anordnung der Gebäude gibt es außerdem die Möglichkeit, Sichtkontakt zu den gegenüberliegenden Zellen zu halten.

Das alles ist in Stammheim unterbunden. Die Anordnung der Zellen ist so gewählt, daß keinerlei Sichtkontakt zu anderen Gefangenen möglich ist. Wer seine Zelle verläßt, verläßt sie nur, um an anderer Stelle sofort wieder eingeschlossenen zu werden. Der „Fortschritt“ in der Architektur dieser Strafanstalten ist die Isolationshaft.

Wer Hunderte von Menschen zusammen einschließt, ihrer Freiheit beraubt, der muß alles tun, jeden Zusammenschluß zu unterbinden. Hier

Gefängnis Mannheim



Gefängnis Stuttgart-Stammheim

ein unübersehbares System von Vergünstigungen und Strafen auszuklügeln, war die wichtigste Aufgabe der Strafvollzugskommission, die in den Jahren 1967 bis 1971 dreizehnmal tagte und die Grundlagen für das Strafvollzugsgesetz entwickelte. So ist nach § 6 des Strafvollzugsgesetzes nach der Aufnahme sogleich die Persönlichkeit des Gefangenen zu erforschen und auf dieser Grundlage ein Behandlungsplan festzulegen (§ 7 StVollzG).

„Der Vollzugsplan enthält Angaben mindestens über folgende Behandlungsmaßnahmen:
1. die Unterbringung im geschlossenen oder offenen Vollzug,
2. die Zuweisung zu Wohngruppen und Behandlungsgruppen,
3. den Arbeitseinsatz sowie Maßnahmen der beruflichen Ausbildung, Fortbildung oder Umschulung,
4. die Teilnahme an Veranstaltungen der Weiterbildung,
5. besondere Hilfs- und Behandlungsmaßnahmen,
6. Lockerung des Vollzuges und
7. notwendige Vorbereitung der Entlassung.“

Im nächsten Absatz heißt es dann, daß der Plan stets mit der Entwicklung des Gefangenen in Einklang zu halten ist. Damit muß der Gefangene jede Schikane über sich ergehen lassen, will er nicht Gefahr laufen, die für ihn geplanten „Behandlungsmaßnahmen“ zu verspielen.

Daneben gibt es ein ausgeklügeltes System von Strafen – Disziplinarmaßnahmen – und Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Sicherheit. Diese wurden schon seit langem praktiziert und jetzt im Gesetz legalisiert. Im Jahre 1966 wurden z.B. bei einer durchschnittlichen Belegung der Strafanstalten in der BRD von etwa 57 000 Menschen 26 000 „Straffälle“ registriert. Hausstrafen gab es gar 30 400:

Für einen besonders segensreichen Akt der Erziehung hält die Bourgeoisie es, wenn die Gefangenen zu Billiglohn sich ausbeuten lassen. Stellt ein Bourgeois Strafgefangene ein oder läßt er in einer Strafanstalt arbeiten, wird dies noch als besondere Wohltat gefeiert.

Zu diesen Zwangsanstalten muß die Arbeiterklasse ein klares Bewußtsein entwickeln. Sie sind Teile des Staatsapparats, sachliche Anhängsel (Eugels), sie müssen mit diesem zerschlagen werden. – (Z-Red.)

Heißer Funken

1949: Das Ziel des Finanzkapitals ist erneuter Wiederaufbau der BRD zu einer selbständigen imperialistischen Macht. Stürmischer Ausbau des Unterdrükkungsapparates die Losung, denn es ging nur über die blutige Ausbeutung und Entrechtung der Arbeiterklasse. Eine Kriegsspur gegen die besitzlosen Klassen sind das Verbot der KPD, die 15 Strafrechtsänderungsgesetze, das Grundgesetz, die Notstandsgesetzgebung, die den Weg der Imperialistenmacht BRD säumen.

Das erste der Strafrechtsänderungsgesetze war die Wiedereinführung der Hochverratsparagraphen, die §§ 88 – 98 StGB. Das vierzehnte der § 130a StGB, der die schriftliche oder mündliche Erörterung von Aktionen gegen die Staatsgewalt unter Strafe stellt.

„Die freiheitlich demokratische Grundordnung kennt den Tatbestand der Ausbeutung des Lohnarbeiters nicht“, das ist die endgültige Urteilsfassung des Vernichtungsfeldzuges gegen die Partei der Arbeiterklasse, die KPD. Es geht der Bourgeoisie darum, mit dem Verbot der KPD den Marxismus-Leninismus als revolutionäre Wissenschaft des Proletariats, die ohne Verbindung mit der Praxis aufhört, revolutionäre Wissenschaft zu sein, grundsätzlich unter Verbot zu stellen, nachdem sie durch das Strafgesetzbuch sich bereits ausreichend Mittel geschaffen hatte, um jede Handlung, die sich irgendwie gegen die Interessen der Bourgeoisie richtet, mit Gefängnis zu verfolgen. Dazu haben sie die sachlichen Anhängsel wie Amt für Verfassungsschutz 1950, Bundesgrenzschutz 1952, Bundeskriminalamt, die Foltergefängnisse gebaut. Daß die Bourgeoisie ihr Waffenarsenal nicht hat anwenden können, ist Resultat des Kampfes der Arbeiterbewegung. Wollen tut sie es immer.

Vor drei Monaten hat ein Frankfurter Amtsrichter drei Monate Gefängnis verhängt für das Fahren in den FVV-Straßenbahnen ohne Fahrschein. In Zusammenschlüssen der Massen auf der Straße um Informationsstände unserer Organisation sieht die Bourgeoisie in neueren Anklageschriften den Tatbestand des Landfriedensbruchs erfüllt. Beides zeigt: es geht der herrschenden Klasse um Anwendung und verschärften Ausbau zwecks harter Unterdrückung und Entrechtung.

Die Träumereien und Pläne der Bourgeoisie gehen weit: Da ist das einheitliche Polizeigesetz für die BRD, das den Polizeibeamten Durchsuchung und Festnahmen zu jeder Tages- und Nachtzeit erlaubt, der Todesschuß wird lebhaft erörtert, die Überwachung der Verteidigung und ihr Ausschluß von der Verteidigung. „Das Strafrecht bietet gegenüber ... Billigungen terroristischer Mordtaten nur wenig Handhaben ...“ Eine Strafbarkeit für bestimmtes „an- und aufreizendes Tun im Vorfeld der Anstiftung und Beihilfe“, die Wiedereinführung von „Bestimmungen gegen Aufforderungs- und Aufreizungsdelikte“, so verhandelt die herrschende Kapitalistenklasse ihr Anliegen in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ (2. August 1977). „Den Bereich der im literarisch-wissenschaftlichen Gewande einherkommenden Darstellungen und Interpretationen bestimmter Aktionen berührt der § 130a StGB nicht.“ (FAZ, 2.8.1977) Die Bourgeoisie will Lücken schließen. Schriftliche wie mündliche Propaganda der sozialen Revolution und die Notwendigkeit der Zerschlagung des bewaffneten Gewaltapparates sollen schon im „Vorstadium“ der „Aufreizung“ mit schwerer Strafe belegt werden. Am Montag saßen in der ARD der stellvertretende Präsident des Bundeskriminalamtes, der ehemalige Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz Nollau und Professor Mergen, „Psychologe für Terroristen“, beisammen. „Es muß verhindert werden, daß der Funke auf die Arbeiterschaft überspringt“, sagte Nollau, „dazu müssen wir die Humanisierung der Arbeit, die Mitbestimmung vorantreiben.“ Schmerzerfüllt hat die FAZ das Problem festgestellt: „Wenn man sich das Bild der ‚unbürgerlichen Wohngemeinschaften‘ in der BRD vergegenwärtigt, gewinnt man ein Bild von der relativen Schwäche der speziellen Sicherheitsorgane.“ (FAZ, 5.8.77) Weiter wollen sie in der Überwachung der Arbeiterfamilien. Wenn sich der Klassengegensatz verschärft, die Kriegsvorbereitungen hektisch sind, heißt „Humanisierung der Arbeit“ allemal Einführung der Arbeits- und Konzentrationslager unter Zuhilfenahme der Sozialdemokraten als Spalter der Arbeiterbewegung mit der Fahne der Mitbestimmung. Für uns heißt es Verstärkung der Vorbereitung der Revolution.

Presseerklärung zur Ablehnung der Haftbeschwerde von Helga Rosenbaum durch Beschluß des Amtsgerichts Heidelberg vom 29.7.1977, eingegangen am 2.8.1977

Am 15.8.1977 veranstaltet die Justiz in Heidelberg einen Prozeß gegen Helga Rosenbaum, Mitglied des ZK des KBW, in Heidelberg.

Am Dienstag, dem 26.7.1977, ist Helga Rosenbaum verhaftet worden und befindet sich seither in Untersuchungshaft.

Die Justiz führt zwei Verfahren wegen Hausfriedensbruch gegen Helga Rosenbaum. Sie war Mitglied des Heidelberger Gemeinderats. In diesem Gemeinderat soll sie auch den Hausfriedensbruch begangen haben, und zwar in ihrer Funktion als Stadträtin. Einmal bestand der Hausfriedensbruch darin, daß sie eine Erklärung gegen Fahrpreiserhöhungen verlesen hat. Ein andermal bestand der Hausfriedensbruch darin, daß sie den Stadtrat nicht verlassen hat, als der Stadtrat über die Entziehung der Bürgerrechte und den Ausschluß von Helga Rosenbaum aus dem Gemeinderat beraten und entscheiden wollte.

Helga Rosenbaum ist verhaftet worden, als sie das Heidelberger Gericht betreten hat, um an einem anderen Verfahren teilzunehmen, in dem ihr der bürgerliche Staat Beleidigung des Oberbürgermeisters Zundel von Heidelberg vorwirft. Haftgrund ist: Es sei nicht sichergestellt, daß sie zu Verfahren gegen sie vor Gericht erscheine. Vor ihrer Verhaftung hatte Helga Rosenbaum bereits 12 Ladungen vor Gericht wegen verschiedener Verfahren Folge geleistet. An einem Verfahren hatte sie nicht teilnehmen können und hatte dies dem zuständigen Gericht schriftlich mitgeteilt. Dafür wurde sie nun, als sie vor Gericht erschien, verhaftet.

Anklage wegen Hausfriedensbruch durch Anwesenheit im Heidelberger Stadtrat, in den sie von Heidelberger Arbeitern und Angestellten gewählt worden war, Verhaftung wegen Fernbleiben von Gerichtsverfahren, als sie bei einem Gerichtsverfahren erschien – gibt es deutlichere Beispiele für die Heruntergekommenheit bürgerlicher Justiz?

Die westdeutsche Finanzbourgeoisie hat hinter ihrer „freiheitlich-demokratischen Grundordnung“ viel zu verbergen: in ihren Parlamenten läßt sie Gesetzesmaßnahmen beschließen, die wie die Rentensanierung und das Krankenversicherungskostendämpfungsgesetz auf bewußte Beseitigung von Millionen Rentnern hinauslaufen; dort läßt sie Steuererhöhungen und Fahrpreiserhöhungen beschließen. Dort wird sie sich Kriegskredite bewilligen lassen, wie schon gehabt. Kein Wunder, daß die Bourgeoisie diese Tempel der freiheitlichen demokratischen Grundordnung von Kommunisten freihalten will. Kein Wunder, daß sie die Kommunisten verfolgt, denn die Kommunisten sind bei der Enthüllung der Taten der Bourgeoisie nicht auf Parlamente angewiesen, wie auch ihre Beteiligung an Parlamenten nicht auf parlamentarische Anträge, sondern auf Agitation für den Kampf gegen die Herrschaft der Bourgeoisie abzielt.

Es liegt im Interesse der Arbeiterklasse, wenn wir fordern:
Sofortige Einstellung der Verfahren gegen Helga Rosenbaum!
Sofortige Freilassung von Helga Rosenbaum!

Am Freitag, dem 12.8.1977 um 20.00 Uhr führt in Mannheim, Rosengarten, eine Aktionseinheit gegen die Inhaftierung Helga Rosenbaums eine Veranstaltung unter diesen Forderungen durch. Auf dieser Veranstaltung wird für den KBW der Sekretär des Zentralen Komitee sprechen.

Zentrales Komitee des KBW
gez. Hans Gerhart Schmierer
(Sekretär des ZK)

Sowjetunion – riesiges Gefangenenlager

Die albanische Nachrichtenagentur ATA berichtet, daß in der Sowjetunion etwa drei Millionen Gefangene von 20 000 KGB-Agenten, 200 000 Geheimpolizisten und Millionen Polizeibeamten unterdrückt werden. Jede Regung wird in den Akten des Staatssicherheitsdienstes KGB verzeichnet. Die neuen Zaren haben bereits im Dezember 1958 „Grundsätze der Strafgesetzgebung der UdSSR und der Unionsrepubliken“ als Gesetz verabschiedet. Mit diesem Gesetz wurden die Dekrete aus den Jahren 1918 folgende aufgehoben. Mit den Grundsätzen der Strafgesetzgebung hat die imperialistische Bourgeoisie in der Sowjetunion das Werkzeug aller herrschenden Ausbeuterklassen zur Unterdrückung der Arbeiterklasse und der Volksmassen wieder in Kraft gesetzt. Wurden in den Dekreten 1922, 1924 und 1926 unter der Herrschaft der Arbeiterklasse als Verbrechen nur Handlungen, die gegen das Sowjetsystem und die durch die Arbeiter- und Bauernmacht errichtete Rechtsordnung gerichtet waren, verurteilt, werden im Strafgesetzbuch 1958 die „individuellen Rechtsgüter“ mit geschützt, ganz so wie es die Gesetzbücher der westlichen Imperialisten auch tun. Die westlichen Imperialisten haben denn auch das Gesetz als Fortschritt in Richtung „Rechtsstaat“ gefeiert, als es verabschiedet wurde. Die Bestimmungen über den Vollzug gestatten den neuen Zaren die Einführung von riesigen Arbeits- und Konzentrationslagern.

Eine amerikanische Haftanstalt:

Die Anstalt in Philadelphia wurde 1829 erbaut. Sie ist von 10,5 m hohen Mauern umgeben, die an jeder Ecke einen Wachturm haben. Vom zentralen Innenhof des Hauptgebäudes werden alle Flügel und Außenhöfe mit Hilfe eines Spiegelsystems überwacht. Es sind hierzu immer vier Aufseher im Dienst. In den Flügeln sind rund 1000 Gefangene untergebracht. Die Zellen besitzen kein Außenfenster. In der Zelle ist Bett, Tisch und Stuhl und das Klo mit Waschbecken. Die Aufseher sind militärisch organisiert nach Rängen. Jeder Gefangene wird vollständig erfaßt. Dazu werden Beurteilungsbögen erstellt:
– Angaben zum vorliegenden Haupt-Delikt
– Haftdaten und allfällige weitere Haftbefehle
– Verhalten im Diagnose- und Klassifikations-Zentrum

Die Gefangenen müssen in den sogenannten „Vollzugsindustrien“ arbeiten. Sie erhalten als Arbeitslohn etwa 1/2 oder 1 Dollar pro Tag.

100 DM mehr jetzt!
Die Bedingungen für den Lohnkampf können nur schwerer werden

Betriebsratswahlen Bremer Vulkan

Bremer Vulkan. Auf der Werft hat jetzt die erste größere Branche, die Schlosserei, ihre Kandidaten für die Betriebsratswahl aufgestellt: den jetzigen Betriebsratsvorsitzenden Bettelhäuser, zwei weitere, türkische Betriebsräte und einen Vertrauensmann. Auf der Versammlung haben die Schlosser die Forderungen, die sie anläßlich der letzten Betriebsratswahl erhoben hatten (13. Monatslohn, Werkskantinen, Abschaffung der Behauerarbeiten, Übergabe des Sicherheitswesens an den Betriebsrat), erneut erhoben. Was ist davon zu halten ? In ein, zwei kleineren Branchen sind bereits Kandidaten aufgestellt worden ohne jeglichen Zusammenschluß der Arbeiter unter Forderungen, auf deren Linie der Betriebsrat gleichfalls tätig werden soll. Ist also die Schlosserversammlung ein Fortschritt? Auf keinen Fall ein entscheidender. In der gegenwärtigen Auseinandersetzung auf der Werft ringen zwei Linien miteinander. Die Sozialdemokratie will unter der Losung „Gemeinsam mit den Vulkankapitalisten gegen die Konkurrenz, so können die Arbeitsplätze gesichert werden", die Arbeiter den Interessen der Kapitalisten unterwerfen.

An der Ausrüstungspier liegen zwei Neubauten und ein Reparaturschiff, auf drei Helgen werden Neubauten fertiggestellt: der Vulkan steigt ins Reparaturgeschäft ein, verkündet die Geschäftsleitung großkotzig, so, als hätten die Arbeiter derlei Fähigkeiten nicht längst. Ihnen geht es dabei um den Einstieg in einen weiteren Schiffbauzweig. Gegen härteste Konkurrenz. Siegen tun sie da nur, wenn die Arbeiter zu jeder Zeit unter jeder Bedingung und rund um die Uhr die Reparatur- und Umbauarbeiten verrichten.

Beständig hat es deshalb um Überstunden und Sonn- und Feiertagsarbeit Auseinandersetzungen im Betriebsrat, der diese genehmigen muß, gegeben. Die Sozialdemokraten waren immer für Genehmigungen, um die Konkurrenz zu schlagen. Mit dem Fregattenauftrag im Rücken sind sie dann im Betriebsrat darangegangen, diesen zu spalten, um ihre Linie vollständig durchzusetzen. Auf der Schlosserversammlung haben einige ihrer Vertreter herumlamentiert, der alte Betriebsrat wäre zu hart gewesen und käme der Geschäftsleitung zu wenig entgegen, wo die Arbeiter doch ein Interesse daran hätten, wenn der Vulkan konkurrenzfähig sei, denn dann wären die Arbeitsplätze sicher und immerhin hätte doch jeder die Möglichkeit, sich etwas dazu zu verdienen bei der Überstunden- und Sonn- und Feiertagsarbeit. Damit sind sie auf der Versammlung abgeschifft. Die Schlosser haben nicht von ihren Forderungen gegenüber den Kapitalisten gelassen. Aber zum Kampf gegen diese sind sie nicht zur gleichen Zeit übergegangen. Das ist ihre Schwäche.

Statt Unterwerfung unter die Interessen der Kapitalisten muß es heißen: Kampf gegen diese für die Interessen der Arbeiter. Und dabei steht aktuell nichts anderes im Vordergrund als der Kampf jetzt um eine Lohnerhöhung von 100 DM für alle. Die drängende Frage des niedrigen Lohnes, wo die letzte Tariferhöhung längst weg ist, zu klären, hat die Versammlung nicht genutzt. Das liegt daran, daß sie Leute wie der Betriebsratsvorsitzende Bettelhäuser dominierten, die die Interessen der Arbeiter hochhalten, um dann zu jammern, daß aber niemand dafür kämpfen würde, womit die Forderungen dann sofort wieder zu den Akten kommen. Für die sind die Arbeiter besessen von der Angst um den Arbeitsplatz und fahren ja sonst auch noch ein „dickes Auto". Deshalb schlagen sie eine Taktik ein nach dem Motto: „Pflöcke einschlagen, um später nicht ganz unter die Räder zu kommen." So etwa, daß heute bereits die Forderung nach vollem Lohnausgleich bei Kurzarbeit erhoben wird. Wir haben nichts gegen die Forderung, nur wirkt sie doch vollständig lächerlich, wenn man sich noch weitere Wochen und Monate mit den real viel zu niedrigen Löhnen abfindet!

In der letzten Woche hat die Zelle des KBW ein Programm ausgearbeitet und mit den Arbeitern beraten. Darin sind sämtliche Forderungen, die richtig sind, aufgegriffen, allerdings heißt es dort: „Der insgesamt zu niedrige Lohn ist es, durch den die Belegschaften gespalten werden und damit den Plänen der Kapitalisten gegenüber niedergehalten werden sollen. Fortschritte der Arbeiterbewegung sind überhaupt nur möglich, wenn das Problem des zu geringen Lohnes durch ausreichende Lohnerhöhung bereinigt wird. Deshalb muß jetzt der Zusammenschluß für 100 DM mehr für alle zum Kampf hergestellt werden."

Für dieses Programm gibt es keine spontane Zustimmung, sondern heftige Auseinandersetzungen. Jeder ist für mehr Lohn, aber Streit gibt es darüber, ob man die Einheit herstellen kann, ob man siegen kann und ob man die anderen Belegschaften in diesen Kampf einbeziehen kann.

Bei jedem Arbeiter reicht der Lohn längst nicht mehr auf dem Vulkan sowohl wie in den anderen Industriebetrieben, zudem sind die Helgen und Pier voll belegt, günstige Bedingungen also, um die Vulkankapitalisten zu besiegen. Ende August treten die IGM-Vertrauensleute und Vertreter aller Betriebe des Bereichs Unterweser zusammen. Das muß man zur Herstellung der Einheit nutzen. Die Bedingungen sind also nicht schlecht, sie können hingegen nur schwerer werden. So sollen Ende September sämtliche Überstunden gestrichen werden, bis auf die Ausrüstungswerke. Dort Ende Oktober. Dies wird den Druck auf die Arbeiter steigern und ihre Spaltung erhöhen, trifft es doch jeden anders.

Im Aufenthaltsraum der Elektriker und Schlosser ist jetzt eine große Wandzeitung zur Rentenreform aufgehängt worden, die zeigt, wie die Kapitalisten die Vernichtung der Rentner betreiben. Rege Debatten und Rechnereien hat es gegeben. Jetzt läuft kein Sozi mehr herum und schwätzt etwas von wegen „Kriegen doch alle 1 500 DM Rente" und „Den Rentnern geht es doch gut". Als ein Genosse auf einer Betriebsratssitzung verkündete, auf der nächsten Betriebsversammlung müßten unbedingt die Rentenreform und das Krankenversicherungskostendämpfungsgesetz verhandelt werden, waren die Sozis ganz aus dem Häuschen: „Alles noch so vage", „man weiß noch nichts genaues", redeten sie daher. Um anschließend unter sich zu schimpfen: Das läge alles daran, daß die Partei immer ihre Beamten ins Parlament schicke, und sie als Arbeiter könnten das ausbaden, das würde ihnen langsam reichen, sie hätten nie solche Gesetze verabschiedet.

Die Rentenwandzeitung schloß mit der Losung „Kampf für 100 DM mehr Lohn jetzt!" Jetzt wollen mehrere Arbeiter die Untersuchung über die Entwicklung ihres Lohnes und ihrer Reproduktion als Aushang anfertigen, um die Lohnforderung nach 100 DM mehr zu begründen. Das wird gut für die kommenden Versammlungen sein. Man wird alle Kandidaten fragen, was sie zu diesem grundlegenden Problem zu tun gedenken und die Arbeiter zum Kampf um mehr Lohn zusammenschließen. So wird aus der Betriebsratswahl was werden. – (Zelle Bremer Vulkan)

„Kayode Bakare": Streikfront steht!

Bremen. Nach wie vor streiken die 21 Seeleute der „Kayode Bakare". Sie fordern die Bezahlung nach dem Tarif der ITF (Internationale Transportarbeitergewerkschaft). Die Verhandlungen haben bisher zu keiner Einigung geführt. Der Schiffseigner versuchte, die Streikfront der Nigerianer durch Aushungern zum Kippen zu bringen. Er ließ die Bordküche schließen. Die Seeleute wurden von Land durch die ITF verpflegt. Am Freitag mußte aufgrund einer einstweiligen Verfügung die Bordküche für die Seeleute wieder geöffnet werden. Der Streik der Seeleute findet die Unterstützung der Hafenarbeiter. Am Samstag organisierten die Seeleute zusammen mit der ITF am Ansgarikirchhof einen Stand, wo sie die Arbeiter und Angestellten über ihren Kampf informierten, Tänze aus ihrer Heimat zeigten und Lieder sangen. Sie stießen überall auf große Sympathie.

Nach den VW-Werksferien

Hannover. Nach drei Wochen Werksurlaub lief am 1.8. die Produktion bei VW wieder an. „Ich freue mich richtig auf meine Arbeit", so lautete eine Überschrift in der „Bild" vom 2.8. Sie soll die Stimmung der VW-Arbeiter ausdrücken. Tatsächlich drückt sie die Hoffnung der VW-Kapitalisten aus, daß die Arbeiter willig verschärfte Auspressung hinnehmen. Nach drei Wochen Urlaub kann man nicht erholt sein von einem Jahr Ausbeutung, das voll von Sonderschichten und Stückzahlerhöhungen war. Von wegen Freude – die Sonderzahlung und das Urlaubsgeld sind jetzt abgegolten, jetzt schlägt der niedrige Tarifabschluß voll durch.

Im Werksurlaub haben die VW-Kapitalisten überall Produktionerweiterungen und -umstellungen durchführen lassen, um noch raffinierter auch das Letzte aus den Arbeitern herauszuholen. So wurde mit dem Bau von automatischen Schweißstraßen begonnen, die -zig Arbeiter durch Industrieroboter ersetzen sollen. Die Arbeiter, die die Umbauarbeiten durchführten, größtenteils aus Fremdfirmen, mußten täglich Überstunden fahren. Im Werk Hannover z.B. mußten die Elektriker täglich zehn Stunden, die Schlosser 13 und andere Arbeiter bis zu 14 Stunden arbeiten. Allein in Wolfsburg waren 6 800 Arbeiter damit beschäftigt, die Bänder umzustellen und die Lackiererei zu erneuern.

Hektisch gehen die Kapitalisten daran, jede Pore im Arbeitstag zu füllen, um größeren Profit herauszuschlagen. Keinesweg freuen sich die Arbeiter darüber. Sie müssen sich jetzt beraten, um sich für den Kampf gegen Rationalisierungen und für mehr Lohn zusammenzuschließen. Mittel dazu sind die Lohnzettelversammlungen und die anstehenden Betriebsversammlungen im Herbst.

Gesamtbetriebsrat grundsätzlich für Fusion, aber jetzt noch nicht.

Einswarden. In der „Nordwestzeitung" vom 4.8.77 stand eine Stellungnahme des Gesamtbetriebsrates von VFW anläßlich der bevorstehenden Fusion von VFW und Messerschmidt-Bölkow-Blohm (MBB). „Der Betriebsrat hat mit Berechtigung den ‚Abbau des diskriminierenden Nord/Süd-Gefälles im Wehrtechnischen Bereich' gefordert. Zahlen beweisen es: VFW 21, MBB 58 und Dornier 90 % (der Produktion sind Wehraufträge, Red.). Bliebe es bei diesem Gefälle, wäre eine Nord/Süd-Fusion sinnlos. Ohne tatkräftige Bonner Gevatterschaft wird es zu keiner befriedigenden Lösung kommen. Ob auch mit den Niederländern? Das ist die Rätselfrage."

Auf einer Betriebsversammlung bei VFW Einswarden sagte der Betriebsratsvorsitzende Wilksen, der auch im Gesamtbetriebsrat ist, daß der Gesamtbetriebsrat grundsätzlich für Fusion sei, nur im Moment nicht. Daß VFW wegen des schlechten Verkaufs der VFW 614 und des Airbus A 300 schlechter dastünde als MBB. VFW könnte dann nicht die Führung des neuen Konzerns übernehmen. So macht sich der sozialdemokratische Gesamtbetriebsrat unter Vorsitz von Hillbrink zum direkten Vorreiter für die Kriegsvorbereitungen des BRD-Imperialismus. Er fordert mehr Kriegsproduktion bei VFW, das sichere die Arbeitsplätze.

Die VFW-Kapitalisten verschärfen die Ausbeutung und den Druck auf den Lohn, sie ringen um die Führung des neuen Konzerns. Sie brauchen noch etwas Zeit. Bisher haben sie schon einiges „geleistet":

Während der derzeitigen Kurzarbeitsperiode April bis Dezember 1977 haben sie die Arbeit im Rumpfzusammenbau so verdichtet, daß heute sechs Arbeiter den Rumpf des Airbus A 300 in 15 Tagen zusammenbauen, während es vorher zwölf machten. Für August wurde die Kurzarbeit ausgesetzt, die Genehmigung für den Rest des Jahres besteht noch. Die Kantinenpreise sind um 11 % erhöht worden, die Fahrtkostenzuschüsse gesenkt. der neuen Klebehalle abgebrochen, weil ein Arbeiter aufgestanden ist und gesagt hat, daß die neue Halle den Arbeitern gar nichts nützt, wenn die Arbeitsbedingungen nicht geändert werden. Das war die Meinung der Arbeiter. Seither ist die Einheit darüber, daß die Streichung der 25 Pfennig Klebezulage verhindert werden muß, gestiegen. Die Arbeiter werden nicht zulassen, daß der neue Bau zur Verschärfung der Ausbeutung genutzt wird, die Kapitalisten haben das schon auf der „Feier" zu spüren bekommen.

Annahme der Zeugnisse verweigert

Hamburg. Die bürgerliche Presse hat zur Zeit der Zeugnisvergabe berichtet über Selbstmordgedanken, Magenschmerzen, Ausreißversuche von Schülern. Sie hat die Pfaffen angepriesen zur Minderung des Leids der Schüler und ansonsten schwadroniert über Willkürmaßnahmen einzelner Lehrer sowie die Gerechtigkeit und Unersetzbarkeit des Notensystems. Daß es Kampf gibt gegen die Notenunterdrückung, konnte man in der bürgerlichen Presse nur schließen aus dem sich häufenden Lamento über Indoktrination durch kommunistische Lehrer. Tatsächlich kommt der Zusammenschluß gegen die Schulunterdrückung voran. An der Sonderschule Schwarzenberg haben sich fünf Schüler geweigert, das Konzentrat der vorjährigen Notenunterdrückung in Form des Zeugnisses in Empfang zu nehmen. Ein Schüler verbrannte sein Zeugnis, einer zerriß es, ein dritter schmiß es ins Klo. Die Drohung, daß es ohne Zeugnis keine Lehrstelle gäbe, verpuffte wirkungslos. Die Sonderschüler wissen, daß sie mit dem Etikett „Sonderschule" sowieso schon zu Hilfsarbeitern abgestempelt sind. Sie sind für radikale Maßnahmen.

„Einer und alle"

Westberlin. „In den Kohle- und Eisenbergwerken arbeiten Kinder von vier, fünf, sieben Jahren, die meisten sind indes über acht Jahre alt. Sie werden gebraucht, um das losgebrochene Material von der Bruchstelle nach dem Pferdeweg oder dem Hauptschacht zu transportieren (England 1830)." „In Deutschland herrschten ähnliche Zustände. Wer hätte den armen Kindern helfen können? Es war der Staat – in Preußen 1839 – , der die Kinderarbeit durch Gesetz beschränkte ... Heute gibt es das Gesetz zum Schutze der arbeitenden Jugend." (Schulbuch „Einer und alle", Klett-Verlag 1975, daraus auch alle folgenden Zitate)

So wirds den Kindern in der Schule erzählt. Früher war es schlimm in der Fabrik, aber der Staat hat Gesetze geschaffen, heute ist es gut. Das ist widerliche Lüge. Nicht der Staat in Preußen war es, der den „armen Kindern" half, sondern die Arbeiterbewegung trotzte dem Staat Gesetze zum Schutze ihrer Jugend ab. Aber nie hat der Staat den Versuch aufgegeben, in die den Kapitalisten durch diese Gesetze auferlegten Schranken Breschen zu schlagen. Tatsächlich ist es so, daß in der gleichen Stadt, wo nach diesem Schulbuch den Kindern eingetrichtert werden soll, es gäbe Gesetze zum Schutze der arbeitenden Jugend, junge Arbeiterinnen bei Siemens in Mariendorf im Akkord bei Taktzeiten von ein, zwei Sekunden zugrundegerichtet werden, ganz legal, nach eben diesem Gesetz.

Auf diese Arbeit soll dann in der Schule auch gleich vorbereitet werden. So wird im selben Atemzug, in dem die Kinderarbeit in der Konservenfabrik verdammt wird, das Fließband hochgelobt. (Siehe nebenstehende Bilder mit Bildunterschriften.)

Die Auswirkung der Fließbandarbeit für die Arbeiter, die verstärkte Auspressung ihrer Arbeitskraft, die Zerstörung ihrer Gesundheit, werden verschwiegen. Bedeutet doch die billige Herstellung der Relais bei Siemens Mariendorf für die Arbeiterinnen, daß sie ihre Arbeitskraft billig verkaufen müssen und für die billigen Relais früher ins Gras beißen sollen.

Weil die Arbeiterjugend natürlich schnell merkt, daß es mit der Schulbuchidylle nichts ist, was sie sicher vorher auch schon von ihren Eltern mitbekommen hat, muß die Unterdrükkung in der Fabrik schulmäßig vorbereitet werden. „Die Mitarbeiter eines Betriebes bilden die Belegschaft. Wenn Menschen miteinander arbeiten, benötigen sie eine Ordnung ... Es kann sein, daß Ihnen einige der Bestimmungen Ihrer Betriebsordnung nicht passen, daß Sie manches für falsch halten. Aber es wird gut sein, wenn Sie mit ihrer Kritik warten, bis Sie Erfahrung gesammelt haben. Dann sollten Sie sich jedoch für Verbesserungen einsetzen."

Statt sich nach einiger Zeit „einzusetzen", was das auch immer sein mag, wird der Arbeiterjugend nichts anderes übrig bleiben, als sofort den Kampf aufzunehmen. Die Gedanken, die in dem zitierten Schulbuch verbreitet werden, sollen ihr die Köpfe vernebeln und sie daran hindern. Dieses Buch ist sozialdemokratisch. „Nehmen wir an, folgendes geschähe: 1. In Ihrem Betrieb wird durch einen Anschlag bekannt gemacht: ‚Wir müssen ab morgen die Löhne unserer Arbeitnehmer um 15 Prozent kürzen. Wer mit dieser Lohnkürzung nicht einverstanden ist, müssen wir entlassen.' In Ihrem Betrieb erklären die Arbeitnehmer: ‚Wir verlangen ab morgen höheren Lohn und kürzere Arbeitszeit. Wenn unsere Forderungen nicht erfüllt werden, kommen wir nicht mehr zur Arbeit.' In beiden Fällen kann es sich um berechtigte Forderungen handeln. Es wäre aber für den Arbeitnehmer ebenso ungünstig wie für den Arbeitgeber, wenn die jeweils andere Seite den Lohn oder die Arbeitszeit von heute auf morgen ändern und ihre Forderung mit der Drohung der Entlassung oder der Arbeitsniederlegung erzwingen könnte. Der Arbeitgeber, der einen Auftrag annimmt, muß kalkulieren können. Er muß also wissen, welche Löhne zu zahlen sind und in welcher Zeit er den Auftrag ausführen kann. Der Arbeitnehmer will wissen, was er am Zahltag nach Hause bringt."

Wir werden dafür sorgen, daß diese Lügen der Bourgeoisie immer kürzere Beine bekommen, auf daß sie bald völlig zusammenbrechen. Wir werden eine Enthüllungskampagne über die Lage der Arbeiterjugend in den Fabriken organisieren. Arbeiterinnen bei Siemens-Mariendorf haben sich auch schon besprochen: „Gut wird's sein, wenn man mal auf Einladung einer Schuklasse denen erzählt, wie's wirklich läuft." – (KJB Siemenszelle/Westberlin)



Kinderarbeit in einer Konservenfabrik.



Die wichtigsten Auswirkungen der Fließbandarbeit:
1. Es können in der gleichen Zeit viel mehr Waren hergestellt werden.
2. Viele Arbeiter müssen ihren ursprünglichen Arbeitsplatz verlassen, weil für eine bestimmte Fertigung nicht mehr so viele Arbeitsplätze und Arbeitskräfte nötig sind.
3. Jeder Arbeiter muß sich in seinem Arbeitstempo nach dem Fließband richten.
4. Die Waren können billiger hergestellt und verkauft werden.
5. Viele Menschen können Waren kaufen, die sie sich nicht leisten könnten, wenn sie wie einst hergestellt würden.

aus: Schulbuch „Einer und alle" (Klett Verlag Stuttgart)

Um Blutsauger trauert man nicht

„Jürgen Ponto gilt unser Dank, nachhaltig hat er sich für die Stabilität in der Wirtschaft und für die Sicherung der Arbeitsplätze eingesetzt. Zahlreiche Unternehmen verhalf er in schwierigen Zeiten zu konstruktiven Lösungen. Bedeutende Exportfinanzierungen brachten Arbeitsplätze für viele Menschen ... Er bleibt uns als Vorbild und Verpflichtung ...", heißt es in der Traueranzeige, die der Betriebsrat der Dresdner Bank und der Bank für Handel und Industrie „im Namen der 30 000 Mitarbeiter" veröffentlichte.

Wir erfuhren davon sechs Stunden nach der Veröffentlichung per Umlaufzettel. Um jemand, der allein für den Vorstandsposten der Dresdner Bank im Jahr soviel Geld einsackt, wie unsereiner in 50 Jahren kaum verdienen könnte, der mitverantwortlich ist für die Verschärfung der Ausbeutung und Unterdrückung der Arbeiterklasse und der Völker der Dritten Welt, trauert man nicht. Der Vorstand der BHI, deren Aufsichtsratsvorsitzender Ponto war, gab deshalb eine Richtfibel heraus, wie sich die Beschäftigten zu verhalten haben. In jeder Zweigstelle sollte ein Bild Pontos, eine Vase mit elf weißen Nelken mit einem Kondolenzbuch aufgestellt werden. Die Kondolenzbücher wurden bewacht, damit niemand einen passenden Satz reinschreiben konnte.

Den Beschäftigten wurde nahegelegt, sich angemessen zu kleiden. Während die Abteilungsleiter, Direktoren usw. in dezentem Dunkel erschienen, trugen viele Kollegen fröhliche Farben. In einer Abteilung hatte die Leiterin es gewagt, die Richtlinie während der Pause zu verlesen. Wegen dieser Belästigung haben die Kollegen die Pause um eine Viertelstunde verlängert. – (Bezirk Westberlin)

Der Lohn reicht nicht hin und nicht her

Kiel. Ich arbeite im Einzelhandel und bin im siebten Berufsjahr. Seit der „Lohnerhöhung", die im wesentlichen bestand aus der anrechnung der übertariflichen Zulagen, verdiene ich 788 DM netto. 210 DM gehen schon für die Miete drauf (zwei Zimmer, Ofenheizung, ohne Warmwasser und Dusche). In der Kantine bleiben monatlich 70 DM für Essen. Fleisch ist dabei eine Rarität, satt wird man auch nicht. An manchen Tagen ernähren wir uns von Schokolade. Die Folge: Vitaminmangel, Kreislaufstörungen, kaputtes Zahnfleisch. Die 320 DM für eine Brücke kann ich nicht aufbringen, also wird weiter auf dem Zahnfleisch gekaut. Jetzt bin ich umgezogen in die Nähe des Betriebes, um Fahrgeld zu sparen. Für weitere Wege wurde ein Fahrrad gekauft. Folge: jetzt 300 DM minus auf dem Konto. „Lebenskünstler" will die Bourgeoisie aus uns machen. Die Arbeiter und Angestellten müssen eine andere „Kunst" erlernen: die Bourgeoisie zu stürzen.

Stingl will „Arbeitswilligkeit testen"

Erfahrungen mit dem Arbeitsamt

Hannover. Steigende Arbeitslosenzahlen hat die Bundesanstalt für Arbeit für Juli gemeldet. Die Bourgeoisie ist entschlossen, mit neuen Zwangsmaßnahmen zur Zerstörung der Arbeitslosenversicherung den Druck auf die ganze Arbeiterklasse zu verschärfen. Mit dem Arbeitsvermittlungserleichterungsgesetz bereitet die Regierung einen weiteren Schritt zur Verwandlung der Arbeitslosenversicherung in ein Instrument zur Abpressung von Zwangsarbeit. Die tägliche Praxis der Arbeitsämter, die unter Kontrolle der Kapitalisten sind, zeigt, worauf die neuen Maßnahmen abzielen.

Schikane und Schuldknechtschaft

Ein Lagerarbeiter aus Hannover berichtet: „Arbeitslos habe ich mich gemeldet am 19.6., Vermittlungsstelle für Lagerarbeiter. Der Leiter der Vermittlungsstelle schrie rum, weil der Antrag nachmittags abgegeben wurde. Als ich mich ziemlich unterwürfig verhielt, nahm er den Antrag doch entgegen. Danach war ich eine Woche krank, natürlich nicht offiziell, da man dann einen neuen Antrag auf Arbeitslosengeld bzw. -hilfe stellen muß. Geld hatte ich natürlich noch lange keins. Am 26.6. bin ich dann erst zum Sozialamt gekommen. Ich hatte kein Geld mehr, die Miete und die Haushaltskosten waren fällig. Das Sozialamt wollte mir 36 DM zahlen. Nach 14 Tagen könne ich mir einen Abschlag vom Sozialamt holen. 3.7.: Ich rufe bei der Leistungsabteilung in Laatzen an. Auskunft: es sei nicht möglich, einen Abschlag zu bekommen, man würde jetzt aber eine Direktüberweisung machen. Ich weiß, das dauert sechs bis acht Wochen. Da ich auf der letzten Stelle nicht lange genug war, beziehe ich Arbeitslosenhilfe. 1 000 DM Schulden habe ich beim Arbeitsamt, weil sie mir von mir soviel überzahlt haben. Ich habs nicht gemeldet, was mich 100 DM Strafe gekostet hat. Die Schulden ziehen sie mir jetzt ab und zwar so: 480 DM Arbeitslosenhilfe hätte ich nach dem ganzen Hin und Her bekommen müssen, 280 DM haben sie mir nur gezahlt. Bei der Sozialhilfeberechnung gehen die aber von 480 DM aus.

Gesperrt wurde ich zweimal, einmal, als ich nach Hannover zog - ich stand dem Arbeitsamt nicht ständig zur Verfügung -, das zweite Mal, als ich eine Stelle als Süßigkeitenverkäufer für 600 DM nach drei Monaten kündigte, vier Wochen gesperrt."

Sperrzeiten

Mit Sperrzeiten versuchen die Arbeitsämter, Arbeitslose durch die Gewalt des Hungers in Arbeit *zu jeder* Bedingung zu pressen. Damit man dann zugleich dem Hunger als Dauerzustand schneller näherkommt, sollen die Sperrzeiten künftig die Frist bis zur Herabsetzung auf Arbeitslosenhilfe verkürzen.

„Ich bin Bibliothekarin, bekomme 500 DM Arbeitslosenhilfe, die ist jetzt 12 Tage gesperrt worden, weil ich mich „von meinem Wohnort wegen einer Urlaubsreise nicht nur kurzfristig entfernt habe"; während dieser Zeit bekam ich vom Arbeitsamt eine Aufforderung, mich zu melden. Der konnte ich natürlich nicht nachkommen. „Verletzung der Anzeigepflicht und der Meldepflicht" heißt das dann. Ich bin dann sofort zum Arbeitsamt gegangen, aber meine Entschuldigung nützte nichts. Ich wäre nämlich erreichbar gewesen, weil ich einen Bekannten gebeten hatte, mir die Post nachzusenden, die Vorladung wurde jedoch der Hausmeisterin übergeben, so daß ich nichts davon erfahren konnte. Gesperrt wurde ich trotzdem.

Bestellt war ich, weil ich eine Stelle als Verkäuferin bei Horten für 1 200 DM brutto annehmen sollte."

Arbeitslosenhilfe - „500 DM? Das liegt ja über dem Sozialhilfesatz!"

„Meine Mutter ist 55 Jahre und jetzt zwei Jahre arbeitslos. Nach einem knappen Jahr ist sie auf Arbeitslosenhilfe gesetzt worden. Was heißt Arbeitslosenhilfe?! Sie ist geschieden, bekommt von ihrem geschiedenen Mann 500 DM Unterhaltsgeld, das hat gereicht, meiner Mutter die Arbeitslosenhilfe zu verweigern.

Arbeit haben sie ihr dann überhaupt nicht mehr vermittelt: ‚Tja, in ihrem Alter ist das ja schwierig', wurde gesagt, ‚können Sie nicht auf Rente gehen?', ‚für halbtags und in ihrem gesundheitlichen Zustand nimmt sie niemand'. Rente ist gut. 16 Jahre nicht gezahlt, weil Hausfrau, die Kriegsjahre auch noch abgezogen, die zählen nämlich nicht, – von der Rente kann man noch nicht mal die Beerdigungskosten bezahlen.

Meine Mutter mußte Sozialhilfe beantragen. Sie bekam welche, und zwar ausdrücklich aufgrund ihrer teuren Wohnung, 120 DM, macht 620 DM, minus 45 DM Krankenversicherung. Meine Mutter mußte umziehen, in eine Wohnung ohne Badezimmer und halb so groß. Kaum war das Sozialamt darüber informiert, wurde die Sozialhilfe ganz gestrichen: Die Miete sei ja jetzt nur noch halb so hoch, mit 500 DM läge sie über dem Sozialhilfesatz."

Das Ziel: Zwangsarbeit

Mit Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen bereitet die Bourgeoisie die direkte Einführung der Zwangsarbeit vor. Ein Hamburger Jugendlicher soll Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen machen im Botanischen Garten für 7,41 DM die Stunde. Seit März ist er arbeitslos und lebt von 450 DM Arbeitslosenhilfe. Die Arbeitsbeschaffungsmaßnahme kann er nicht ablehnen, sonst kriegt er Sperrfrist.

Die imperialistische Bourgeoisie will es nicht bei Unkrautjäten belassen. In einem Interview mit der „Nordschau" (2.8.) hat Stingl in der letzten Woche auf die Frage nach der „Arbeitsunwilligkeit" der Arbeitslosen geantwortet: „... wenn wir genug offene Stellen haben, die uns gemeldet sind, können wir auch jeweils testen, ob das stimmt." Daran soll es nicht fehlen. Der „Test" ist Zwangsarbeit. Die Arbeiterklasse muß sich gegen die Zerstörung der Arbeitslosenversicherung zusammenschließen. – (Bezirk Hannover/N-Red.)

Der Lohnraub soll tariflich festgelegt werden

Der Gehaltsrahmentarifvertrag für die Angestellten sowie Meister in der chemischen Industrie des Landes Hessen ist zum 31.8.77 gekündigt worden. Schon im letzten Gehaltsrahmenabkommen war die Spaltung zwischen den Angestellten vorangetrieben worden. Statt vorher fünf Gehaltsgruppen gibt es jetzt acht Gehaltsgruppen. Und die wurden nochmals unterteilt zwischen kaufmännischen und technischen Angestellten. Hinzu kommen die Meister. Nach den Vorstellungen der führenden Sozialdemokraten der IG Chemie soll es in Zukunft einen gemeinsamen Lohn- und Gehaltsrahmentarifvertrag für Arbeiter und Angestellte geben. Der Wunsch der Arbeiter und Angestellten nach Einheit wird von diesen Leuten sofort gegen die Arbeiter und Angestellten gerichtet, denn nach ihren Vorstellungen soll es statt den vorher sieben Arbeiterlohngruppen und acht Angestelltengruppen insgesamt zwölf Gehaltsgruppen geben.

Aber das ist nicht die einzige Teufelei in diesem Vorschlag. Ausdrücklich wird mit § 8 die analytische Arbeitsplatzbewertung und die leistungsbezogene Personalbewertung vorgesehen.

„Sollen betriebliche analytische Systeme der Tätigkeitsbewertung oder Systeme der Leistungsbewertung eingeführt werden, so ist die Zustimmung der Tarifvertragsparteien einzuholen und hierfür ein Zusatztarifvertrag zu vereinbaren."

Die Arbeiter und Angestellten sollen nicht danach bezahlt werden, was sie zum Leben brauchen, sondern ihr Lohn soll sich nach der fortschreitenden Einführung der Maschinerie richten. Durch die Einführung der Maschinerie wird eine komplizierte Arbeit in mehrere einfache Arbeiten zerlegt. Es ist keine ausgebildete Arbeitskraft mehr erforderlich. Die qualifizierte Arbeitskraft kann durch den neuen Vertrag nun ohne weiteres umgestuft werden. Wird dann wieder eine neue Maschine eingeführt, kann die Arbeit „erleichtert", kann eine neue Umgruppierung vorgenommen werden.

Mit der Ergänzung der leistungsbezogenen Personalbeurteilung soll den Arbeitern und Angestellten eingeredet werden, daß es eine gerechte Bezahlung im Kapitalismus geben würde.

Der Vorschlag der IG-Chemieführung wird bloß dem Gesetz des Imperialismus gerecht, die Arbeit weiter zu zerteilen und den Lohn zu senken. Den Interessen der Arbeiter und Angestellten nach ausreichendem Tariflohn und Verhinderung der Spaltung durch die Kapitalisten wird er nicht gerecht. – (Mi-Red)

Wilderer

Für vollständig legal hat es das Landgericht Lüneburg in einem „Grundsatzurteil" erklärt, von Westdeutschland aus in den Grenzgewässern der DDR zu fischen. „Sozialistisches Eigentum" vor Fischwilderei zu schützen, sei nicht Sache der BRD-Gerichte. Internationales Recht könne man nicht anwenden, schließlich sei die DDR kein Ausland, und Fischwilderer wären praktisch daheim.

Wenige Tage zuvor hatte die DDR in der Mitte der Elbe Markierungstonnen verlegt. Grenzziehung in der Flußmitte ist internationales Recht. Die BRD beansprucht dagegen den gesamten Fluß als westdeutsches Territorium.

Postwendend „protestierte" der Ständige Vertreter der BRD in Ostberlin und kündigte an, wenn die Tonnen nicht sofort entfernt würden, würden sie von Westen aus beseitigt. Leicht hätte daraus eine Schießerei zwischen den Patrouillenbooten entstehen können, mit denen sich die Imperialisten auf dem Strom gegenseitig belauern. Dennoch kam es nicht dazu. Die DDR holte die Tonnen ein.

Für zukünftige Zwischenfälle haben die westdeutschen Imperialisten sich die Regierungsweisung schon von ihrem eigenen Gericht ausstellen lassen. Im Februar hat der Bundesgerichtshof „klargestellt", daß die Elbe in ihrer ganzen Breite Hoheitsgebiet der Bundesrepublik gehöre (Welt, 30.7.).

Jetzt wird mit den Proben begonnen. Seit eh und je haben die Imperialisten ihre Raubzüge mit „Grenzzwischenfällen" vorbereitet. Notfalls wurde die „feindliche Provokation" selbst inszeniert, wie der „Überfall auf den Sender Gleiwitz" zur Vorbereitung des faschistischen Angriffs auf Polen.

Neue Proben hat die niedersächsische Landesregierung gleich angekündigt. Regierungssprecher Poser begrüßte das „klare Verhalten" der Bundesregierung und bekräftigte bei dieser Gelegenheit den „Rechtsanspruch" auf die gesamte Elbe. Wie wäre es mit ein paar Tonnen am Ostufer, zu verlegen durch das westdeutsche Wasser- und Schiffahrtsamt unter Bundesgrenz-Schutz?! (Bezirk Westberlin)

Sozialdemokrat in der Klemme

Auseinandersetzung um Kostendämpfungsgesetz im Betrieb

VW Wolfsburg. Diskussion im Betriebsratsbüro Halle 12, Golfendmontage. Ein kommunistischer Arbeiter greift das Krankenversicherungskostendämpfungsgesetz an. „Ja, ich weiß, das Gesetz ist Scheiße", meint der Betriebsrat. „Gegen die Kostenexplosion wird nichts gemacht, und die Arbeitnehmer sollen herhalten", sagt er.

Einen Monat haben die Massen Erfahrung mit dem Gesetz, sein verbrecherischer Charakter läßt sich nur schwer verschleiern. IGM-Vorstandsmitglied Janzen in „Metall" Nr. 14 vom 11.7.77: „Wir befürchten, daß die finanzielle Last des Gesetzes alleine der Versicherte, also der Arbeitnehmer und seine Familie, zu tragen haben wird." Die Absicht war, daß sie's so schnell nicht merken. Der Genosse zitiert weiter aus „Metall" Nr. 14: „Die Kostenverursacher, nämlich Ärzte, Pharmaindustrie, Krankenhäuser, sind aus dem Ringen um die zweckmäßigste Lösung zur Kostendämmung zwar nicht als Punktsieger, aber ohne nennenswerte Blessuren hervorgegangen."

„Wie sieht die Sache in Wirklichkeit aus? Akkord, Schicht, Sonderschichten, steigende Arbeitshetze ruinieren die Gesundheit der Arbeiter. Der Krankenstand bei VW ist von 1975 auf 1976 von 5,4 % auf 6,5 % gestiegen, bei uns hier an den Bändern sind jetzt um die 10 %." Schmücker hat auf der Aktionärsversammlung zugegeben, daß die Kapitalisten diese Ruinierung zielstrebig der Höchstprofite wegen betreiben: „Wer Sonderschichten will, muß mit einem höheren Krankenstand rechnen", hat er gesagt und gleichzeitig Maßnahmen zur Senkung angekündigt. „Da sitzen die Verursacher", sagt der Genosse.

„Was kommt raus, wenn die Arbeiterklasse sich in euer Fahrwasser begibt? Natürlich haben Ärzte viel Geld, aber wir sollen dann fürs Praktische Jahr der Medizinstudenten sein, die jetzt ein Jahr ohne Lohn und vollständig rechtlos in den Krankenhäusern arbeiten müssen. Oder für 24-Stunden-Wachen für Assistenzärzte? Operationsfehler steigen sprunghaft. Und die Pharmaindustrie. Ihre Riesenprofite macht sie wie VW durch die Ausbeutung der Arbeiter. Billige Medikamente, die nehmen genau das als Vorwand für Lohnsenkung und Akkordschinderei. Die Krankenhäuser. Bettenstreichung jede Menge. Anfang des Jahres schrieb die Betriebskrankenkasse VW an das Wolfsburger Krankenhaus, sie stimmt einer Erhöhung der Pflegesätze nur dann zu, wenn alle erforderlichen Rationalisierungsmaßnahmen ergriffen worden sind. Gegen den Widerstand der Belegschaft wurden 36 Planstellen gestrichen, und das Fünfeinhalbtagewoche wurde eingeführt. Sollen wir Arbeiter das begrüßen? Der Arbeitgeber bestimmt doch über die Kassenarbeit, daß sie für seine Kosten und Verantwortung die für die Führung der Kassengeschäfte erforderlichen Personen, steht in der Satzung der BKK. Verursacher?" „Meine Frau arbeitet auch im Krankenhaus, da ist eine Planstelle dazugekommen", wirft der Betriebsrat ein. „Welche Station denn, damit wir das nachprüfen können?" Das will er dann aber auch nicht sagen.

„Ehrenberg ist ein Schreibtischmörder. Die Rentner, die nicht mehr für die Profitproduktion taugen, durch Entzug entweder der notwendigen Medikamente oder der notwendigen Lebensmittel und durch Entzug der Pflege ins Jenseits zu befördern, ist der Zweck dieser Kostendämpfungsgesetze."

Jetzt hat der Sozialdemokrat doch eine Spaltungslinie entdeckt: „Hier kriegen die Rentner doch alle 1 300 DM bis 1 400 DM, denen gehts doch wirklich gut bei Renten. Und die Renten steigen jedenfalls schneller als die Löhne." „Damit ist durch Ehrenberg auch Schluß, um 6,5 % werden die Renten gegenüber der eigentlich fälligen Erhöhung gekürzt, und der Durchschnitt liegt bei 600 DM." „Was willst du denn machen, sollen wir Beitragserhöhungen zustimmen?" „Die Kapitalisten müssen alle Versicherungskosten allein tragen und die Arbeiterklasse muß die Kontrolle über die Kassen haben, um diesen Forderungen muß der Kampf geführt werden, so ist diese Profitwirtschaft gar gesetzt ist." „Ihr mit euren KBW-Forderungen." Wütend ist er, weil er nichts dagegen sagen kann.

In den Pausen gab es Diskussionen. Ein Kollege meint: „Laß mich bloß damit zufrieden. Erst muß man die Lehrgang machen, um durchzublicken, merkst du, daß es von vorne bis hinten Beschiß ist." Ein Vertrauensmann äußert sich: „Hast schon recht, so die habe die Anträge zum Gewerkschaftstag gelesen. Der Wolfsburger Antrag, der fordert, daß das Kostendämpfungsgesetz nicht zum Tragen kommt, nützt nichts. Das Gesetz ist ja schon längst in Kraft." Die Vertreterversammlung Wolfsburg wendet sich in einem Antrag an den IGM-Gewerkschaftstag gegen die Selbstbeteiligung und gegen die Rezeptgebühren.

Drei Anträge aus Hanau, Darmstadt und Göttingen fordern die Rücknahme der Kostendämpfungsmaßnahmen, die „die Arbeiter und Rentner belasten". Drei weitere eine einheitliche Versicherung und „starke" Selbstverwaltung. Auf die Forderungen nach Selbstverwaltung der Kassen und nach Bezahlung aller Versicherungskosten durch die Kapitalisten muß die Arbeiterklasse diesen Kampf konzentrieren. – (Betriebszelle VW-Wolfsburg)

„Selbstverwaltung" der Sozialversicherungen

Man hat noch nie gehört, daß die Bourgeois sich freuen, wenn die Volksmassen ihre Angelegenheiten selbst regeln. Über die „Selbstverwaltung" in den Sozialversicherungen freuen sie sich – weil die Versicherten dadurch gar nichts selbst regeln können. Kapitalisten und bürgerlicher Staat haben sich die vollständige Aufsicht und Verfügungsgewalt über die Verwendung der Gelder der Versicherten unter den Nagel gerissen.

Die Sozialversicherungen sind „rechtsfähige Körperschaften des öffentlichen Rechts", d.h. praktisch Behörden des bürgerlichen Staates. Sie müssen die Reichsversicherungsordnung, also bürgerliches Gesetz, anwenden und unterstehen über das Bundesversicherungsaufsichtsamt direkt dem Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung. Unter solchen Bedingungen kann „Selbstverwaltung" bei den Ersatzkassen, an deren „Selbstverwaltungsorganen" die Kapitalisten nicht beteiligt sind, keine Rede von wirklicher Selbstverwaltung der Versicherten sein. „Vollständige Selbstverwaltung der Versicherten in allen Versicherungsinstitutionen", wie das Programm des KBW es fordert, das heißt vollkommene Verfügungsgewalt der Versicherten über die Finanzmittel und die Bedingungen ihrer Verwendung im Interesse der versicherten Lohnabhängigen.

Zu bezahlen für die in den Versicherungsaufwendungen in Mark und Pfennig ausgedrückten Kosten der kapitalistischen Produktionsweise, müssen die Kapitalisten gezwungen werden.

Ablauf der Sozialwahlen

	„Selbstverwaltungsorgane"	Recht, Vorschlagslisten einzureichen	Wer wird gewählt?	Oberste Aufsichtsbehörde
Unfallversicherung (Berufsgenossens.)	1/2 Lohnabhängige 1/2 Kapitalisten	Gewerkschaften Kapitalistenverb. freie Listen	direkt die Vertreter in die tungsorgane für 6 Jahre, Nächste Wahl Okt. 1980	Bundesversicherungsamt Bundesarbeitsminister
Orts- und Betriebskrankenkassen	1/2 Lohnabhängige 1/2 Kapitalisten	"	"	"
Ersatzkassen	nur Lohnabhängige	"	"	"
Rentenversicherung	1/2 Lohnabhängige 1/2 Kapitalisten	"	"	"
Knappschaft	2/3 Lohnabhängige 1/3 Kapitalisten	"	erst „Versichertenälteste", diese dann die Vertreter	"
Bundesanstalt für Arbeit	1/3 Lohnabhängige 1/3 Kapitalisten 1/3 Staat	"	keine Wahl, sondern" Berufung durch Arbeitsminister für 6 Jahre	
Landwirtschaftliche Unfallversicherung	1/3 Lohnabhängige 1/3selbständ.Bauern „mitfremd.Arbeitskr." 1/3selbständ.Bauern „ohnefremdeArbeitskr."	" "	direkt die Vertreter indie„Selbstverwaltungsorgane" für 6 Jahre	"
Landwirtschaftliche Krankenkasse	nur Selbständige (Landarbeiter sind	"	"	"
Landwirtschaftliche Alterskasse	in AOK versichert)	"	"	"

Vor dem Tariflohnkampf in der Stahlindustrie

Spaltung mit Hilfe der unteren Lohngruppen ...

Duisburg/Oberhausen. „Ganz so schlecht wie ihr den letzten Tarifabschluß macht, ist er ja doch nicht. Immerhin war es eine Lohnerhöhung von 1 Prozent, wenn man die Inflationsrate mit 5 Prozent von den 6 Prozent abzieht," meinte ein Mannesmann-Arbeiter gegen die Argumentation der Zelle, daß mit der Lohnraubpolitik der sozialdemokratischen Führer Schluß gemacht werden muß.

Demgegenüber zeigte ein Arbeiter der Thyssen Niederrhein AG, daß sein Lohn von Mai 76 bis Mai 77 bei gleicher Stundenzahl tatsächlich um 12,50 gesunken ist, weil zusätzlich zur Preissteigerung die Lohnsteuer um 4,1 Prozent, die Sozialabgaben um 2,3 Prozent gestiegen sind. Schon eine oberflächliche Untersuchung der Haushaltsausgaben des Arbeiters von Mannesmann in den letzten Monaten zeigt: im Winter ist die Miete von Mannesmann erhöht worden, um 15 Mark, seit Oktober sind Strom, Gas und Wasser um 7,3 Prozent in Duisburg erhöht worden. Eine Fahrpreis- und Wassergelderhöhung steht an. Mit 5 Prozent Inflationsrate kommt man nicht hin.

Die Vertrauensleute bei Mannesmann haben schon beschlossen, daß die Streichung der unteren Lohngruppen unbedingt gefordert werden muß. Immer mehr Arbeiter kommen durch Umbesetzung in diese unteren Lohngruppen. „Die Spanne, die wir früher in der Abteilung hatten, lag ungefähr bei 10 bis 20 Pfennig. Heute sind es mindestens 60 Pfennig, obwohl die Arbeit vor dem Ofen ziemlich ähnlich ist und wir eigentlich alle auch das gleiche Geld bräuchten."

Bei Thyssen Niederrhein wird die Herabstufung auf die unteren Lohngruppen durch die Einstellung von ausländischen Arbeitern vorbereitet. Am Drehkreuz in der Bundstation arbeiten fast nur noch Ausländer. In diesem Bereich wird nach der Verladung der niedrigste Lohn gezahlt. „Die wollen uns spalten in Ausländer und Deutsche und dann die rechtlose Lage der Ausländer nutzen, um den Lohn endgültig zu drücken." Deshalb findet die Forderung nach Streichung der unteren Lohngruppen allgemein Zustimmung. Die Revisionisten und Sozialdemokraten im Betriebsrat bei Mannesmann nutzen dies, um zu sagen: das kostet Geld, und wenn wir das fordern, dann sind nur noch Prozente drin – und auch nicht viele.

Diese Argumentation gründet sich auf die alte Parole aus dem letzten Tarifkampf, daß die Lohnerhöhung niedrig sein müsse, damit die Kapitalisten investieren. Heute sagen sie sogar schon, daß die Kapitalisten zu wenig Geld hätten, um z.B. 200 DM Festgeldforderung zu bezahlen. Stützen kann sich diese Argumentation darauf, daß z.B. bei Thyssen Niederrhein die Kapitalisten Produktionsanlagen völlig verkommen lassen, Kräne werden überhaupt nicht mehr gewartet. Lichtschranken, die verhindern sollen, daß Kräne zusammenstoßen, funktionieren nicht mehr. Die Bremsen und die Steuerung machen sich selbständig. Bei Thyssen wie auch bei Mannesmann geht allerdings diese Verrottung ganzer Betriebe mit dem Aufbau ganz neuer und der durchgreifenden Rationalisierung alter Betriebsteile einher. Die Profitsteigerung, die die Kapitalisten aufgrund des letzten Tarifabschlusses durchsetzen konnten, dient z.B. zum Bau der neuen Kokerei bei der August Thyssen Hütte, wo 50 Arbeiter rausrationalisiert werden, zum Aufbau des Elektrostahlwerkes von Thyssen Niederrhein in Oberhausen, wo mindestens 1 200 Arbeiter auf die Straße gesetzt werden bei gleichbleibendem Ausstoß. Daß Investitionen Arbeitsplätze schaffen und daß deshalb auch dieser Lohnabschluß niedrig sein muß, sagen deshalb die Sozialdemokraten heute so nicht mehr. Was sie sagen ist, daß wenn dieser Abschluß nicht niedrig ist, die Kapitalisten in Westdeutschland ganz ihre Stahlproduktion einstellen würden. „Schon heute machen die ihr Hauptverdienst im Ausland." Daß Mannesmann 130 Mio. DM Gewinn in der Bilanz stehen hat, daß die Ausbeutung der Stahlarbeiter sprunghaft vorwärts schreitet, davon wollen sie ablenken, und die Konkurrenz unter den Arbeitern verschiedener Länder schüren. Bei Thyssen Niederrhein haben sie durch Rationalisierung an der Drahtstraße II den Ausstoß pro Schicht von 560 Tonnen auf 360 Tonnen gesenkt und gleichzeitig, weil jetzt nur noch zwei statt auf vier Adern gefahren wird, die Produktionsleistung pro Ader um 80 Tonnen gesteigert.

Die Kapitalisten wollen die Arbeiter zu den Anhängseln ihrer Konkurrenz machen. Bei Mannesmann will der Betriebsrat „das günstige Ergebnis des letzten Jahres" zu einem zusätzlichen Spaltungsmanöver benutzen. Herbert Knapp, Betriebsratsvorsitzender bei Mannesmann, hat schon deutlich gesagt, daß von dem nächsten Tarifkampf wieder nicht viel zu erwarten sei. Die Tarifkämpfe müßten betriebsnäher geführt werden. Schon heute hat Mannesmann z.B. bis 1 DM mehr als Thyssen Niederrhein. Schon immer haben die Arbeiter bei Mannesmann an vorderster Front im Lohnkampf gestanden. Die Belegschaften auseinanderdividieren, um sie dann einzeln zu schlagen, ist die Devise. In der Diskussionsrunde der Zelle ist die Notwendigkeit einer einheitlichen Forderung für alle Stahlarbeiter gegen die Spaltungsmanöver festgehalten worden. „Mit Sockel und Prozent einen Streik führen oder nur Prozent, das wird ziemlich schwierig." Notwendig ist deshalb eine Forderung, die den Lohn ein Stück vorwärts bringt und auf der sich alle zusammenschließen können. Dazu brauchen wir eine Forderung von 200 DM für alle. Darüber waren sich alle einig. – (Bezirk Rhein Ruhr)

Millioneninvestitionen für die Profitjagd

Bilanzen der Stahlmonopole

„Es gibt einige Fälle, in denen die deutsche Wirtschaft sagt, die Japaner machen Dumping (...) Dann kommen Bereiche, in denen die Japaner offensichtlich günstiger produzieren als wir, aber dagegen ist ja im Prinzip nichts zu machen", ließ Friderichs auf seiner Japanreise verlauten. Zu machen wäre da natürlich schon was, aber die schärfste Waffe der Stahlkapitalisten im Handelskrieg ist die Verschärfung der Ausbeutung der Stahlarbeiter, das ist die Strategie der Stahlmonopole und das schlägt sich direkt in ihren Bilanzen nieder.

Während die Produktion von Stahl beständig weiter sinkt und alle Stahlmonopole Arbeiter entlassen und ganze Betriebe geschlossen haben, erreichen die Investitionen Rekordhöhe. Ein Großteil der Stahlmonopole meldet im vergangenen Geschäftsjahr die größten Investitionen seit dem Zweiten Weltkrieg. Klöckner-Chef Gienow betonte, „daß wir zu den im Interesse des Gesamtunternehmens unvermeidbaren Einschränkungen ebenso bereit sind, wie zu sinnvoller, mutiger Expansion".

Im Werk Bremen stehen Entlassungen an und von Flick hat Klöckner die Max-Hütte gekauft. Mit den Millioneninvestitionen schaffen sich die Stahlmonopole die Anlagen, mit denen sie aus den Stahlarbeitern noch mehr Arbeit herauspressen können. Die Investitionen dienen nicht der Erweiterung der Produktion, sondern der Ausweitung der Entlassungen, der weiteren Teilung der Arbeit, und damit der Lohndrückerei und Antreiberei.

Die Überproduktionskrise sitzt so tief, daß auch die neuen Anlagen überhaupt nicht voll ausgefahren werden können. „Bisher hatten wir noch in keiner Weise das Glück, unsere Bremer Hütte überhaupt nur annähernd auslasten zu können. Hier haben wir riesige Reservekapazitäten, von denen wir nicht wissen, wohin, und die uns ein abscheuliches Geld kosten." (Klöckner-Aktionärsversammlung)

Bei den kleineren Monopolen führt diese Situation direkt zu negativen Bilanzen während Thyssen und Mannesmann die Verluste im Stahlbereich durch Gewinne im Maschinenbau und Handel ausgleichen. Eine Zeitlang diskutierte die bürgerliche Presse offen über eine mögliche Fusion von Krupp, Klöckner und Peine & Salzgitter. Auf den jeweiligen Aktionärsversammlungen haben die Stahlkapitalisten dies jeweils heftig bestritten. Jeder von ihnen glaubt, durch die neue Maschinerie und durch ganz neue Werke die Ausbeutung der Stahlarbeiter in seinen Werken so steigern zu können, daß er den Kokurrenten ausstechen und gegebenenfalls aufkaufen kann. „Unvermeidbare Einschränkungen" für die Stahlarbeiter sind dabei die Bedingung der „mutigen Expansion" der Stahlkapitalisten. – (Z-Red.)

Bilanzen der Stahlmonopole 1974 – 1976

		Belegschaft Gesamtkonzern	Belegschaft Stahlbereich	Rohstahlproduktion 1 000 t	Sachinvestitionen Mill. DM	Bilanzgewinn Mill. DM
Thyssen	1975/76	139 585	75 924	12 817	1 080	275
	1974/75	143 542	77 230	13 562	936	243
	1973/74	135 805	80 075	16 395	718	340
Mannesmann	1975/76	108 684	–	7 030	826	131
	1974/75	108 551	57 406	8 010	691	147
	1973/74	110 789	59 614	8 750	370	109
Hoesch-Hoogovens	1975/76	76 100	–	10 400	841	–
	1974/75	75 500	49 800	9 800	744	0,1
	1973/74	77 600	50 800	12 100	589	56
Klöckner	1975/76	24 934	20 519	3 300	744	0,1
	1974/75	24 954	20 660	3 288	589	0,1
	1973/74	25 457	20 560	3 638	482	21
Peine & Salzgitter	1975/76	–	19 110	4 079	408	– 89
	1974/75	–	19 286	4 273	258	– 20
	1973/74	–	19 891	5 493	201	280
Krupp	1975/76	76 161	25 513	4 130	303	– 38
	1974/75	78 912	25 914	3 417	311	– 47
	1973/74	80 892	26 757	4 495	315	57

Quelle: Geschäftsberichte

tiger Expansion".

Im Werk Bremen stehen Entlassungen an und von Flick hat Klöckner die Max-Hütte gekauft. Mit den Millioneninvestitionen schaffen sich die Stahlmonopole die Anlagen, mit denen sie aus den Stahlarbeitern noch mehr Arbeit herauspres-

die Ausbeutung der Stahlarbeiter in seinen Werken so steigern zu können, daß er den Kokurrenten ausstechen und gegebenenfalls aufkaufen kann. „Unvermeidbare Einschränkungen" für die Stahlarbeiter sind dabei die Bedingung der „mutigen Expansion" der Stahlkapitalisten. – (Z-Red.)

... durch Entlassungen und Austausch von älteren gegen jüngere Arbeiter

Osnabrück. Die Klöckner-Kapitalisten wollen in Osnabrück 600 Arbeiter und Angestellte entlassen. Jetzt nach

bauabteilung zugehören, wieder umgesetzt werden. Begründung: Im Elektrobetrieb fehlen Leute. Dahinter

Verjüngung der Belegschaft, was unverbrauchte und noch leistungsfähige Arbeitskraft bedeutet, auf daß die Pro-

... durch Entlassungen und Austausch von älteren gegen jüngere Arbeiter

Osnabrück. Die Klöckner-Kapitalisten wollen in Osnabrück 600 Arbeiter und Angestellte entlassen. Jetzt nach der Urlaubszeit, wo mit weniger Belegschaft mehr Tonnen produziert werden, werden sie ihre Absichten durchsetzen wollen. Die Interessen der Stahlarbeiter stehen diesen Plänen entgegen. Sie müssen diese Entlassungen verhindern, wollen sie nicht die Verschärfung der Arbeitshetze und der Lohnsenkung hinnehmen.

Die Diskussionen im Betrieb zeigen, daß die Stahlarbeiter eine Lohnerhöhung notwendig haben müssen. Die Einheit über die Forderung muß jetzt hergestellt werden, und die Einheit der Belegschaft, die notwendig ist, um den Kapitalisten eins zu versetzen, wird durch ständige Spaltungsmanöver seitens der Kapialisten bewußt zerrieben. Dabei stützen sie sich auf die Sozialdemokraten im Betriebsrat und in den Mitbestimmungsgremien.

Anfang Juni hieß es in den Budenversammlungen, 500 bis 600 sollen entlassen werden. Nach der Meldung in der „Neuen Osnabrücker Zeitung" 400 bis 500, und jetzt reden die Betriebsräte von 340. Das Wort Entlassungen nehmen sie nicht in den Mund. Sie sprechen von „Freisetzen" und Umbesetzen. „Härten vermeiden und nach einer Lösung suchen, die nicht schmerzlich ist", ist die Entlassungspolitik der Sozialdemokraten mit dem Mittel des Sozialplans. Wie auch sind die Kämpfe der Stahlarbeiter zu brechen als über diese Verschaukelungspolitik, bei der die Frage, wem die Entlassungen dienen, überhaupt nicht mehr zur Debatte steht. Die Klöckner-Kapitalisten haben dem Betriebsrat ein 65-Seiten-Papier vorgelegt, wo die geplanten Maßnahmen der Kapitalisten genau dargelegt sind. Die Entlassungspläne sollen geheim gehalten werden. Dies Ergebnis kam nach einer längeren Diskussion in einer Betriebsratssitzung heraus, weil einige Betriebsräte sich das Werk kopieren wollten.

Kennen die Arbeiter die Absichten des Feindes nicht, ist es schwer, den Feind aufzustöbern und zu vernichten. Doch langsam sickert es durch. So sollen im Elektrobetrieb 13 und im Maschinenbetrieb 17 entlassen werden. Die Betriebsleiter sollen bereits Namenslisten haben. Im Elektrobetrieb sollen drei Installateure, die der Neubauabteilung zugehören, wieder umgesetzt werden. Begründung: Im Elektrobetrieb fehlen Leute. Dahinter steckt, durch Umbesetzung den Lohn zu senken. Denn ein anderer Arbeitsplatz bedeutet meistens eine andere Wertzahl. Ein Betroffener sagte dazu: „Moderner Menschenhandel bei Klöckner." Über das Lohnsystem selbst, wo jeder Arbeitsplatz eine andere Wertzahl bedeutet, und die Arbeitsplätze fast alle einen anderen Lohn bedeuten, sollen der Lohn der Arbeiter und das Lohnniveau insgesamt gesenkt werden. Bei den Umbesetzungsmaßnahmen wird es jeden Arbeiter einzeln und unterschiedlich treffen, die älteren Arbeiter lassen sich da nicht so schnell übers Ohr hauen. So werden im Elektrobetrieb fast alle älteren Arbeiter nach der höchsten Wertzahl bezahlt. Jüngere sind dagegen niedriger eingestuft.

Das Ziel der Kapitalisten ist klar. Verjüngung der Belegschaft, was unverbrauchte und noch leistungsfähige Arbeitskraft bedeutet, auf daß die Profite sprudeln. Die Elektrikerlehrlinge sollen nicht für den Elektrobetrieb übernommen werden, die Maschinenschlosser werden an Hobelbänke gestellt. Die Lohnspaltung wird vertieft. So sind die Löhne an den Spitzendrehbänken in der Großdreherei hoch und an den kleinen Dreh-, Hobel- und Fräsbänken in Radsatzbau, Kleindreherei und Werkzeugbau niedriger.

Auch in den Warmbetrieben, zum Beispiel an den Pressen, gibt es nur noch einen Pressenführer, wo jetzt noch zwei Pressenführer da sind. Die Älteren haben sich den höheren Lohn erkämpft. Werden junge oder ausländische Arbeiter eingesetzt, werden sie die höhere Wertzahl nicht kriegen. Umbesetzungen von Osnabrück nach Georgsmarienhütte, wie sie jetzt geplant sind, bedeuten auch weniger Lohn, weil auf der Hütte das Lohnniveau niedriger ist. In dem Blankbetrieb und der Adjustage sind die Wertzahlen 18 bis 20, im Gegensatz zum Stahlwerk in Osnabrück, wo es über 20 gibt.

Die Arbeiter in den unteren Lohngruppen werden ins materielle Elend gedrückt. Durch die Spaltung mit dem Lohnsystem wollen die Kapitalisten einen Teil der Arbeiter aus der Kampffront herausschweißen. So die Spitzendreher und Former. Durch den Sozialplan werden gerade die oberen Lohngruppen ausradiert, die sich die älteren Arbeiter in jahrelangem Kleinkrieg erkämpft haben. Stimmt der Betriebsrat den geplanten Entlassungen und Umbesetzungen zu, stimmt er einer Senkung des Lohns zu, stimmt er der verschärften Ausbeutung durch die Kapitalisten zu. Die Schichtumstellung im Stahlwerk letztes Jahr im September bekommen die Arbeiter jetzt erst richtig zu spüren. Monatlich wird den Arbeitern 10 Pfennig abgezogen. Von 68 Pfennig sind es nur noch 28. Die Stahlwerker haben den Betriebsrat schon des öfteren darauf angemacht. Ein Kranführer erzählt, was der Betriebsrat darauf antwortet: „Ja, gesagt haben wir es immer wieder. Er will mal sehen, was sich machen läßt, hat er immer wieder gesagt. Bis jetzt noch nichts. Sie sagen immer, bei der schlechten Lage ist nichts drin, aber du siehst ja, jetzt läuft der Ofen vier schon wieder, und in zwei Wochen geht dann wieder die Kurzarbeit los."

„200 DM sind das wenigste", stellt der Kranführer fest, „das muß bei der Lohnrunde herauskommen." – (Betriebszelle Osnabrück / Georgsmarienhütte)

Festgeldforderungen sind richtig
Der Siebenstundentag muß erkämpft werden

Bremen. Im Herbst stehen für die Stahlindustrie die Lohnkämpfe an. Schon jetzt ist sicher, daß es schwere Kämpfe und Auseinandersetzungen werden. Die bisher betriebene Tarifpolitik der Sozialdemokratie in der Gewerkschaftsführung hat die Spaltung zwischen den Arbeitern geschaffen und vertieft.

Bei der Klöckner-Hütte Bremen gab es bis 1961 sieben Lohngruppen, jetzt gibt es neun Lohngruppen, angefangen von 6,86 DM bis 9,63 DM Stundenlohn laut Tarifvertrag. Jetzt ist dieser tariflich vereinbarte Stundenlohn nicht der Effektivstundenlohn. Die Spaltung soll vertieft werden. Bei Lohngruppe 4 zum Beispiel 7,26 DM Grundlohn, Effektivstundenlohn 9,72 DM. Das kommt von der Punktezulage, die für jeden einzelnen Arbeitsplatz anders ist auf der Klöckner-Hütte, und von der Prämie, die auch wieder von Abteilung zu Abteilung verschieden ist.

Neben den Prämien, die von Abteilung zu Abteilung verschieden sind, werden die Besetzungen an den einzelnen Anlagen auch noch gespalten durch die 24 verschiedenen Schichtsysteme, die es auf der Klöckner-Hütte gibt.

Gegen den Plan der Kapitalisten, im letzten Jahr an der Beize die Contischicht einzuführen, hat es einstimmigen Widerstand und Ablehnung gegeben. Damals waren 36 Arbeiter an der Anlage, jedoch verteilt auf drei Schichten. Man sah sich bei Schichtwechsel nur ganz kurz. Innerhalb der Schicht selber, bei den 12 Arbeitern, gab es 5 verschiedene Lohngruppen. Bei den Lohngruppen gab es weitere Aufspaltungen. Die fünf Arbeiter in Lohngruppe 7 bekamen zwei verschiedene Punktzahlen. Zwei Arbeiter waren in Lohngruppe 5. Der eine erhielt 16, der andere 17 Punkte. Das waren pro Stunde 2 Pfennig mehr. Über die Lohngruppen und über die Schichten hinweg wurde die Einheit hergestellt zur Verhinderung der Einführung der Contischicht an der Beize. Nur durch Drohungen, Lügen und Spaltereien durch verschiedene Betriebsräte konnte dieses Vorhaben der Kapitalisten durchgedrückt werden. Jetzt, nach einem guten halben Jahr Contischicht, kam ein Betriebsrat an die Anlage und meinte scheinheilig, man müsse sich darüber unterhalten, ob die Arbeiter die Contischicht beibehalten wollten, alles sei ja erst nur ein Versuch gewesen. Der Punkt ist der, daß die Arbeiter jetzt auf die Zuschläge für Wochenend- und Sonntagsnachtschicht gar nicht verzichten können. Vom Lohn bleibt nichts übrig, jede Lohnkürzung geht auf die Reproduktion.

Eine weitere Spaltungsmöglichkeit besteht in der Vergabe der betrieblichen Kuren für die Arbeiter. Erforderlich ist, daß man beim Punktesystem eine hohe Zahl an Punkten für psychische, physische und Klimabelastungen bekommen hat.

Verschiedene höherbezahlte Facharbeiter sind der Meinung, daß sie was „Besseres" als die angelernten Arbeiter in der Produktion sind. Diese Arbeiter sprechen sich auch meistens für spalterische Prozentforderungen für den Lohnkampf aus, obwohl die Facharbeiter nicht sehr viel mehr verdienen als angelernte Arbeiter. Ein Kranelektriker in Lohngruppe 8 bekam im März 1 202,64 DM, im April 1 545,29 DM und im Juni 1 509,77 DM. Ein Produktionsarbeiter in Lohngruppe 4 erhielt im März 1 464,26 DM, im April 1 244,61 DM und im Juni 1 471,64 DM. Beide Arbeiter haben die gleiche Steuerklasse. Als das Ergebnis der Lohnzetteldebatten bei den Kranelektrikern ausgehängt wurde, sagten mehrere Facharbeiter, daß Festgeldforderungen richtig seien und daß der Siebenstundentag erkämpft werden muß. Diese Meinung hat sich noch nicht durchgesetzt. Der Einfluß des sozialdemokratischen Vorarbeiters in Lohngruppe 10 muß gebrochen werden.

Von den Angestellten verbreiten Betriebsräte das Gerücht, daß „das ganz komische Leute seien", so ein Angestelltenbetriebsrat. Damit sollte der notwendige Kampf aller Arbeiter und aller Angestellten gegen die Entlassungen im Angestelltenbereich hintertrieben werden. Das ist nicht geglückt.

Auf der Betriebsversammlung gab es dicken Beifall für diejenigen, die für den Kampf eintraten und für die richtigen Maßnahmen, für Streik zur Verhinderung der Entlassungen.

Als auf der letzten Versammlung im Gewerkschaftshaus ein kommunistischer Arbeiter forderte, den Kampf gegen die Entlassungen zu verbinden mit dem Kampf um mehr Lohn, um mindestens 200 DM, und daß man dafür streiken könne und müsse, hat ein fünfzigjähriger Angestellter dies unterstützt. Für beide Redner gab es Beifall. Vorher hatte der Betriebsrat Milbradt die 200 DM-Lohnforderung als „Augenwischerei" bezeichnet. – (Klöckner-Zelle, Bremen)

„Japanische Fischer demonstrieren gegen vorgeschlagenes sowjetisch-japanisches Fischereiabkommen“

„Tokio, 26. Juli 1977 (Hsinhua) – – Über 1000 japanische Fischer aus den Präfekturen Chiba und Ibaraki führten heute morgen auf 189 Fischerbooten vor der Küste von Chiba eine Demonstration durch und forderten von der japanischen Regierung, das vorgeschlagene sowjetisch-japanische Fischerei-Übergangsabkommen nicht zu unterzeichnen, das die Sowjetunion begünstigt, aber den Interessen der japanischen Fischer schadet, die in den japanischen Küstengewässern fischen.

Die Demonstration wurde vor dem bevorstehenden Besuch des sowjetischen Fischereiministers Alexander Ischkow in Japan durchgeführt, bei dem er das Abkommen unterzeichnen soll. Die japanische Presse berichtet, daß japanische Fischer erfahren haben, daß die japanische und die sowjetische Seite bald eine Übereinkunft über den Tausch von Sardinen gegen Alaska-Pollack zwischen Japan und der Sowjetunion erzielen werden, die auf einer Forderung der sowjetischen Seite beruht, welche sie bei den sowjetisch-japanischen Fischereiverhandlungen in Tokio gestellt hatte.

Fischer in den Präfekturen Chiba und Ibaraki befürchten, daß es ein großes Risiko für die kleinen japanischen Boote sein wird, Fisch mit riesigen sowjetischen Fischereischiffen auszutauschen. Außerdem könnte die Übereinkunft zu der Ausrottung der Sardinen und dem Niedergang von Japans Sardinenverarbeitungsindustrie führen.

Etwa 30 Repräsentanten der Fischereiindustrie der Präfektur Chiba richteten heute eine Petition an die Fischereiagentur der Regierung, das sowjetisch-japanische Fischerei-Übergangsabkommen nicht zu unterzeichnen.“

„In Japan stellt sich die Frage ganz genauso“

Während die westdeutschen Kapitalisten bei allen Betriebsversammlungen auftreten und auf die starke japanische Konkurrenz hinweisen und damit die Arbeiter für Lohnverzicht und größere Verausgabung ihrer Arbeitskraft gewinnen wollen, machen es die japanischen Imperialisten umgekehrt genauso.

In einer Diskussion zwischen dem japanischen Kapitalistenverband Nikkeiren und dem japanischen Gewerkschaftsverband Sohyo priesen die japanischen Kapitalisten die Lohnraubpolitik der westdeutschen Kapitalisten, die diese mit Hilfe der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer betrieben:

„In den Ländern Westeuropas und in den USA schenken sowohl die Regierungen als auch Zentralbanken, sowohl die Industrie als auch die Gewerkschaften dem Problem, ein neues Ausbrechen der Inflation zu verhindern, größte Aufmerksamkeit. (. . .) Besonders wichtig ist, daß in den ausländischen Gewerkschaften Bestrebungen zutagegetreten sind, die Lohnsteigerung auf eine angemessene Stufe zu drücken, um so die Stabilität von Wirtschaft und Vollbeschäftigung zu erreichen. Deswegen hat z.B. in Westdeutschland 1976 der DGB die Lohnerhöhung auf maximal 5,5 Prozent gehalten. (. . .) In Japan stellt sich die Frage ganz genauso.“

„Australien, ältester Handelspartner“

Australien sei, so hat es Wirtschaftsminister Friderichs anläßlich der Eröffnung der deutschen Industrie- und Handelskammer in Australien verkündet, interessant in erster Linie als Rohstofflieferant, vor allem wegen der hohen Uranvorkommen. Er hat bei der Gelegenheit gleich daran erinnert, daß bereits Ende des 19. Jahrhunderts eine Schiffahrtslinie zwischen Deutschland und Australien bestanden hätte, was Friderichs schon Rechtfertigung genug zu sein scheint, um eine neue ständige Route für geplünderte Rohstoffe aus Australien einzurichten. Australien, der fünfte, 7,6 Millionen Quadratkilometer große Kontinent, ist reich an Mineralien. Die im Bergbau gegenwärtig hauptsächlich gewonnenen Rohstoffe sind Ilmenit (Eisenglanz), Silber, Zink, Blei, Rutil und Zirkon. In der Landwirtschaft wird vor allem Sorghum, Zuckerrohr und Sonnenblumen angebaut.

Die westdeutschen Imperialisten holen sich vor allem Eisenerz aus Australien. Sie sind Australiens viertgrößter Lieferant vor allem von Elektroartikeln und Kraftfahrzeugen. Doch sei das Potential für eine enge Kooperation bisher nur angetippt worden, erläuterte Friderichs und hat damit klargemacht, daß der westdeutsche Kapitalexport in größerem Umfang jetzt nach Australien fließen soll. Die westdeutschen Direktinvestitionen in Australien betragen 789 Millionen DM. Die japanischen Imperialisten haben fast doppelt soviel an Investitionen in Australien, das versuchen die westdeutschen Imperialisten jetzt aufzuholen. Die Industrie- und Handelskammer sei eröffnet worden, um die vielen Marktlücken aufzuspüren. 130 Kapitalisten hätten sich dort bereits angekündigt, meldete die Bourgeoispresse letzte Woche.

„Drastische Einsparungen, am besten über den Preis“

Neue Manöver zur Durchsetzung des Energieprogramms

Zur Durchsetzung ihres Energieprogramms hat sich die Finanzbourgeoisie vor Jahren den „linken“ Sozialdemokraten Matthöfer in die Bundesregierung, ihren geschäftsführenden Ausschuß, geholt. Er war den Bourgeois aufgefallen als einer, der im IGM-Hauptvorstand die Zusammenarbeit mit den Kapitalisten besonders gut zu tarnen verstand. Jetzt hat er eine Erklärung zu den Kernkraftwerken in der BRD herausgelassen, die unter Jusos und sonstigen Reformisten und Opportunisten ihre Wirkung nicht verfehlen wird. Aufgrund der Lage in der SPD und FDP und zu erwartender Parteibeschlüsse beider Parteien sei ein Baustopp von drei bis fünf Jahren für Kernkraftwerke fast unabwendbar, sagt Matthöfer und hofft, daß zumindest ein Teil der Bewegung gegen das Energieprogramm sich vom Streit in den bürgerlichen Parteien blenden läßt und den Kampf sein läßt.

Hat die Finanzbourgeoisie vorläufig zurückgesteckt im Kampf um die Durchsetzung ihres Energieprogramms? Wie sollte sie! Milliardenmassen Kapital stehen auf dem Spiel, Milliardenprofite winken, es geht um die weitere Expansion in der Welt. Da muß Matthöfer parieren. Etwas versteckter in den Zeitungen steht denn auch: Soweit es um Vollbeschäftigungspolitik ginge, könnten Parteitagsbeschlüsse zu KKW's nicht immer voll von der Regierung durchgeführt werden (Welt, 4.8.). Zu deutsch: Es wird weitergebaut, das Energieprogramm wird durchgezogen, die kapitalistische Arbeitslosigkeit wird schon als passendes Druckmittel dafür wirken.

Matthöfer wäre kein richtiger Sozialdemokrat, wenn in seinem „linken“ Täuschungsmanöver nicht noch eine besondere Kröte stecken würde: Wegen der Energielücke durch den Ausfall von KKW's seien die privaten Haushalte zu drastischen Einsparungen anzuhalten, am besten über den Preis. „Einen wichtigen Ansatzpunkt für Einsparungen sieht Matthöfer im Bereich der Privathaushalte bei der Niedertemperaturwärme (Heizen, Kochen, Backen, Waschmaschine, Warmwasserbereitung).“ (Welt, 6.8.77) Auch eine Steuer für Farbfernseher ist ihm eingefallen. Bis zum dreifachen soll der Strompreis für die Arbeiterfamilien hochgetrieben werden (Handelsblatt, 4.8.77), erklärt Erpresser Matthöfer. Welche Verschwendung von Energie, daß die Arbeiter täglich nach der Fabrikausbeutung duschen, wo sie doch am nächsten Tag wieder in die Fabrik müssen. Welche Vergeudung mit den Waschmaschinen, wo doch die billige Kleidung von schlechter Qualität durch häufiges Waschen noch schneller kaputtgeht. Und dem Spitzenstrombedarf in den frühen Abendstunden werden die Kapitalisten schon beikommen mit der Ausweitung der Schichtarbeit.

Weitere Verschlechterung der Reproduktion der Arbeiterbevölkerung durch immense Verteuerung der Stromkosten und damit gleichzeitig Finanzierung ihres Energieprogramms, diesen Weg will die Finanzbourgeoisie auf jeden Fall beschreiten. Die KKW's werden weitergebaut. Darauf soll es rauslaufen.

In Brokdorf bereitet sich die NWK darauf vor, nach dem passenden Gerichtsurteil aus Lüneburg das Kraftwerk rasch weiterzubauen. Stoltenbergs Polizeitruppen machen mobil.

Seit fast einem Jahr ist das NWK-Kraftwerk Esensham an der Unterweser fertiggestellt. Daß es immer noch nicht in Betrieb ist, macht die Finanzbourgeoisie rasend. Das brachliegende Kapital drückt auf den Profit und senkt die Profitrate. Jetzt soll ein Gerichtsurteil freie Bahn schaffen, der Kampf der Arbeiter, Bauern und Fischer dagegen soll gebrochen werden. Zusätzlich läßt die Bourgeoisie die Bremer SPD-Landesregierung (Regierungschef Koschnik sitzt im NWK-Aufsichtsrat) zwecks Spaltung gegen die Inbetriebnahme auftreten.

In Grohnde geht der Bau weiter. Preußenelektra, Landesregierung und Bourgeoispresse haben einer rechten Kampftruppe in der Umgebung zum Leben verholfen, die die Bevölkerung spalten soll. Deren Devise: „Schmeißt die Chaoten in die Weser.“

Die Finanzbourgeoisie verschärft den Kampf um die Durchsetzung des Energieprogramms, ihre Winkelzüge werden immer raffinierter, mit dem Druck mittels der Arbeitslosigkeit und der Strompreise betreibt sie die Spaltung der Arbeiterklasse und der Volksmassen. Sie muß jetzt den Kampf für sich entscheiden, sonst stockt ihre ungezügelte Expansion auf den Weltmärkten.

Die Massenbewegung gegen das imperialistische Energieprogramm muß dagegen entscheidende Schritte vorwärts machen.

Am KKW-Bauplatz Grohnde gibt es ein Anti-Atom-Dorf, in Brokdorf ist gerade ein ähnliches errichtet. Werden sie nicht zum Zusammenschluß der Massen gegen die staatliche Ausplünderung genutzt, ist das gegen die Absichten der Finanzbourgeoisie ein bischen wenig.

Am Wochenende gab es in verschiedenen Städten Demonstrationen wegen der Kämpfe in Malville/Frankreich, wo ein Demonstrant getötet und verschiedene schwer verletzt wurden. Zu den Aktionen in Malville hatte auch das Magazin „Arbeiterkampf“ aufgerufen, das bekanntlich seit Grohnde die Taktik verfolgt, durch sinnlose Blutopfer die Massen von der gewaltsamen Durchsetzung ihrer Interessen abzubringen. Gingen die Sozialliberalen des Magazins „Arbeiterkampf“ nach dem 19.3. in Grohnde gegen die CDU-Landesregierung, so treiben sie jetzt mit Aktionen gegen französische Konsulate und mit Geschichten über die Behandlung deutscher Demonstranten in Frankreich den Chauvinismus voran und lenken von den Verbrechen der westdeutschen Monopolbourgeoisie und ihrer SPD/FDP-Regierung ab.

In Hamburg haben sie jetzt die politische Spaltung genutzt, um die BUU auch organisatorisch zu spalten und schneller in sozialdemokratisches Fahrwasser zu führen.

Gegen die Schritte der Finanzbourgeoisie, ihr Energieprogramm endlich durchzusetzen, und gegen den Flankenschutz, den sie dabei von bürgerlichen Kräften in der Bewegung bekommt, muß in der Vorbereitung neuer Massenaktionen gegen den Bau der Kernkraftwerke und gegen die Strompreisplünderung die Einheit der Arbeiterklasse und der Volksmassen hergestellt werden.

In den Bürgerinitiativen im Raum Weser-Ems wird eine Großkundgebung in Esensham gegen die Inbetriebnahme des Kraftwerks geplant.

Die Bezirksleitungen Holstein und Hamburg-Unterelbe des KBW haben einen Aufruf zum erneuten Angriff auf die Baustelle des KKW Brokdorf veröffentlicht, in dem es heißt:

„Wir rufen dazu auf, einen erneuten Angriff auf die Baustelle im Herbst vorzubereiten durch weitere Aktionen
– gegen die Strompreisplünderung
– gegen die Rückführung der Baumaschinen
– gegen die Strafverfolgung von KKW-Gegnern in den anstehenden Prozessen
– gegen diejenigen, die den Bau des KKW zu verantworten haben.

Wir rufen auf, die Großkundgebung, die die BUU für September in Brokdorf plant, zu unterstützen. Die Arbeiter sind die Hauptkraft in diesem Kampf, deshalb müssen die Gewerkschaften diesen Kampf aktiv führen und im Bündnis mit den Bauern die Volksmassen zusammenschließen unter den Forderungen:

Kein KKW in Brokdorf und auch nicht anderswo!
Sofortige Räumung des Bauplatzes!
Der Bauplatz muß wieder zur Wiese werden!
Einstellung aller Straf- und Ermittlungsverfahren!

„Überversorgung“ im öffentlichen Dienst?

Göttingen. „Die Renten in den öffentlichen Diensten sind zu hoch“; die verrenteten Arbeiter und Angestellten werden „überversorgt“ - neue Pläne hat die Bourgeoisie ausgeheckt, um nach dem Krankenversicherungskostendämpfungsgesetz und dem 21. Rentenanpassungsgesetz noch mehr Lohngelder in die Sozialversicherungskassen einzutreiben, um sie für die Kapitalisten flüssig zu machen und gleichzeitig die verrenteten Arbeiter und Angestellten schleunigst ins Grab zu bringen. Schon lange ist der Bourgeoisie die Zusatzversicherung im öffentlichen Dienst ein Dorn im Auge.

An die Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder (VBL), unter Führung des Bundesministers für Finanzen, zahlen die öffentlichen Dienstherren monatlich 2,5 % vom Lohn ein. Hat ein Arbeiter oder Angestellter 40 Jahre im Staatsdienst ununterbrochen gearbeitet, kommt er zusammen mit der VBL auf eine Rente von 75 % seines Lohnes. Doch das sind nur wenige Die Masse der Lohnabhängigen in den Unikliniken kriegt das nicht. Eine Krankenpflegehelferin, die seit sieben Jahren in den Kliniken arbeitete, erhielt eine Zusatzrente von ca. 30 DM, obwohl sie die ganzen Jahre über 40 DM monatlich eingezahlt hat.

Die Zahlung der Zusatzversicherung und ihre Anrechnung auf die Rente kann die Bourgeoisie nicht so einfach streichen, wenn sie's auch gern möchte. „Das traue ich denen schon zu, doch so einfach geht das nicht, sonst ist hier der Teufel los“, sagte ein Verwaltungsangestellter. Das wissen auch die Schreibtischtäter in der Regierung. Sie wollen die Kürzung der Renten in den öffentlichen Diensten durch Zusammenstreichen der Bemessungsgrundlage durchsetzen. Uns das soll so gehen, daß sie fiktive Beiträge (6 % der Krankenversicherung und Steuern nach der Klasse III/0) abziehen. Die Wirkung ist dieselbe, aber die Zusatzversicherung bleibt „unangetastet.“

Wir haben es nachgerechnet, bei einem Pförtner, BAT IX, verheiratet, zwei Kinder, unter der Voraussetzung, daß er 40 Jahre im öffentlichen Dienst gearbeitet hat: 1 194,62 DM Grundlohn plus 701,83 DM Ortszuschlag gleich 1 896,45 DM Bruttolohn. Das war bisher die Bemessungsgrundlage. Der Arbeiter würde danach eine Rente von 1 421 DM erhalten. Welch eine „Überversorgung“!

Nach den neuen Plänen der sozialliberalen Koalition werden jetzt vom Bruttolohn die fiktiven Beiträge abgezogen, das sind 212,10 DM Lohnsteuer und 113,76 DM Krankenversicherung. Die neue Bemessungsgrundlage ist somit auf 1 570,59 DM gedrückt worden. Der Pförtner erhält jetzt nur noch eine Rente von 1 177,50 DM für sich und seine Frau. 243,50 DM raubt ihm die Regierung monatlich, 2 922 DM im Jahr. Das sind 2922 DM weniger für seine Reproduktion, für die sich verteuernde Krankenhausbehandlung, die Medikamente, für Essen, für Kleidung. Über 10 % „Überversorgung“ hat die Regierung bei ihm abgebaut und weitere Nägel für seinen Sarg geliefert.

Wer vorzeitig verrentet wird, hat „halt Pech gehabt“. Er muß dann mit einer niedrigeren Rente fertig werden. Ein Pförtner aus der Chirurgie mußte jetzt mit 60 in Rente gehen. Von 800 DM muß er sich und seine schwerkranke Frau ernähren. Seine Gesundheit ist ebenfalls ruiniert: Kreislaufschäden, gehbehindert. Seine Kollegen berichteten, daß, wenn die mörderische Arbeitshetze so weiter geht, ihnen dasselbe blüht. So haben sie in den letzten Monaten keinen einzigen freien Tag gehabt. Vier Arbeiter für die Früh-, Spät- und Nachtschicht. Einer von ihnen ist immer krank oder im Urlaub. „Da muß jetzt endlich der Personalrat und die Gewerkschaft eingeschaltet werden. Wir halten das so nicht mehr durch.“

Um diese Vernichtung für die Profitproduktion durchsetzen zu können, muß die Bourgeoisie spalten: die Industriearbeiter von den Beschäftigten in den öffentlichen Diensten („Die im öffentlichen Dienst werden überversorgt und das müßt ihr mit bezahlen.“) und in den öffenlichen Diensten selber. So meint sie, Schritt für Schritt die gesamte Arbeiterbewegung zu schlagen.

„Wenn wir unser Lebtag lang gearbeitet haben, müssen wir im Alter soviel Geld haben, daß wir damit rumkommen. Ich bin dagegen, daß viele Rentner ihre letzten Tage von wenig Rente fristen müssen, ich werde selbst im nächsten Jahr in Rente gehen und werde sicherlich keine 800 DM kriegen. Kommen die mit ihren neuen Plänen durch, weiß ich gar nicht, wie ich das schaffen soll.“ Diese Putzfrau aus der Medizinischen Klinik ist unbedingt dafür, daß man gegen die Beschlüsse der Regierung auftreten muß und jetzt über die Personalräte und die Gewerkschaften die Forderung nach einer Rente von 75 % eines Facharbeiterlohns und nach Selbstverwaltung der Kassen erkämpfen muß. – (Zelle Unikliniken Göttingen)

Der Angriff auf die Renten im öffentlichen Dienst richtet sich gegen die Arbeiter und Angestellten

Die Kapitalistenklasse hat es auf die Renten abgesehen. Gierig sind sie auf die Milliarden, die von den Arbeitern und Angestellten jährlich aus Lohn gezahlt werden. Sie brauchen das Geld, um es ihrem Kapital zuzuschlagen. Sie brauchen es, um ihre Kriegskasse zu füllen, wie sie schon zweimal die Rentenversicherung für den imperialistischen Krieg geplündert haben. Nach dem Rentenanpassungsgesetz und dem Krankenversicherungs-Kostendämpfungsgesetz wollen sie jetzt über die Renten im öffentlichen Dienst direkt die Renten kürzen. Dazu behaupten sie, die nichts arbeiten, sondern schmarotzen, frech, die Rentner im öffentlichen Dienst seien „überversorgt“, weil sie netto mehr hätten als vor ihrer Verrentung. Der Grund dafür ist nicht „Überversorgung“ der Rentner, sondern ihre hemmungslose Plünderung durch Steuer: der Lohn ist durch die Steuerpolitik der Regierung nunmehr mit mehr als 25 % Steuern und Abgaben belastet, während die Rentner im öffentlichen Dienst 75 % ihres alten Bruttolohnes steuerfrei erhalten. Dem Lohnraub sollen die Renten angepaßt werden.

Um folgendes soll die Bemessungsgrundlage der Renten gekürzt werden:
– um fiktive Steuern nach Steuerklasse III/0 Kinder;
– und um fiktive Krankenkassenbeiträge von 6 %.

75 % von diesem gekürzten Betrag soll *dann* die Rente betragen. Besteuerung der Renten und Beitragspflicht der Rentner in den Krankenversicherungen ist ein altes Projekt der Bourgeoisie. Sie setzen auf Spaltung der Arbeiter und Angestellten, um dieses Projekt im öffentlichen Dienst durchzuführen. Dies ist nur der Anfang, um es auf die gesamte Arbeiterklasse auszudehnen.

Wir haben ausgerechnet, wie sich die Rentensenkung im öffentlichen Dienst auswirkt:

BAT	bisherige Rente	geplante Rente	Rentenraub	Anteil am Gesamtraub %
IX b	1300,55	1085,03	215,52	9,3
IX a	1343,08	1116,86	226,12	9,4
VIII	1397,44	1157,38	240,06	11,4
VII	1570,73	1287,80	282,93	25,8
VI b	1711,40	1390,99	320,41	17,0
VI a	1810,38	1464,31	346,07	2,9
V c	1840,40	1485,86	354,54	2,5
V b	2003,75	1606,40	307,12	4,6
V a	2041,56	1634,44	407,12	0,9
IV b	2246,69	1786,01	460,68	5,2
IV a	2554,78	2000,02	554,76	3,1
III	2753,86	2122,28	631,58	0,9
II b	2981,50	2257,94	723,56	0,9
II a	3053,21	2300,17	753,04	4,7
I b	3336,71	2462,68	874,03	1,3
I a	3598,07	2609,31	988,76	0,3

Zunächst fällt auf: Es geht um viel Geld. Arbeiter und Angestellte des einfachen und mittleren Dienstes, die Renten zwischen 1 300 und 2 000 DM erhalten, sollen 200 bis 400 DM weniger bekommen. Wo können die eingespart werden außer bei den Lebensmitteln? Immerhin scheint es noch, daß die höheren Lohngruppen noch mehr gebeutet werden. Aber auch eine Täuschung.

Wir haben folgende Rechnung angestellt: Geht man davon aus, daß die Rentner sich genauso zusammensetzen wie der öffentliche Dienst insgesamt, dann erstreckt sich der Rentenraub in der Summe
– zu 30,1 % auf den einfachen Dienst
– zu 52,8 % auf den mittleren Dienst
– zu 11,0 % auf den gehobenen Dienst
– und zu 6,3 % auf den höheren Dienst.

Letzteres ist nur deshalb so viel, weil der Raub bei den angestellten Lehrern allein 4,7 % ausmacht.

Über 80 % sollen vom einfachen und mittleren Dienst kommen. Diese Arbeiter und Angestellten werden es sein, die den Kampf gegen den Rentenraub entscheiden werden. Der Kampf kann nur erfolgreich sein, wenn die Gewerkschaftseinheit hergestellt wird für die Herabsetzung des Rentenalters, die Erhöhung der Renten auf mindestens 75 % des Facharbeiterlohns, Bestreitung aller Versicherungskosten durch die Kapitalisten bzw. den öffentlichen Arbeitgeber und die vollständige Selbstverwaltung durch die Versicherten in allen Versicherungen.

„... im Sinne einer späteren Arbeitsvermittlung“

Post will 4 000 Fernmeldelehrlinge einstellen

Göttingen. 4 000 Fernmeldelehrlinge will das Bundespostministerium im September einstellen. „Diese bildungs- und gesellschaftspolitisch bedeutsame Entscheidung ist sehr hoch einzuschätzen, weil es nach Prognosen der Deutschen Bundespost keinen Arbeitsplatzbedarf nach Beendigung der Ausbildung für Fernmeldehandwerker geben soll“, schreibt die „Deutsche Post“, Organ der Deutschen Postgewerkschaft (DPG). Woher plötzlich hat der Postminister ein Herz für die arbeitslosen Jugendlichen?

In unserer Ausbildungsstelle wird von allen spekuliert, warum die Lehrlinge im sechswöchigen oberirdischen Linienbau mit mittelalterlichen Methoden Masten aufstellen und Kabel oberirdisch verlegen müssen. Soweit noch oberirdisch Linien gebaut werden, wird das heute mit modernem Gerät gemacht, so daß die ausführenden Firmen in der Zeit, wo wir einen Mast aufstellen, zehn aufgestellt haben. Zudem werden die meisten Linien umgerüstet auf unterirdische Linien. Oberirdische Linien verbinden nur noch einige abgelegene Bauernhöfe.

Die „Deutsche Post“ schreibt zu dieser Ausbildung: „Da die Ausbildung sehr intensiv und vielseitig ist, besteht jedoch bei Nichtübernahme durch die Deutsche Bundespost zumindest vorläufig die Chance, für eine der Berufsgruppe entsprechende Beschäftigung vermittelt zu werden.“

Das jetzige zweite Lehrjahr ist das erste, das nach der Ausbildung nicht übernommen werden soll. Dafür hängen am schwarzen Brett Prospekte der Bundeswehr aus. Viele Lehrlinge werden nach der Ausbildung zur Bundeswehr müssen. Und da ist man dann Funker, weil man über alle notwendigen Kenntnisse verfügt, um Fernmeldeverbindungen herzustellen den „elektronischen Kampf“ zu führen und Funk-, Richt- und Drahtverbindungen herzustellen und zu betreiben. Da kann die Bundeswehr den oberirdischen Linienbau gebrauchen, denn im Krieg kann man nicht tagelang die Erde aufbuddeln, um die Kabel unterirdisch zu verlegen. Zu so etwas ist diese „vielseitige und intensive“ Ausbildung doch nütze.

Daß diese Art „Arbeitsvermittlung“ wohl gemeint ist, zeigt auch die Tatsache, daß in den Göttinger Kinos seit einigen Wochen Vorfilme gezeigt werden, die für die Fernmeldetrupps werben (und in Pfiffen untergegangen sind).

Kürzlich kam eine Verfügung, der Oberpostdirektion seien alle Auszubildenden „unter 50 %“ mitzuteilen – zwecks Rauswurf. Dagegen haben die Lehrlinge protestiert. In Prozent wird jede Arbeit, jeder Handgriff bewertet, den man ausführt. So soll der richtige Kasernenton gefunden werden. Das besondere Dienstrecht und die freiheitlich-demokratische Grundordnung auf die sich zu Beginn der Ausbildung jeder Lehrling einschwören muß, sind die Grundlage dazu. – (Postzelle Göttingen)



Vor der Bismarck-Kaserne in Wentorf führte das Soldaten- und Reservistenkomitee und der KBW Bezirksverband Hamburg am letzten Donnerstag eine Kundgebung gegen die von der Bundeswehrführung betriebene Entlassung des Gefreiten Eidens durch.
Innerhalb der Kaserne kamen immer mehr Soldaten nach vorn, obwohl die 1. und 4. Kompanie um 17.00 Uhr nochmal antreten mußten. Danach zog eine Marschkolonne in ein nahegelegenes Soldatenwohnviertel, wo drei Unterschriften gegen die Entlassung gesammelt, zwei KVZ, zwei Anti-Reibert und zwölf Volksmilizen vertrieben wurden. Die Antwort der Generalität auf diesen Angriff war am Freitag die Entlassung des Gefreiten Eiden. Es ist Ausdruck ihrer Furcht.

Kampf gegen Fahrpreiserhöhungen: Erfreuliche Spaltung in der Sozialdemokratie

Kiel. Die Ablehnung der geplanten Fahrpreiserhöhungen ist breit. Den Aufruf zur Aktionseinheit haben jetzt auch 34 Arbeiter von HDW, fünf Schlosser der Fa. Schlötel, elf Angestellte aus dem Labor der 1. medizinischen Universitätsklinik, drei Arbeiter der Maschinenbaufirma A. Koch und mehrheitlich die Jugendvertreter der Kieler Universitätskliniken unterstützt. Die Sozialdemokraten sind in einer schwierigen Lage. Ihr Lager ist gespalten. Das hat die Personal- und Betriebsrätekonferenz am 5.8. gezeigt. Bisher konnte sich der Magistrat immer auf Beschlüsse der Personal- und Betriebsräte für Fahrpreiserhöhungen stützen. Diesmal war der KVAG-Direktor Scharfenberg eingeladen. Er sollte für die Erhöhung Stimmung machen. Er hat die weitere Ausplünderung der Volksmassen als unausweichlich hingestellt und auf das erwartete Defizit von 25 Mio. DM in den nächsten fünf Jahren verwiesen. Es hat nicht gereicht. Offensichtlich war der Druck von seiten der Massen auf die Sozialdemokratie zu stark. Es ist kein Beschluß gefaßt worden. Die Bedingungen, die geplanten Erhöhungen zurückzuschlagen, haben sich verbessert.

Westberlin. Am Montag, dem 1.8., demonstrierten erneut 900 Arbeiter, Angestellte, Schüler und Studenten in der Innenstadt gegen die Fahrpreiserhöhungen um durchschnittlich 23 %, die am Montag in Kraft traten. Auf einer Veranstaltung des Bezirksverbandes des KBW wurde festgelegt, die politische Front gegen die Ausplünderung vor allem in den Gewerkschaften zu verbreitern und bei Wiederaufnahme der Abgeordnetenhausberatungen erneut eine Kundgebung oder Demonstration durchzuführen.

Rationalisierung bei der Briefzustellung.

Hamburg. Im Postamt 50 (Altona) sind zum Herbst im Zustellbereich Rationalisierungen geplant. Seit drei Jahren müht sich die Oberpostdirektion nun schon, im Zustellbereich zu „bemessen“, d.h. Zeiten zu nehmen und den „Personalbedarf“ neu festzulegen. Bisher ist sie damit gegen den Widerstand der Zusteller und der unteren und mittleren Beamten in der Verwaltung nicht durchgekommen.

Jetzt macht sie einen neuen Anlauf. Seit dem Frühjahr wird das Postaufkommen der Zustellbezirke gezählt, Teilzeitkräfte dürfen nur noch bis Mitte September beschäftigt werden, „natürlicher Abgang“ wird nicht ersetzt, und Beschäftigte werden zu anderen Ämtern „abgeordnet“.
den zu anderen Ämtern „abgeordnet“.
Die Dienstherren planen, in jeder Zustellgruppe mit bisher je sechs Bezirken einen Bezirk auf die verbleibenden fünf aufzuteilen. Für die Zusteller bedeutet das vergrößerte Bezirke, längere Arbeitszeit, größeren Verschleiß der Arbeitskraft. Die Bemessung soll dazu die „objektiven“ Daten liefern. Die Meßzahlen, nach denen bei einem bestimmten Arbeitsaufwand der „Personalbedarf“ festgelegt wird, hält das Postministerium unter Verschluß.

Beschäftigten, die zwangsweise aus Lübeck nach Hamburg „abgeordnet“ wurden, wird seit Dezember letzten Jahres kein Fahrgeldzuschuß mehr gezahlt. Die Kosten für die Fahrt zum unfreiwilligen Arbeitsort müssen sie jetzt selbst zahlen: 140 DM monatlich.

Enteignung der Bauern und vollständige Aneignung der Früchte ihrer Arbeit durch die neue Bourgeoisie

Zur Entwicklung der Landwirtschaft in der Sowjetunion und Polen

Die Restauration des Kapitalismus in der SU und den Ländern des Comecon hat auch zur Wiederherstellung der kapitalistischen Privatwirtschaft auf dem Lande geführt. Ausdrücklich wird diese Produktionsweise heute von den revisionistischen Machthabern gefördert und vorangetrieben. Mittlerweile ist es so, daß z.B. die Landwirtschaft Polens oder der SU ohne die Einzelwirtschaft vollständig zusammenbrechen würde. Breschnew hat auf einem ZK-Plenun Ende letzten Jahres ausgeführt: *„Es muß gesagt werden, daß die Einschränkung der Produktion landwirtschaftlicher Erzeugnisse in individuellen Hauswirtschaften von Kolchosbauern, Arbeiter und Angestellten verfrüht war. Den individuellen Wirtschaften muß man mehr Aufmerksamkeit und Fürsorge entgegenbringen.“*

Schritt für Schritt sind in der Sowjetunion alle Kollektivierungsanstrengungen der Arbeiter und Bauern in den dreißiger Jahren rückgängig gemacht worden. Das sozialistische Staatseigentum unter der Diktatur des Proletariats degenerierte unter der Herrschaft der neuen Bourgeoisie zu einem staatsmonopolistischen Kapitalismus, in dem die Arbeiter ausgebeutet und auf dem Land alle Errungenschaften im Aufbau der sozialistischen Landwirtschaft zerstört werden. Diese Entwicklung, die sich im ganzen Einflußbereich des Sozialimperialismus und dem der RGW assoziierten Jugoslawien vollzieht, verläuft zweigleisig. Zum einen sind die Kolchosen und Sowchosen vom Kollektiveigentum der Bauern in das staatliche garantierte Privateigentum einer neuen Bourgeoisie auf dem Land verwandelt worden, andererseits entwickelt sich der Einzelwirtschaftsbetrieb der Kolchosmitglieder, die praktisch Landarbeiter geworden sind. Diese Entwicklung greift ineinander und bedingt sich.

In der SU wurde die Restauration auf dem Land seit Anfang der sechziger Jahre energisch vorangetrieben. 1965 fand in der SU eine ZK-Tagung statt, die als der „Wendepunkt in der sowjetischen Landwirtschaft“ bezeichnet wurde. Breschnew, so berichtete damals die SU-Presse, habe „einen bedeutenden persönlichen Beitrag zur Entwicklung der Landwirtschaft geleistet.“ Auf dieser Tagung wurde beschlossen, daß „das Niveau der Rentabilität zur Basis für die objektive Beurteilung der Kolchose und ihrer Staatsgüter werden soll“. Die Bourgeoisie, die die Macht in der Partei und im Staat erobert hatte, besiegelte auch per Beschluß ausdrücklich, daß das Profitprinzip gilt, und erließ entsprechende Maßregeln für die Sowchosen und Kolchosen. Sie wurden damit endgültig in kapitalistische Wirtschaftsbetriebe verwandelt. In einem „Musterstatut der Kolchose“ und in „Leitsätzen für die innere Ordnung der Kolchosen“ wurde festgelegt, daß die

„Vorsitzenden berechtigt (sind), über Eigentum und Geldmittel der Kolchose zu verfügen, Produktionspläne auszuarbeiten, frei mit landwirtschaftlichen Maschinen und anderen Produktionsmitteln zu handeln und Agrar- und Viehprodukte ohne Beschränkung zu verkaufen. Ferner haben sie das Recht, den Boden der Kolchose zu vermieten und an andere abzutreten, die Arbeitslöhne und Prämien der Kolchosmitglieder festzulegen und diese mit administrativen und wirtschaftlichen Mitteln zu bestrafen.“ (Zitiert nach Peking Rundschau 36/75)

Mit Einführung dieser „Ordnung“ sind also die Kolchosemitglieder enteignet und zu Lohnarbeitern gemacht worden. Da sie über den Boden und die Produktionsmittel nicht mehr verfügen können, müssen sie in den Kolchosen Lohnarbeit verrichten. Nach Veröffentlichungen der Sowjetrevisionisten liegt das durchschnittliche Monatseinkommen der Kolchosarbeiter weiter unter der Norm, die selbst die Sowjetrevisionisten zur Sicherung eines minimalen Lebensstandarts als notwendig erachten. Das zwingt viele der Kolchosemitglieder dazu, nach acht oder mehr Stunden Kolchosearbeit ein eigenes Stück Land zu bebauen, um ihr Leben fristen zu können. Oft sind es durch Zupacht regelrechte landwirtschaftliche Nebenbetriebe.

Der Entwicklung dieser Individualwirtschaft kommt mittlerweile in der SU eine große Bedeutung zu. Die Lage ist so, daß mehrere wichtige landwirtschaftliche Bereiche ohne diese winzigen Parzellen ganz zusammenbrechen würden. Insgesamt machen die von den Kolchosbauern und -arbeitern betriebenen einzelnen Parzellen 1,5 % der gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche der SU aus. (Es exisiteren rund 30 Millionen Nebenwirtschaften von Kolchosbauern, deren durchschnittliche Nutzfläche auf ungefähr 0,3 Hektar berechnet wird. Dazu kommen 10 bis 20 Millionen Eigengärten von Stadt- und Landbewohnern, in der Größe von 0,03 bis 0,08 ha.)

Der Produktionsausstoß dieser kleinen Landwirtschaften ist enorm. Die Kolchosarbeiter holen nach ihrer regulären Arbeitszeit das letzte aus ihrem Schollen Land heraus. Gemäß einer Aufstellung in der „Literaturnaja Gasta“ werden in den Nebenwirtschaften nicht weniger als 22 % aller Kühe, 18 % aller Schafe und Schweine und 79 % aller Ziegen gehalten. Produziert werden auf diesen Individualwirtschaften mittlerweile 31 % des nationalen Fleisch- und Milchverbrauchs, 34 % des Gemüses, 39 % aller Eier und 59 % des Kartoffelkonsums (Angaben aus Neue Zürcher Zeitung vom 26.7.).

Das wenigste wird von ihnen selbst verbraucht. Nur einen Teil dieser Produkte können die Kolchosmitglieder selbst auf die Märkte tragen, weil sie weder Traktoren noch sonstige Transport- und Produktionsmittel besitzen und bei acht oder mehr Stunden Kolchosarbeit wenig von der Kolchose wegkönnen. Deshalb sind sie gezwungen, einen Großteil dieser landwirtschaftlichen Produkte an die staatlichen Handelsgesellschaften oder die Kolchosleitung zu verkaufen. Die Produkte werden dann auf den staatlich geführten Kolchosmärkten zu überhöhten Preisen vertrieben. Angesichts schwerer Versorgungsmängel in den Städten ist dies ein äußerst profitables und gewinnbringendes Geschäft. Daneben hat sich ein regelrechter Schwarzmarkt und -handel entwickelt. Wenn Breschnew heute von „mehr Aufmerksamkeit und Fürsorge“ für die Individualwirtschaft spricht, dann meint er genau, daß die bürokratische Monopolbourgeoisie dieses profitable Geschäft ganz in die Hand bekommen will.

Von der anderen Seite her nähert sich die Entwicklung in Polen, wo bis heute 80 % der landwirtschaftlichen Betriebe in Privathand sind, der Entwicklung in der Sowjetunion an. Die Politik der polnischen Bourgeoisie besteht darin, das Großbauerntum und die kapitalistisch betriebenen Landwirtschaftsbetriebe zu fördern und die Kleinbauern kaputtzumachen. Der staatliche Entwicklungsplan beinhaltet, daß nur ein Drittel der Landwirtschaftsbetriebe „Zukunft“ hat; ein Drittel soll in landwirtschaftliche Nebenbetriebe verwandelt und das restliche Drittel ganz vernichtet werden.

Diese Entwicklung schreitet auch voran. Deutlich wird das an der Landflucht, Gradmesser für eine kapitalistisch betriebene Landwirtschaft. Seit 1950 haben 1,7 Millionen Menschen im Alter von 15-44 Jahren oder 25 % aller Erwerbstätigen dem Land den Rücken gekehrt (Neue Zürcher Zeitung, 6.4.) Der Boden, der durch die Bauernvernichtung brach liegt, geht in Polen automatisch an den Staat über. Der verkauft ihn weiter an die staatlichen Betriebe oder die reichen Bauern. So zitiert die Trybuna Ludu eine Glerek-Rede:

„Die übermäßige Abwanderung der Jugend in andere Berufe und die Überalterung führen zum Verschwinden bäuerlicher Betriebe und schaffen die Notwendigkeit, den Boden an andere Nutznießer zu übergeben. Die Agrarpolitik der Partei trägt dieser Entwicklung Rechnung und sorgt für die Möglichkeit, das Land in Großbetrieben zu konzentrieren und die Agrarstruktur ohne Verlust für die landwirtschaftliche Produktion zu verbessern. Wir haben dort, wo es möglich war, für die staatlichen Betriebe die Voraussetzungen geschaffen, das Land zu übernehmen. Aber wir bieten auch den bäuerlichen Privatbetrieben, die ihre Anbaufläche und Produktion erweitern wollen, einen Anreiz, Land zu nehmen. Diese Privatbetriebe können aus dem staatlichen Bodenfond Land pachten oder erwerben. Wir unterstützen auch den Landtausch unter den Landwirten. Es geht darum, daß jeder, der zu einer guten Bewirtschaftung des Bodens befähigt ist, seinen Beitrag zur Hebung der Produktion, die für die Allgemeinheit so notwendig ist, leisten kann.“

Dabei winken die revisionistischen Machthaber mit Millionen. Auf Grundlage „von Spezialisierung gibt es schon Zlotymillionäre“, schreibt das Blatt „Zycie Gospodarcze“. Propagiert wird in Anbetracht des Fleischmangels die Spezialisierung auf Schafzucht.

„Es werden Berichte von Akademikern oder gar Akademikerinnen publiziert, die aus dem Verwaltungsapparat ausscheiden, um sich mit Erfolg und Gewinn als private Schafzüchter zu etablieren. Die Schaftzucht ist demnach in Schlesien ‚in‘, und einige Schafzüchter sind bereits Zlotymillionäre. Gleichzeitig werden die privaten Großbauern ermuntet, ihre Betriebe auf Vieh und Schweinezucht zu spezialisieren.“ (Neue Zürcher Zeitung, 4.7.)

Diese Entwicklung ist in allen Länder im Machtbereich des Sozialimperialismus und in Jugoslawien ähnlich: Herausbildung von kapitalistischen Betrieben in der Landwirtschaft, Schaffung von Lohnarbeitern auf dem Lande, Enteignung der Bauern und Schaffung einer Reservearmee für die Industrie. Das bedeutet die Vernichtung sämtlicher Errungenschaften des Sozialismus in diesen Ländern. – (Z-Red)

Planmäßige Ruinierung der Kleinbauern

Kiel. „Der Anteil der landwirtschaftlichen Kleinbetriebe unter 20 ha an der Gesamtzahl der Bauernhöfe in Schleswig-Holstein verringerte sich in der Nachkriegszeit von 70 % um 24 Prozentpunkte auf 46 %“, in der „Bodenmobilität“ stehe Schleswig-Holstein damit an der Spitze, melden die „Kieler Nachrichten“ stolz das Ergebnis der „gezielten Maßnahmen“ der Landesregierung.

Hatten die etwa 50 000 Vollerwerbsbetriebe über 50 ha in der Bundesrepublik 1971 noch einen Vergleichseinkommensabstand zu den gewerblichen Betrieben von minus 11 %, so waren es 1975/76 plus 36 %, bei den Kleinbauern dagegen waren es minus 42 %. Die Verschuldung der kleinen Betriebe hat zugenommen.

Entwicklung der Schulden schleswig-holsteinischer buchführender Betriebe

	1965/66	1970/71	1974/75
Guthaben (in % der Betriebe)	13	13	12
Schulden DM/ha			
1 - 1 200	37	30	24
1 200 - 2 400	25	24	24
2 400 - 3 600	15	15	17
über 3 600	11	18	23

Schon bei 2 400 DM pro Hektar ist die Beleihungsfähigkeit der landwirtschaftlichen Betriebe überschritten. Die Banken brauchen also nur noch den Hahn zudrehen und 40 % der schleswig-holsteinischen Betriebe stünden vor der Zwangsversteigerung.

Lag die durchschnittliche Differenz aus Guthaben und Forderungen einerseits und kurzfristiger Verbindlichkeiten andererseits (Liquidität) im Januar 1976 noch bei plus 40 DM/ha, so lag sie im Januar 1977 schon bei minus 24 DM. Da damit zu rechnen ist, daß die ersten Raten der Dürrekredite in diesem Jahr fällig werden und die Futtermittelkäufe die Liquidität noch weiter senken, werden im Winter zahlreiche Betriebe vor dem Ruin stehen.

Während die Kleinbauern vor dem Ruin stehen, sammeln die Großbauern das Kapital, um deren Land aufzukaufen. Ein Großbauer in Schleswig-Holstein, der innerhalb von zehn Jahren 600 ha zusammengerafft hat, hat gerade vor kurzem für 1,5 Mio. DM Boden gekauft. Dafür soll es weiter Förderungsmaßnahmen geben. Über ein im Auftrag des Landwirtschaftsministeriums erarbeitetes Gutachten berichteten die „Kieler Nachrichten“ am 20.7., aus dem „vergleichsweise höheren Kapitalaufwand“ resultiere notwendigerweise auch eine erhöhte Förderungsbedürftigkeit.

„Kostendämpfung": Praktiker an die Front

„Einen erheblich Mangel an Ärzten für Allgemeinmedizin und an praktischen Ärzten haben die medizinischen Verbände in der Bundesrepublik festgestellt", berichtet der NDR am 1.8. in den „Berichten vom Tage". „Der angenehmeren Arbeit und der besseren Verdienstmöglichkeiten wegen ziehen die jungen Mediziner die Arbeit als Facharzt der des Hausarztes vor" (Hamburger Abendblatt, 2.8.77). Dieser Trend müsse „auch der Kosten wegen ... gestoppt" werden, meint die kassenärztliche Vereinigung, denn „die Angewohnheit der Patienten, nicht erst zum praktischen Arzt, sondern gleich zum Facharzt zu gehen, ist teuer. Die sogenannte Erstversorgung eines Kranken ist bei einem Internisten, der im allgemeinen eine umfangreichere Diagnostik betreibt, um bis zu 75 Prozent teurer als beim Praktiker, und 70 Prozent der von den Hamburger Internisten abgerechneten Leistungen gehören zur Erstversorgung." (Abendblatt) Iris Karlson vom NDR wird noch deutlicher: „Die Leistung des praktischen Arztes wird durch die Zunahme einiger Massenerkrankungen in den letzten Jahren immer dringlicher erforderlich. Patienten mit Hochdruckleiden, mit Stoffwechselstörungen, mit rheumatischen und bronchialen Erkrankungen können nicht ständig in Krankenhäusern oder vom Facharzt behandelt werden."

Ein solcher Zustand ist der Bourgeoisie ein Dorn im Auge. Deshalb propagiert sie den „Facharzt für Allgemeinmedizin", früher Praktischer Arzt genannt. Die „Infanterie der Medizin" soll an die Front, um die Kostendämpfung durchzusetzen. Wozu aufwendige Diagnostik, das zieht womöglich noch eine nur umso aufwendigere Behandlung nach sich. Wo doch ein großer Teil der Massenerkrankungen an Hochdruck, Stoffwechselstörungen, bronchialen Erkrankungen bei alten Menschen vorliegt.

Die Schwierigkeiten für die Volksmassen, z.B. nachts oder auch nur für einen Hausbesuch einen Arzt zu finden, werden benutzt zur Propagierung weiterer Einschränkung der Versicherungsleistungen. Mit dem Kostendämpfungsgesetz sind die Kontrollmöglichkeiten der Reichsversicherungsordnung (RVO) gegenüber diesen „Infanteristen" gerade erst geschärft worden. Vielleicht folgt als nächster Schritt das Verbot, unter umgehung des Hausarztes gleich zum Facharzt zu gehen.

Bei den praktischen Ärzten läßt sich die Zahl der eingehenderen Untersuchungen oder Überweisungen an Klinik und Facharzt leicht als „das Maß des Notwendigen überschreitend" (RVO) herabdrücken.

benutzt zur Propagierung weiterer Einschränkung der Versicherungsleistungen. Mit dem Kostendämpfungsgesetz sind die Kontrollmöglichkeiten der Reichsversicherungsordnung (RVO) gegenüber diesen „Infanteristen" gerade erst geschärft worden. Vielleicht folgt als nächster Schritt das Verbot, unter umgehung des Hausarztes gleich zum Facharzt zu gehen.

Bei den praktischen Ärzten läßt sich die Zahl der eingehenderen Untersuchungen oder Überweisungen an Klinik und Facharzt leicht als „das Maß des Notwendigen überschreitend" (RVO) herabdrücken.

„Säuberung" des öffentlichen Dienstes

Oldenburg. In einem Erlaß hat Minister Pestel den Universitätsrektor Krüger erneut angewiesen, umgehend eine Voruntersuchung gegen den wissenschaftlichen Assistenten für Stoffphysik und Sekretär des Bezirksverbandes Weser-Ems des KBW Steenken einzuleiten.

Krüger erklärte dazu, er sehe sich nunmehr gezwungen, die Voruntersuchung einzuleiten, da alle ihm zur Verfügung stehenden Rechtsmittel ausgeschöpft seien. Der Rektor will die Bewegung für politische Freiheiten im öffentlichen Dienst mit einem Streit um die Auslegung der Verfassung vernageln, damit Steenken rausgeschmissen werden kann und er Rektor bleibt.

Pestel will jetzt den Physiker Weber nicht an die Universität lassen. Er lehnte die Einstellung Webers ab, weil er nicht die Gewähr biete, sich jederzeit für die freiheitlich-demokratische Grundordnung einzusetzen, weil er sich in der Gesellschaft zur Unterstützung der Volkskämpfe (GUV) betätigt haben soll.

Pestel schreibt in seinem Erlaß: „Die Funktionärsstellung werte ich allerdings als ein starkes Indiz für eine äußerst aktive Förderung einer Partei und damit auch deren verfassungsfeindlicher Zielsetzung. Ich bitte Sie, diese Auffassung auch bei der Beurteilung in anderen möglichen Fällen zugrundezulegen."

Die Bourgeoisie will die demokratische Bewegung an der Universität zerschlagen. Die demokratische Bewegung wird sich für politische Freiheiten im öffentlichen Dienst und gegen das KPD-Verbot zusammenschließen.

Göttingen. Mit den in der vergangenen Woche stattgefundenen Anhörungen gegen die kommunistischen Lehrenden A. Gerdum und F. Dick hat der Kurator nicht das angestrebte Ziel erreicht, daß Gerdum und Dick reumütig abschwören oder sich wenigstens dem entwürdigenden Verfahren einer Ausfragerei unter vier Augen unterworfen haben. 80 Studenten, A. Gerdum und F. Dick verwandelten die Anhörungen in ein Tribunal gegen den Kurator und die Pläne der Landesregierung, den Lehrkörper schlagkräftig auszurichten zur Unterdrückung der Studenten.

Der Zusammenschluß der Studenten auf der Grundlage ihrer Interessen wird vom KB-Nord-AStA bekämpft. Im Zusammenspiel mit den ‚liberalen' Professoren versucht er den Kampf zu spalten und unter den Fprderungen nach Gesinnungs- und Meinungsfreiheit die Studenten auf die Verfassung der Bourgeoisie zu verpflichten.

Demgegenüber hat eine Versammlung von Mitgliedern aus Instituts- und Basisgruppen beschlossen, die Unterschriftensammlung unter den Beschäftigten an der Hochschule verstärkt fortzusetzen unter den Forderungen:

- für gewerkschaftliche und politische Freiheiten im öffentlichen Dienst
- keine Entlassung von A. Gerdum und F. Dick

Die Versammlung ruft auf, auf der Fachschaftsräte-Versammlung am Montag zu beraten, wie die Forderung nach gewerkschaftlichen und politischen Freiheiten gegen das Hausverbot für F. Dick am Psychologischen Institut praktisch durchgesetzt werden kann.

Bourgeoispolitiker am „Anpassen"

Im kommenden Semester werden erstmals über 900 000 Studenten an den Hochschulen der BRD und in Westberlin studieren. In wenigen Jahren erwartet die Bourgeoisie mehr als eine Million Studenten. Die Bourgeoispolitiker sind am „Anpassen".

Alle zusammen sind sie bestimmt von der Sorge, daß die bisherigen Unterdrückungsmittel den Erfordernissen der Unterwerfung der sich in diesem Umfang ausdehnenden Studentenmasse nicht mehr genügen.

Die Kapitalisten verlangen, daß das gegenwärtige „BAFöG" ersetzt werden soll durch ein „Darlehen-Gebühren"-Modell, also die Wiedereinführung der direkten Studiengebühr und die „individuelle Finanzierung" des Studiums seitens der besitzlosen Studenten durch ein Darlehen bei der Bank. Die Rektoren haben den „BAFöG"-Abänderungsvorschlag der Kapitalisten ergänzt um den Vorschlag, so viele Studenten, als wollen, an die Hochschulen zu holen, um dann nach einem Jahr einen großen Prüfungsauftrieb zu organisieren und auszusieben und auszulesen.

Erweiterung der materiellen Abhängigkeit der Studentenmassen und Erweiterung ihrer Unterdrückung durch das Prüfungs- und Notenwesen sind die Grundsätze, die die „Investitionen erst lohnend" machen:

638 DM hat das Deutsche Studentenwerk vor über einem Jahr als den Mittelwert der Studienkosten festgestellt, der bereits von mehr als der Hälfte der Studenten überschritten wurde. Wonach sich die Bourgeois die Finger lecken, zeigt sich sofort, wenn man diese beabsichtigten Aufwendungen der Bourgeoisie in Bezug setzt zu den tatsächlichen Aufwendungen der Studenten. Selbst wenn man annimmt, daß die bereits jetzt überschrittenen mittleren Monatsausgaben von 638 DM für alle vier Jahre gleich sein sollen und die Zahl der Studenten sich mählich auf eine Million zubewegt, ergibt sich die runde Summe von 20 Milliarden DM Ersparnis der Bourgeoisie bei der Vernutzung der Arbeitskraft der Studenten:

Jahr	angen. Studentenzahl (Tsd.)	Regierungsschätzung (Mrd. DM)	Gesamtausgaben der Stud. bei 638 DM/M. (Mrd. DM)
1977	877	1,80	6,71
1978	900	2,05	6,89
1979	933	2,10	7,14
1980	966	2,20	7,40
Summe:		8,15	28,14

Mit dem einen Viertel der Ausgaben, das bei dieser Modellrechnung von der Bourgeoisie als „Darlehen" bzw. „Zuschuß" eingesetzt wird, übt die herrschende Klasse Druck aus, die übrigen drei Viertel müssen direkt von den Studentenmassen bzw. ihren Eltern aus Lohn aufgebracht werden. Die Minderheit der Bourgeoisstudenten ist dabei unberücksichtig geblieben. Auf die Lohnsumme der gesamten Arbeiterbevölkerung bezogen entspricht das einem Lohnabzug oder einer Steuererhöhung um etwa 1 Prozent im Jahr im Durchschnitt.

Wenn man die Bourgeoisie gewähren läßt, wird es dabei aber keineswegs bleiben. Nach den Angaben der Universität Heidelberg ist die Zahl der BAFöG-Bewilligungen drastisch gesunken, und die Steigerungen des Betrages, die die Arbeitsgruppe der Bund-Länder-Kommission zur Ausbildungsförderung angibt, halten diesen tatsächlichen Zahlungen nicht stand:

	Studenten Universität Heidelberg	BAFöG-Bewilligungen	Auszahlung (Summe) (DM)	Monatsdurchschnitt pro Student	Angaben der Kommission
1975	17043	8000	35,0 Mio. DM	364,60 DM	405 DM
1976	17346	7642	34,7 Mio. DM	378,40 DM	425 DM
1977	ca. 19000	(6875)	(31,0 Mio. DM)	376,00 DM	460 DM

Trotz heftiger Gegenwehr seitens der Jusos und DKP-Revisionisten im VDS-Vorstand hat der Vorstand jetzt dem Antrag der ASten auf Durchführung der Ende Mai abgesetzten außerordentlichen Mitgliederversammlung der VDS stattgeben müssen und sie mit dem Tagesordnungsvorschlag „Berichte" und „Anträge" für den 23. bis 25. September nach Gießen einberufen. Die vorgesehenen Tagesordnungspunkte „Wahlen" zum Vorstand und Zentralrat und „Beschluß über ein Aktionsprogramm" haben die bürgerlichen Politiker von der Tagesordnung genommen. Sie wollen diese Mitgliederversammlung im besten Falle als „meinungsbildend" behandeln, um anschließend um so besser spalten und betrügen zu können.

Während die Lage zwingend die Einheit der Studentenmassen im Kampf gegen die materielle Abhängigkeit und für die Koalitionsrechte erfordert und klar ist, daß nur etwas durch entschlossenen Streik zu erreichen ist, sind die bürgerlichen Politiker im VDS-Vorstand am Ausbaldowern, wie von vornherein eine entschlossene und starke Streikaktion zersetzt werden kann: Die Sozialdemokraten betreiben dies hauptsächlich mit dem Versuch, einen einheitlichen Entschluß für alle Hochschulen und entsprechenden Beginn zu verhindern. Die DKP-Revisionisten quält die Furcht, daß der Streik nicht spätestens nach zwei Wochen an allen Hochschulen abgebrochen werden könnte, sonder „zerfasert in den Weihnachtsferien" oder gar als „Entscheidungsschlacht" verstanden werden könnte. – (Z-Red)

Vom BAFöG leben: Nachts Packarbeit bei Springer

Interview mit einer Westberliner PH-Studentin

Wieviel bekommst du nach BAFöG?
358 DM.
Davon kann man nicht leben. Wie verschaffst du dir das fehlende Geld?
Ich mache nachts Packarbeit bei Springer. Die Arbeitszeit ist von

die Abonnentenausgabe der Morgenpost.
Wieviel verdienst du aufs Jahr gesehen dazu?
Etwa 3 000 DM, vielmehr geht nicht, das würde dann vom BAFöG

viel mehr als das, was meine Eltern jetzt haben. Jetzt müssen wir die Glaserei schließen, weil mein Vater schwer krank ist. Dann ist meine Mutter auch noch arbeitslos.
Wie wirkt sich die Nachtarbeit auf dein Studium aus?

Die Studentin wohnt im Amilcar-Cabral-Haus, einem Studentenheim in Westberlin.
Seit ca. anderthalb Jahren wird in diesem Wohnheim die Kampagne „Raus mit den Mercedes- und Porsche-Fahrern" geführt. Das ändert wenig an der elenden materiellen Lage

Vom BAFöG leben: Nachts Packarbeit bei Springer

Interview mit einer Westberliner PH-Studentin

Wieviel bekommst du nach BAFöG?

358 DM.

Davon kann man nicht leben. Wie verschaffst du dir das fehlende Geld?

Ich mache nachts Packarbeit bei Springer. Die Arbeitszeit ist von 23.30 Uhr oder 0 Uhr bis 4 Uhr oder 4.30 Uhr, wochentags. Das sind viereinhalb Stunden. Normalerweise müßte nach drei Stunden Pause sein. Springer hat aber eine Ausnahmegenehmigung.

Nachtarbeit für Frauen ist gesetzlich verboten.

Auch dafür hat Springer eine Ausnahmegenehmigung. Außerdem bringt er uns um die Bandpause: Am Ende vom Band wird aufgebaut, was wir nicht schaffen, das müssen wir dann aufarbeiten. Wir legen Beilagen ein, Reklame und so und das Petrusblatt in die Abonnentenausgabe der Morgenpost.

Wieviel verdienst du aufs Jahr gesehen dazu?

Etwa 3 000 DM, vielmehr geht nicht, das würde dann vom BAFöG abgezogen. Das sind ca. 250 DM im Monat, also mit der Zahlung nach BAFöG etwa 600 DM. Einmal in der Woche besuche ich meine Eltern und esse da. Meine Mutter gibt mir dann für den nächsten Tag noch was mit. Letztes Jahr haben mir meine Eltern noch 200 DM für den Urlaub dazugegeben und dieses Jahr 500 DM. 1 600 DM habe ich BAFöG nachgezahlt bekommen.

Mein Vater ist Rentner und kriegt 700 DM. Er war Glasermeister und meine Mutter hat als mitarbeitende Angestellte 800 DM netto gehabt. Abgeworfen hat das Geschäft nicht viel mehr als das, was meine Eltern jetzt haben. Jetzt müssen wir die Glaserei schließen, weil mein Vater schwer krank ist. Dann ist meine Mutter auch noch arbeitslos.

Wie wirkt sich die Nachtarbeit auf dein Studium aus?

Wenn ich morgens Seminar habe, arbeite ich nicht. Dann lasse ich mich nicht einteilen. Aber mit den Arbeitsgruppen ist es immer sehr schwierig und ins Wahlfachaktiv kann ich auch nicht, aus zeitlichen Gründen.

Was meinst du, müssen die Studenten gegen diese Lage unternehmen?

Ich bin für Streik für mindestens 100 DM mehr für die BAFöG-Bezieher und Anhebung des Elterngrundfreibetrages auf 1 500 DM. Wir brauchen Koalitionsrechte und tarifvertragliche Absicherung der Bezahlung unserer Arbeitskraft.

Die Studentin wohnt im Amilcar-Cabral-Haus, einem Studentenheim in Westberlin.

Seit ca. anderthalb Jahren wird in diesem Wohnheim die Kampagne „Raus mit den Mercedes- und Porsche-Fahrern" geführt. Das ändert wenig an der elenden materiellen Lage der überwiegenden Mehrzahl der Studenten, zeigt aber, gegen wen sich der Haß richtet. Einer von diesen Bourgeoisstudenten hat neulich die Polizei geholt, weil er sich durch die ins Foyer geklebte KVZ gestört fühlte. Über 40 Studenten haben acht Polizisten auf dem Hof eingeschlossen, die auf die Anzeige des Bourgeoisstudenten kamen, und haben zwei festgenommene Genossen aus den Polizeiwagen befreit. Am nächsten Morgen fehlten dem Porsche-Fahrer die Reifen und sein Wagen war aufgebockt. – (KHG Westberlin)

„Es ist im Leben ja immer so eingerichtet, daß es einem Teil gut geht und dem anderen schlecht"

Aus der trüben Geschichte der „Landsmannschaft Gottinga" zu Göttingen

Die Bourgeoisie setzt wieder auf die Corporationen. Die „akademischen Verbindungen", in denen sich ihr eigener Nachwuchs organisiert, sollen wieder zur führenden Kraft werden und die Masse der Studenten auf dem Kurs der Reaktion zusammenschließen.

An der Göttinger Universität sind diese Reaktionäre nach längerer Zeit der „Enthaltsamkeit" im vergangenen Semester wieder massiv auf Vollversammlungen aufgetreten. Das „Göttinger Tageblatt" – Verleger Wurm war selber Corpsmitglied und Ehrengast bei zahlreichen Kommersen (Saufgelagen) – bejubelt wieder den öffentlichen Marktfrühschoppen, den die Verbindungen seit einem Jahr erstmals wieder nach fast zehn Jahren durchzuführen sich trauen.

Nach den erbitterten Kämpfen um die besetzten Häuser im Reitstallviertel, das erst mit sieben Hundertschaften Polizei geräumt werden konnte, verhöhnen die Bourgeoisstudenten der Landsmannschaft Gottinga die Masse der besitzlosen Studenten, indem sie ein Transparent aus ihrem Haus hängen: „Dies Haus ist seit 50 Jahren von Studenten besetzt."

Deutlich demonstrieren sie ihre Zugehörigkeit zu den besitzenden Klassen. Im „Göttinger Tageblatt" heißt es zutreffend: „Es kommt den „Friesen" (einer der vielen Göttinger Verbindungen, Red.) darauf an, daß besonders die Aktiven mit den Göttingern mehr Bekanntschaft machen, mit denen sie im Alltag zu tun haben. Zu diesem Kreis zählen Vertreter der Universität, der Polizei, der Bundeswehr, der Jägerschaft, der Kaufleute ..."

Wir haben uns in der Geschichte dieser Bourgeois aus der Landsmannschaft Gottinga etwas näher umgesehen.

Ein Großteil der Festschrift „Gottinga 1860 - 1960" ist Festen, Feiern, Saufgelagen, Mensurenschlagen gewidmet. Nach Beendigung des 1. Weltkriegs sticht für die Corpsbrüder besonders hervor, daß es „nur schreckliches Dünnbier zu trinken gab". Allerdings: „Das tat aber der Freude keinen Abbruch." Genauso während des 2. Weltgkriegs, wo die Volksmassen vom Finanzkapital zur Finanzierung des imperialistischen Krieges zum Hungern gezwungen wurden: „Der Kneipbetrieb litt verständlicherweise zunehmend unter Stoffmangel."

Die Rechtfertigung ihrer Parasitenexistenz bereitet ihnen kein Kopfzerbrechen. „Es ist im Leben ja immer so eingerichtet, daß es einem Teil der Menschen gut geht und dem anderen Teil schlecht." (Festschrift) Dafür, daß das so bleibt, haben die Mitglieder der „Gottinga" in der Geschichte allerhand Anstrengungen unternommen.

1913: 25jähriges Thronjubiläum Wilhelms II – Hundertjahrfeier der Völkerschlacht bei Leipzig. „Sommersemester 1913! Kaiser Wilhelm II jubilierte! Das Ereignis, Se. Majestät 25 Jahre auf dem deutschen Kaiserthron, begeisterte auch die akademische Jugend. Der Coburger L.C. rief zum Aufmarsch für eine Huldigung ... Von Deutschlands Hohen Schulen kamen alle, so auch die Gottinga." „1914: Die bunten Studentenmützen, die dem Leben in den Straßen Göttingens ... das Gepräge gaben, hatten schlagartig feldgrauen Uniformen des neu aufgestellten, zumeist aus kriegsfreiwilligen Studenten zusammengesetzten Res.-Inf.-Regiments 82 und des Kriegsfreiwilligen-Regiments 234 Platz gemacht. Die Verbindungshäuser hatten sich bis auf wenige Aktive, denen der sofortige Eintritt in die Wehrmacht aus irgendwelchen Gründen nicht gelungen oder nicht möglich war, geleert." Der Dank des Vaterlandes: „1 Pour le merite, 1 Kommandeurkreuz des österreichischem Kaiserlichen Leopoldordens mit der Kriegsdekoration, 1 Ritterkreuz des Sächsischen Albrechtsordens, 16 Eiserne Kreuze 1. Klasse, 55 Eiserne Kreuze 2. Klasse und 68 sonstige Kriegsauszeichnungen."

Als nach Beendigung des 1. Weltkriegs die Arbeiter und Soldaten beginnen, in Deutschland die Revolution zu machen, „kommunistische Unruhen" ausbrechen, schließt sich das Corps Gottinga sofort den von der Reichswehr geworbenen Zeitfrewilligenverbänden an, um sie niederzuwerfen. Bourgeoismäßig verdummt und verrottet, ist ihr Beitrag eher kümmerlich. „Leider wurde unsere Reise bereits in Dresden auf unliebsame Weise unterbrochen. Beim Umsteigen auf dem Dresdner Bahnhof wurden wir auf Betreiben des sächsischen Arbeiterrates von der dortigen Polizei verhaftet, die uns zur Rückkehr nach Göttingen veranlassen sollte." Dennoch: „Die Waffenstudenten stellten sich ihrem Vaterlande in dieser Notzeit zur Verfügung."

Während des Faschismus „ergibt sich nur als Neuerung, daß die Aktivas am 8. Mai 1933 beschloß, ihren Beitritt zur SA oder zum Stahlhelm zu vollziehen". Indes wird beruhigend hinzugefügt, „daß der Fortbestand der Korporation in keiner Weise gefährdet wäre". „Das Wesen der Landsmannschaft blieb weiterhin erhalten."

Nach dem zweiten Weltkrieg erzwang die Arbeiterbewegung das Verbot der Verbindungen. Die Landsmannschaft Gottinga begann mit der ideologischen Reinwaschung von der schmutzigen Vergangenheit. Die geringe „Neuerung" wird rückgängig gemacht. In Wahrheit habe „Gegnerschaft zum Nationalsozialismus" das Tun der Corporationen bestimmt, es sei nur die „Pflege alten couleurstudentischen Geistes betrieben worden". In den „Gedanken alter Landsmannschafter zur Zukunftsgestaltung des studentischen Gemeinschaftslebens" wird die politische Richtung abgesteckt und werden die „alten Ideale" nahtlos verbunden mit der Bereitschaft zur Festigung und Verteidigung der neuerrichteten Herrschaft der westdeutschen Finanzbourgeoisie.

„I. Der Gesamtverband Alter Landsmannschafter bekennt sich erneut zu den von Generation zu Generation in seinen Reihen überlieferten Idealen von Ehre und Freundschaft, Würde und Bescheidenheit, Gemeinschaft und Freiheit, Volk und Vaterland ....

IV. Unter Ablehnung starren Zwangs erachten wir die überlieferten Formen des korporativen Gemeinschaftslebens für berechtigt und geeignet, in universeller Pflege des Geistes und in sportlicher Übung der deutschen Erneuerung zu ihrem Teile zu dienen."

Und in der Präambel zur Satzung der Gottinga: „... Die Landsmannschaft bindet sich nicht parteipolitisch oder konfessionell, sie erwartet aber von ihren Angehörigen, daß sie jederzeit für das Vaterland und dessen freiheitliche und rechtsstaatliche Ordnung eintreten."

Heute treten Kummer (CDU), Bürgermeister, die Professoren Galperin und Rauschning u.a. bei den Burschenschaften auf, um sie für die Bourgeoisie in Marsch zu setzen. Zehn Jahre konnte sie es nicht wagen, in Göttingen aufzutreten. Daß sie jetzt hervorkommen, zeigt, daß die Bourgeoisie neben dem sozialdemokratischem Betrug die deutschnationale Reaktion gegen die Studenten ins Feld führen will. Weitere 50 Jahre darf man sie nicht „das Haus besetzt" halten lassen. – (KSB Göttingen/N-Red.)

„Wehrgerechtigkeit"

„Es läßt sich im Augenblick nicht beurteilen, wann in dem Verfahren 2 BvF 1/77 (Antrag von Mitgliedern des Deutschen Bundestages, das Gesetz zur Änderung des Wehrpflichtgesetzes und des Zivildienstgesetzes vom 13. Juli 1977 als unvereinbar mit dem Grundgesetz für nichtig zu erklären) eine Entscheidung ergehen wird",

erklärte das Bundesverfassungsgericht am 28. Juli. Am vergangenen Montag, dem 1. August, trat das Gesetz in Kraft. Die obersten Richter der herrschenden Klasse – in Sachen „Schutz des Lebens" von heute auf morgen in Aktion getreten zur Verschärfung der Unterdrückung durch den § 218 – halten die „Verteidigungsbereitschaft" der westdeutschen Bourgeoisie nicht für „gefährdet". Die Beantragung einer einstweiligen Anordnung durch die Bundestagsabgeordneten von CDU und CSU wurde vor dem Inkrafttreten des Gesetzes von den Richtern nicht mehr zur Verhandlung gebracht, ebenso wie die Klage der CDU/CSU.

Nach dieser Seite wird das Gesetz von den Richtern für „dicht" gehalten, und die Presse der Bourgeoisie quittiert mit Befriedigung Lebers Erklärung:

„Lediglich dann, wenn die Bedarfslage es erfordert, also Gefahr für den Bestand der Bundeswehr im Verzuge ist, kann durch Rechtsverordnung, durch einfache Rechtsverordnung der Bundesregierung ein neugeregeltes Prüfungsverfahren wieder angeordnet werden."

Jedoch, das Hohe Gericht der Bourgeoisie hat auch die Klage der Abgeordneten der CDU/CSU bisher nicht zurückgewiesen, „verworfen" oder für „unbegründet" erklärt. Das Gericht nimmt eine *abwartende* Haltung ein. Diese abwartende Haltung bezieht sich auf die *Durchführung* des Gesetzes.

Die Zivildienstverwaltung bisher war im großen und ganzen eine Behörde, von der die meisten Ersatzdienstleistenden nur ihre Stellenzuweisung sahen und eine Mitteilung über die Beendigung der Dienstpflicht. Ansonsten sorgte sie um Verteilung entsprechend den Anforderungen der Kirche, verschiedener halbstaatlicher Einrichtungen, der Krankenhausträger usw.

Ein beim Verfassungsgericht „anhängiges Kontrollverfahren" ist ein schweres Geschütz in Richtung zügiger Ausbau dieser Behörde, um die Einführung und beschleunigte Durchsetzung von Arbeitsdienstverhältnissen zu befördern:

„Wir wußten ja seit langem, daß diese Klage kam. Sie ist nun eingegangen. Wir treten am 1.8. in Kraft... In Zukunft werden wegen dieser Neuregelung mehr junge Männer in die Pflicht genommen, weil der Zivildienst – wie wir annehmen – verstärkt wird", erklärt der Vertreter des Bundesamtes für den Zivildienst am 31.7. auf Befragen des Zweiten Deutschen Fernsehens. Die Vorbereitungen sind bereits in vollem Gange: „Im Augenblick über 34 000 Einsatzplätze, davon 18 000 freie Einsatzstellen zur Verfügung", wird gemeldet.

Damit der Zivildienst als Arbeitsdiensttruppe funktionieren kann, ist es aber mit der bloß quantitativen Ausweitung nicht getan. Der Bundesbeauftragte für den Zivildienst, Iven, hat begriffen:

„Daneben möchten wir den zukünftigen Dienstpflichtigen etwa 10 000 *zivildienstadäquate* Einsatzplätze anbieten."

Für die Bourgeois in der Leitung der Zivildienstverwaltung ist auch der Zusammenhang zu den „Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen" längst gegeben:

„Auf dem sozialen Felde gibt es in unserem Lande neue mögliche Einsatzplätze sowohl für den Zivildienst als auch für den Arbeitsmarkt. Wenn man z.B. daran denkt, in der individuellen Altenbetreuung, in der Behindertenbetreuung und in der Krankennachsorge Dienstleistende und Arbeitssuchende einzusetzen, so könnte ich mir vorstellen, daß hier auch der Arbeitsmarkt entsprechend profitieren könnte." (ZDF, 31.7.)

Die Kasernierung, die Anwendung des Disziplinarrechts usw. entsprechen diesem Ausbau des Zivildienstamtes zu einer Arbeitsdienstverwaltung. Die Hohen Richter der Bourgeoisie beobachten. Sie sind aufgestellt als Reserve und gleichzeitig als Wegbereiter für die Durchsetzung dieses reaktionären Programmes. – (Z-Red.)

Vom „Katastrophenschutz" zum „Verteidigungsfall": Die Reform des „Zivilschutzes" im Gange

Am 5.7.77 meldete die „Frankfurter Rundschau": „Künftig wieder Bombenkeller – die Bundesregierung will Schutzraum vorschreiben." Am 24.7. eröffneten die „Bonner Perspektiven" im Fernsehen einen Propagandafeldzug für den „Zivilschutz": „Bonn", so heißt es da, sei „mit dem, was unter Zivilschutz zu verstehen ist, nicht zufrieden. Die Organisation ist zersplittert, der materielle Aufwand steht oft in keinem Verhältnis zum sachlichen Ergebnis. Bonn will renovieren."

Der „Zivilschutz" ist ein kleiner Bestandteil des Programms der „zivilen Verteidigung". Die „zivile Verteidigung" ist ein Programm, alle personellen und sachlichen Hilfsmittel zum Zwecke der Austragung der imperialistischen Konkurrenz mit kriegerischen Mitteln zu mobilisieren und die proletarische Revolution zu verhindern.

Die Aufgaben des „Zivilschutzes" sind: „der Selbstschutz, der Warndienst, der Schutzbau, die Aufenthaltsregelung, der Katastrophenschutz, Maßnahmen zum Schutz der Gesundheit, Maßnahmen zum Schutz von Kulturgut" (§ 1 Zivilschutzgesetz). Die Behörden für den „Zivil- und Katastrophenschutz" unterstehen dem Innenminister: Bundesamt für zivilen Bevölkerungsschutz mit Warndienst, Technischem Hilfswerk (THW), Zivil- und Katastrophenschutz und der Bundesverband für den Selbstschutz. Feuerwehren, THW, Deutsches Rotes Kreuz, Malteser Hilfsdienst, Arbeiter-Samariterbund und Johanniter Unfallhilfe „nehmen ihre Aufgaben auch hinsichtlich der besonderen Gefahren und Schäden wahr, die im Verteidigungsfall drohen. Sie werden zu diesem Zweck verstärkt, ergänzt sowie zusätzlich ausgerüstet und ausgebildet" (§ 1 „Gesetz über die Erweiterung des Katastrophenschutzes"). Genau das betreibt die Bourgeoisie jetzt offen. Maihofer in den Bonner Perspektiven am 24.7.77:

„Nach den gegenwärtigen Vorgaben müssen wir etwa 600 000 Helfer für den erweiterten Katastrophenschutz (gleich Kriegsfall, d. Red.) bereithalten... Nun, hier muß man die Planzahlen einfach an die Realitäten hinkorrigieren; das bedeutet, daß wir etwa zwischen 130 000 und 155 000 Helfer für den erweiterten Katastrophenschutz vorsehen. Aber die wirklich gut ausbilden und ausrüsten und in einer Kadermantelorganisation auch innerhalb 24 Stunden gewährleisten, daß sie eben auf diese Größenordnung aufgefüllt werden..."

Die Bourgeoisie braucht diese „effektivere Organisation" vor allem, um „den Aufenthalt der Bevölkerung zu regeln". § 12 Katastrophenschutzgesetz:

„Zum Schutz vor Gefahren und Schäden, die der Zivilbevölkerung durch Angriffswaffen drohen, oder für Zwecke der Verteidigung kann angeordnet werden, daß der gewöhnliche Aufenthaltsort nur mit Erlaubnis verlassen werden darf."

Wie sich die Bourgeoisie die Praxis dieser Maßnahmen vorstellt, hat sie in ihrem „Weißbuch zur zivilen Verteidigung der BRD" bereits 1972 herausgelassen:

„In einem Verteidigungsfall wird das Schicksal der Bevölkerung weitgehend davon abhängen, wie sich der einzelne gegenüber den allgemein drohenden Gefahren verhält. Teile der Bevölkerung, die ihre Wohnorte fluchtartig verlassen, um sich anderswo in vermeintliche Sicherheit zu begeben, würden sich großen Gefahren aussetzen... Das Verlassen des gewöhnlichen Aufenthaltsortes schon durch kleine Gruppen der Bevölkerung könnte andere Bevölkerungsteile veranlassen, ebenfalls ihre Wohnstätten zu verlassen und dadurch zu einem allgemeinen Chaos führen. Damit wäre die Verwaltung vor unlösbare Probleme für die Versorgung der Bevölkerung gestellt. Es ist deshalb eine der Hauptforderungen, daß im Verteidigungsfall grundsätzlich jeder an seinem gewöhnlichen Aufenthaltsort verbleibt."

Die Bourgeoisie will eine totale Verfügung über die Arbeitskräfte zur Aufrechterhaltung und Ausdehnung der Profitproduktion im Kriegsfall:

„Fast jede kriegerische Auseinandersetzung, welche die Bundesrepublik Deutschland einbezieht, kann erhebliche Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt haben... Die Wirkungsweise des freien Arbeitsmarktes wird in dieser Lage nicht ausreichen, den Ausgleich des Arbeitskräftebedarfs zu vollziehen." (Begründung zum Arbeitssicherstellungsgesetz)

Zuchthausmäßig organisierte Zwangsarbeit – dazu will die Bourgeoisie schon heute die Wächter ausbilden, den von Maihofer genannten „Kadermantelstamm". Für diese Unterdrückertätigkeiten das „an sich vorzuziehende Prinzip der Freiwilligkeit" beizubehalten, erscheint ihr denn auch sehr problematisch:

„Die Einhaltung der freiwillig übernommenen Verpflichtung zum 10jährigen Dienst im Katastrophenschutz kann mit der Ordnungsstrafe nach § 8 Abs. 3 Katastrophenschutzgesetz allein nicht erzwungen werden. Es ist deshalb zu prüfen, auf welche Weise – etwa durch stärkere Überwachung in Anlehnung an die Wehrüberwachung, durch Änderung wehrrechtlicher Bestimmungen oder durch eine Erweiterung der Zwangsmittel – die Einhaltung der Verpflichtung gewährleistet werden kann." (Weißbuch)

Sie geht daran, dies jetzt umzusetzen:

„Zielvorstellung für Planungen der zivilen Verteidigung ist und bleibt das Weißbuch zur zivilen Verteidigung der Bundesrepublik Deutschland vom 12. April 1972... Die Bundesregierung wird in diesem Zusammenhang (mit der Entwicklung der zivilen Verteidigung in den Staaten des Warschauer Paktes, die Red.) den Gesamtkomplex der zivilen Verteidigung grundsätzlich aufgreifen und neu ordnen. Dazu werden die Konsequenzen neuer Kriegsbilder, möglicher Krisen und möglicher Katastrophensituationen analysiert. Die daraus gewonnenen Erkenntnisse werden für die Vorbereitung der Gesamtverteidigung berücksichtigt." (Antwort auf eine große Anfrage der CDU/CSU vom 24.5.77, Drucksache 8/464)

Da dies ein großangelegtes Programm der Mobilisierung für den imperialistischen Krieg und der ungeheuren Steigerung der Ausbeutung ist, steht es den Interessen der Arbeiterklasse und der Volksmassen direkt entgegen. Das weiß die Bourgeoisie und setzt deshalb die Demutsgebärde eines Pfaffen auf:

„In breiten Bevölkerungskreisen bestehen noch immer Vorbehalte gegenüber dem Zivilschutz. Sie beruhen zum Teil auf bitteren Erinnerungen an den Zweiten Weltkrieg... Die Aufgabe bleibt weiterhin, diese Vorurteile in geduldiger Arbeit abzubauen. Die Erkenntnis, daß der Zivilschutz als eine humanitäre Aufgabe im Frieden und im Verteidigungsfall von allgemeiner Bedeutung ist, sollte dabei im Vordergrund stehen." (Weißbuch)

Die „Vorurteile" sind nichts anderes als die richtigen Lehren der Volksmassen aus den Erfahrungen des imperialistischen Krieges. Für die Bourgeoisie war die Niederlage im Zweiten Weltkrieg nichts anderes als ein erfolgloser Anlauf im Kampf um die Erringung der Weltherrschaft. Das ist „bitter", diese Erfahrung will sie im dritten Anlauf ausmerzen. Dazu muß sie die richtigen Urteile der Volksmassen umstoßen. Katastrophen, die die verfaulte kapitalistische Produktionsweise hervorbringt, sind für die Bourgeoisie Anlaß und Mittel, den Ernstfall zu proben. Das ganze Volk soll über die Zivilschutzmaßnahmen auf Krieg gestimmt werden und zur totalen Unterwerfung unter die herrschende Finanzbourgeoisie gezwungen werden. Die Volksmassen aber bereiten nicht den imperialistischen Krieg, sondern den revolutionären Sturz der Ausbeuterherrschaft vor. – (Z-Red.)

Übertölpelungs- und Ablenkungsgespräche (Termine)

Auf mehreren „Abrüstungsverhandlungen" versuchen die Imperialisten und Sozialimperialisten sich gegenseitig zu übertölpeln und die wachsende Kriegsvorbereitung vor den Massen zu vernebeln:

MBFR (Mutual Balanced Force Reductions – beiderseitige ausgewogene Truppenverminderung)
Stand: Die zwölfte Verhandlungsrunde ist am 21. Juli beendet worden mit einem nichtssagenden Protokoll. Seit 3 Jahren wird verhandelt, rechnet man die Vorverhandlungen dazu, seit 4 Jahren. Gegenstand ist der gegenseitige Abzug von Streitkräften, also Mannschaften und Waffen. Die westlichen Imperialisten fordern Gleichstand an Mannschaftsstärke bei 700 000, das würde nach ihrer Zählung Abzug von 91 000 NATO-Soldaten und 260 000 Soldaten der Sozialimperialisten und der anderen Länder des Warschauer Paktes bedeuten. Mehrere Jahre hat die Konferenz mit der Austragung von Differenzen über die tatsächliche Stärke der Truppen zugebracht, die immer noch umstritten ist. Inzwischen haben die Sozialimperialisten gleichen prozentigen Truppenabzug und Einfrieren der Truppenzahlen gefordert. – Verschiedene Publizisten der Imperialisten raten diesen, die Verhandlungen entweder für ein Jahr für eine „Denkpause" zu unterbrechen oder sie als „Prozeß der Diskussion über militärische Sicherheit" fortzusetzen. An ein *Ergebnis* glaubt niemand.
Nächste Termine: Die dreizehnte Verhandlungsrunde beginnt am 26. September. Ein Ende ist nicht abzusehen.

SALT (Strategic Arms Limitation Talks – Gespräche über die Begrenzung strategischer Waffen)
Stand: Seit 1972 wird verhandelt (SALT I). Ein Grundsatzabkommen über die gegenseitige Kontrolle von strategischen Atomwaffen wurde geschlossen. Im November 1974 wurde zwischen Breschnew und Ford SALT II „im Rahmen" verhandelt, festgelegt wurden Höchstzahlen, die nicht überschritten werden sollten (nicht mehr als 2 400 Interkontinentalraketen, und nicht mehr als 1 320 davon mit Mehrfachsprengköpfen). Die konkreten Verhandlungen sind im Frühjahr geplatzt. Grund ist, daß sich die Imperialisten und Sozialimperialisten nicht über die Einordnung der Cruise Missile und des neuen sowjetischen Bombers als strategische Waffen einigten. Je mehr über Waffen verhandelt wird, die die Imperialisten für die Kriegführung um Europa selbst brauchen, desto heftiger werden die Auseinandersetzungen bei dem Versuch, sich gegenseitig übers Ohr zu hauen bei den „Abrüstungsverhandlungen", und um so weniger wirkt der Entspannungsrauchvorhang.
Nächster Termin: Nach dem Platzen der Verhandlungen nicht festgelegt, im September finden Verhandlungen statt zwischen den Außenministern Vance und Gromyko, dort soll auch über den Fortgang der SALT-Gespräche verhandelt werden.

KSZE (Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa)
Die KSZE wurde am 1. August 1975 durch die Unterzeichnung der Schlußakte in Helsinki beendet. Über den Charakter dieser Schlußakte: „Die KSZE-Schlußakte ist kein völkerrechtlicher Vertrag. Sie ist eine gemeinsame Absichtserklärung..." „Die in der Schlußakte enthaltenen militärischen Aspekte sollen das Vertrauen der Teilnehmerstaaten ineinander stärken. Sie haben überwiegend politischen Charakter. Ihr Wert wird sich in Zukunft erweisen müssen." (Weißbuch der Bundesregierung 75/76, S. 74) Heftige propagandistische Gefechte werden für die nächsten Verhandlungen (Folgekonferenz zur Überprüfung der Ergebnisse der KSZE) vorbereitet. Sie zielen auf Zersetzung des gegnerischen Lagers und moralische Aufrüstung des eigenen.
Termin: 27. September bis 15. Dezember, mit der Möglichkeit der Verlängerung Mitte Januar bis Mitte Februar.

Kreta: „Raus mit den Amerikanern! Raus aus der NATO!"

Auf Kreta führt das griechische Volk den Kampf gegen den NATO-Stützpunkt und die Anwesenheit imperialistischer Truppen auf der Insel. NATO-Truppen, darunter auch westdeutsche, sollen die Ausplünderung des Landes durch die Imperialisten schützen und die Insel als strategischen Stützpunkt zur Beherrschung des Mittelmeers sichern. Der Kampf um Unabhängigkeit und Freiheit hat eine lange Tradition: Gegen venezianische, türkische und deutsche Besatzer erhob sich das griechische Volk auf Kreta immer wieder in Aufständen. Heute steht an vielen Mauern, auch noch in entlegenen Bergdörfern: „Raus mit den Basen!" „Raus mit den Amerikanern!" „Raus aus der NATO!" In Chania, der drittgrößten Stadt der Insel, sammelte sich kürzlich in Windeseile eine große Menschenmenge, nachdem griechische Frauen am Hafen von amerikanischen Soldaten belästigt worden waren. Die Soldaten wurden angegriffen und, als sie sich in ein Restaurant flüchteten, aus der bald auf 2 000 Menschen angewachsenen Menge mit Tomaten und anderem beworfen. Die amerikanischen Besatzer mußten für ihre Truppen eine Ausgangssperre verhängen. Neun Einheiten der sechsten Flotte mußten in der Suda-Bucht weit draußen stoppen, sie konnten es nicht wagen, an Land zu gehen. Zwei amerikanische Soldaten wurden ins Hafenwasser geworfen. Sogar ein griechischer Offizier sagte erregt: „Was wollen die amerikanischen Kriegsschiffe hier? Wir haben sie nicht eingeladen. Sie sollen ebenso wie die russischen verschwinden."

Dienstverpflichtung der Ersatzdienstleistenden

Hannover. Große Teile des öffentlichen Dienstes werden im Sinne der „Kostendämpfung" aufrechterhalten durch den Einsatz von Ersatzdienstleistenden. Diese sind dienstverpflichtet, völlig rechtlos, mobil, von der Belegschaft abgetrennt und billig. Ihr Einsatz ist ein Stück Verwirklichung des Arbeitsdienstes, den die Bourgeoisie einführen will, um ihre Expansion abzusichern. Zuerst muß der öffentliche Dienst vollständig unter Militärrecht stehen, dann geht es an die anderen gesellschaftlichen Bereiche.

Über die Dienstpflicht der Ersatzdienstleistenden wird die Verschärfung der Arbeitshetze, der Druck auf den Lohn und die Spaltung der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes betrieben. Seit ungefähr einem Jahr werden die Ersatzdienstleistenden der Medizinischen Hochschule Hannover (MHH) die ersten drei Monate im Krankentransport eingesetzt. Dieser Dienst ist vor allem wegen der großen Arbeitshetze bei den Beschäftigten verhaßt. Versetzt werden sie nur bei „guter Führung", bei „schlechter Führung" werden sie zurückversetzt. Inzwischen wurden Pläne der MHH-Verwaltung bekannt, daß der gesamte Krankentransport durch Zivildienstleistende abgedeckt werden soll. Auf Grund der großen Empörung mußte die Verwaltung diesen Plan zurückziehen.

Bisher sind Ersatzdienstleistende in der Psychiatrie, auf Normalstationen in Labors, im Hol- und Bringedienst, im Krankentransport, der Sterilzentrale, in der Verwaltung, der EDV und in der Küche eingesetzt.

Auf der Intensivstation 34 wurde zum Beispiel ein Ersatzdienstleistender als volle Nachtwache eingesetzt für ein Glas Orangensaft - die Nachtwachen bekommen sonst 60 DM brutto pro Nacht.

Mit dem Militärrecht soll jeder Widerstand im Keim erstickt werden. Im September haben die Beschäftigten der Neurophysiologie gestreikt, ein Ersatzdienstleistender hat sich mit diesem Kampf solidarisiert und mitgestreikt. Das hat ihm aufgrund der Wehr- und Zivildienstgesetze eine Disziplinarstrafe und die Strafversetzung in die Sterilklinik eingebracht.



In Bremen wurden letztes Jahr 80 Ersatzdienstleistende nach Bayern verpflichtet, Trennung von der Familie und den Freunden, völlige Isolierung war das Ziel. Zum Beispiel wurde einer als Krankenwagenfahrer nach Pfaffenhofen verpflichtet, obwohl er keinen Führerschein besaß und dort kein Krankenwagen vorhanden war. Nach Bremen zurück konnte er nicht. Lückenlos war ihre Kontrolle. Ging einer dieser Ersatzdienstleistenden zum Arzt in Bremen, mußte er einen Schein vorlegen, auf dem zum Beispiel eingetragen werden mußte, ob er reisefähig war oder nicht, einer wurde sogar beim Gesundheitsamt vorgeladen.

Ein ehemaliger Ersatzdienstleistender beim Arbeiter- und Samariterbund (ASB) in Bremen berichtete, daß der ASB seinen Behindertentransport gewaltig gesteigert hat, von vier Touren mit sechs Zivildienstleistenden auf zehn Touren mit 23 Ersatzdienstleistenden zu seiner Zeit. Straff wurde die Arbeit organisiert, jeder Schritt bespitzelt. Zwei weitere hauptamtliche Kräfte wurden eingestellt, ausschließlich zum Zweck der Kontrolle.

Bei Nichteinhaltung von Dienstanweisungen wurden Kollektivstrafen verhängt. Es wurden allen 15 DM abgezogen, weil einer vergessen hatte, das Tor abzuschließen. Gleich zwei Mal wurden allen 15 DM monatlich abgezogen, als einer eine Beule fuhr und es nicht gemeldet hatte.

Durch die völlige Rechtlosigkeit wollte die Aufsicht den Zusammenschluß verhindern, sie hat die Küche, den einzigen Raum, in dem man sich treffen konnte, gesperrt. Genützt hat es nicht viel. Die Hälfte der Zivildienstleistenden fuhr am 19.2. nach Brokdorf, um den Kampf gegen das Kernkraftwerk zu führen, trotz Drohungen wie der, daß jeder, der verletzt wird, in Köln bei der Zentralstelle gemeldet wird und die Arztkosten selber tragen muß. Am 1. Mai trugen zehn Ersatzdienstleistende die Forderung: „Weg mit dem Zivildienstgesetz, für freie politische und gewerkschaftliche Betätigung im Zivildienst".

Der Leiter des Behindertentransports des ASB hat herausgelassen, daß er sich um Räume kümmern wird, um Schlafplätze zu schaffen, und daß die Ersatzdienstleistenden uniformiert werden sollen.

Die Arbeiterklasse wird es nicht zulassen, daß immer größere Teile ihrer Jugend in Zwangsarbeit gepreßt werden. Der Zusammenschluß kann hergestellt werden unter den Forderungen nach Rechten, wie sie die Arbeiterklasse braucht, um ihre Interessen durchzusetzen. – (Zelle Medizinische Hochschule Hannover/N-Red.)

Dänemark: Sprengung des Lohnrahmens durch Streiks

Im August letzten Jahres haben die dänischen Unternehmerverbände, die Regierung und die Gewerkschaftsführung ein Abkommen geschlossen, dem zufolge für die nächsten drei Jahre nur maximal 6% Lohnerhöhung, d.h. 2% pro Jahr, gezahlt würden und Arbeitskämpfe nur in diesem Rahmen stattfinden dürften.

Zweck dieses Stillhalteabkommens ist die ungehinderte Ausbeutung der dänischen Arbeiterklasse. In einem neuen „Augustabkommen“ wird jetzt die weitere Verschärfung der Ausbeutung und Ausplünderung geplant. Ganze 21 Milliarden Kronen sollen in den nächsten Jahren aus den Taschen der Volksmassen eingezogen werden. Schwerpunkte dieser Raubzüge sind Steuererhöhungen, Verteuerung der importierten Waren und Subventionen auf Exportartikel. „Energiesparmaßnahmen“ und die weitere Wegrationalisierung von 20 000 Arbeitsplätzen bei einer Arbeitslosenquote von inzwischen 7%. Bei all dem soll nach wie vor das Stillhalteabkommen gelten und vor allem der „Lohnrahmen“ vom letzten August eingehalten werden.

Die dänische Arbeiterklasse hat von Anfang an dieses Abkommen abgelehnt. Sie hat sich von ihren sozialdemokratischen und revisionistischen Führern nicht in den „Rahmen“ pressen lassen, der mit den Kapitalisten und der Regierung ausgehandelt wurde. In einer Reihe von Streiks haben die dänischen Arbeiter sich selbständig für ihre Interessen eingesetzt, unbeirrt von allem Gerede von Sozialpartnerschaft und Klassenversöhnung. Sie haben gekämpft gegen Massenentlassungen, für die Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen, für mehr Lohn. Und zwar für einen Lohn, der nicht durch irgendeinen „Rahmen“ vorgeschrieben ist, sondern der bei einer Inflationsrate von rund 10% zum Leben reicht. Die wichtigsten dieser Kämpfe waren der Streik der Maler in der größten Kopenhagener Porzellanfabrik im Herbst 1976, der Streik der Setzer und Drucker von Berlingske Tidende von Februar 1977 bis Juni 1977 und der Streik der Zimmerleute im Gerüstbau von Mai 1977. Seit Mitte Juni stehen nun die Matrosen der Fährschiffe in der ersten Linie der Kampffront der dänischen Arbeiterklasse. Der Streik begann auf drei Routen, Mitte Juni schlossen sich weitere an, darunter auch die 18-Mann-Besatzung der „Langeland“ zwischen Bagenkop und Kiel, einer der wichtigsten Fährlinien zwischen Deutschland und Dänemark. Sie befördert im Sommer normalerweise 3 000 Passagiere und 400 Autos täglich.

Die Forderungen der streikenden Matrosen sind im wesentlichen: Verkürzung der Arbeitszeit von 168 auf 150 Stunden monatlich und Lohnerhöhung bis zu 25%. Die Sozialdemokraten versuchten den Streik zu spalten, indem sie lamentierten, daß durch die Lähmung des Warentransports die Bauern auf den Inseln ruiniert würden. Die Revisionisten, unter deren Führung der Streik steht, weichten die Forderungen auf. So stellte der Vorsitzende des Seemannsverbandes, Preben Möller Hansen, nicht klar die Forderung nach 35-Stunden-Woche auf, sondern mauschelte sie mit der Anrechnung der Pausen hin. Ebenso forderte er nicht einheitliche Erhöhung auf den Stunden- bzw. Monatslohn, sondern Lohnerhöhungen auf dem Wege der Angleichung der Alterszuschläge an die Skala, die für die Offiziere gilt. Spaltung und Zersplitterung also, aber die Kampfkraft der Kollegen ist groß. So groß, daß diese und ähnliche Manöver den Streik bisher nicht haben lahmlegen können.

Anfang des Monats fanden Verhandlungen darüber statt, ob die Fähren des Kattegatt sich dem Streik anschließen. Der Vermittler hat es durchsetzen können, daß der Beschluß um 14 Tage verschoben wird. Möller Hansen hat wortradikal dagegen gewettert, gleichzeitig aber begrüßt, daß dadurch die aus den Ferien zurückkehrenden Schulkinder nicht in Mitleidenschaft gezogen würden. Dabei haben die Matrosen für den Streik natürlich bewußt die Hauptreisezeit ausgewählt, weil sie hier die Reederei- und Tourismuskapitalisten am empfindlichsten treffen.

Mit großem Erfolg konnte ein Angriff der Regierung auf die Streikfront zurückgeschlagen werden. Der sozialdemokratische Regierungschef Anker Jörgensen drohte Anfang letzter Woche damit, Marinesoldaten auf den Fährschiffen als Streikbrecher einzusetzen. Es herrsche Notstand, da lebenswichtige Güter nicht transportiert würden. Die dänischen Soldaten haben es aber entschieden abgelehnt, sich gegen ihre Kollegen einsetzen zu lassen. Ein Sprecher der Wehrpflichtigen sagte:

„Wir werden uns mit allen Mitteln dagegen wehren, daß wir in einem Arbeitskonflikt eingesetzt werden.“ Auf den Einwand eines Journalisten, daß das Meuterei sei, sagte er: „Gut, dann ist es eben Meuterei.“

Bisher wurde auf folgenden Linien seit 2.6.77 gestreikt: Faaborg (Fünen) – Gelting; Spodsborg (Langeland) – Taars (Lolland); Korsör (Seeland) – Lohals (Langeland). Ab 10.7. kamen folgende Routen dazu: Svendborg (Fünen) – Ärösköbing (Örö); Faaborg (Fünen) – Söby (Ärö), und am 16.7.77 Bagenkop (Langeland) – Kiel. – (Bezirk Holstein)

Arbeiterstreiks in Portugal

Kämpfe der Bauern gegen die imperialistische „Agrarreform“

In einer Korkenfabrik von Porto hat ein Kapitalist einen Arbeiter enlassen, weil er einen Apfel während der Arbeitszeit gegessen hat. Daraufhin traten die Arbeiter von 20 Korkfabriken in den Regionen Moselos, Lourosa, Pacos Brandao, Santa Maria des Lamas und Vila da Feira in den Streik. Sie beschlossen den Streik fortzusetzen, bis der Arbeiter wieder eingestellt ist. Mit diesem Streik machen die Korkarbeiter gleichzeitig Druck, um die Verhandlungen für ihren Tarifvertrag zu beschleunigen.

Die Arbeiter der Firma ETAP besetzten den Betrieb, um die Erfüllung des Tarifvertrages durchzusetzen. Die portugiesische Regierung, die in immer größere Abhängigkeit der imperialistischen Länder gerät, hat ein Gesetz beschlossen, um das Streikrecht einzuschränken. Der Geschäftsführer der deutsch-portugiesischen Handelskammer, Fritz Haser, hat die portugiesische Regierung darauf hingewiesen: „Ende 1973 hatte Portugal Gold- und Devisenreserven von 69,2 Milliarden Escudos und nur 33 Milliarden Auslandsschulden, heute sind die Schulden auf 46 Milliarden gewachsen, während die Reserven auf 48,4 Milliarden dahinschmolzen.“ (Süddeutsche Zeitung, 3.8.) Im September wird über einen weiteren Kredit von 750 Millionen Dollar aus dem Weltwährungsfonds verhandelt. In einem Bericht des IWF (Internationaler Währungsfonds) an Soares wird mit dem Zaunpfahl gewunken: „Nach IWF-Ansicht sind eine Verringerung der öffentlichen Ausgaben für die Stabilisierung der portugiesischen Wirtschaft unerläßlich.“ (Süddeutsche Zeitung, 2.8.)

Am 4.7. wurden in Lissabon 75 Müllarbeiter entlassen, am 5.7. weitere 33 Arbeiter. Für 1977 hat die Soares-Regierung eine Lohnbegrenzung um 15 % angeordnet. Offiziell wird mit einer Inflationsrate von 25 % gerechnet. 12,6 % der portugiiesischen Arbeiter sind derzeit arbeitslos. Die Kapitalisten sind verstärkt dazu übergegangen, Mitglieder von Arbeiterkomissionen zu entlassen. Betriebe werden ihren ursprünglichen Besitzern zurückgegeben.

Eine der jüngsten Maßnahmen ist das Agrarreformänderungsgesetz, mit dem der Boden zurückgegeben werden soll, den die Landarbeiter den Großgrundbesitzern enteignet haben. Die Soares-Regierung versucht den Widerstand dagegen zu ersticken. Die Landarbeiter von der Landwirtschaftskooperative Ameixal erklärten: „Die Arbeiter erklären ihre Kampfbereitschaft, daß die Agrarreform sein möge von Norden bis Süden eine Agrarreform, wo es keine Reserven und Entschädigungen gibt ... Wir Landarbeiter auf dem Lande wollen nicht, daß die Räuber entschädigt werden für das, was sie geraubt haben. Noch viel weniger, daß ihnen die Früchte ihres Raubes zurückgegeben werden ...“

Wirtschaftsminister Barreto hat bereits erklärt, daß er zurücktreten werde, falls das Gesetz nicht durchkommt. Die Revisionisten sagen, die Soares-Regierung wolle den Kapitalismus wiederherstellen und fordern Neuwahlen. Die Revisionisten greifen dieses Gesetz an, aber nur deshalb, um sich selber im Staatsapparat einzunisten. Es liegen bereits 35 Ausführungsbestimmungen vor, um das Gesetz durchzusetzen. Portugal gleicht einem Pulverfaß, der kleinste Anlaß genügt, und die Arbeiter einer ganzen Region ergreifen Kampfmaßnahmen. – (S-Red.)

Aus „Voz do Povo“, Organ der UDP

16.7.77: Die Marine soll, gemäß bestimmten Nachrichten, ihre Bewaffnung verbessern. Es sollen angeblich drei Fregatten für 5 Millionen Contos gekauft werden. Die Regierung läßt in Lissabon Plakate, die gegen das Barreto-Agrarreformgesetz Stellung nehmen, abreißen.

17.7.77: In Evora greift Alvaro Cunhal heftigst das Agrarreformgesetz von Barreto an, er wolle bis zum Teufel dagegen in Verhandlungen treten. In der ganzen Rede sagt Cunhal kein einziges Wort über die Notwendigkeit, das ganze Volk dagegen zu mobilisieren, spricht nur von parlamentarischen Verhandlungen.

18.7.77: Beginn der Parlamentsdebatte über die Agrarreform. In einer Plenarversammlung erklärt die GGTB (Oberste Führung der Telefon- und Postgewerkschaft), daß das Streikrecht weitergehen muß, unabhängig von der Anti-Streik-Gesetzgebung, wie sie vom Parlament verabschiedet wurde.

19.7.77: Es stirbt im Karnkenhaus das Mitglied der UDP, Genosse Luis Augusto Caracol, der während der Verurteilung von Rui Gomes von der Polizei erschlagen wurde. Polizeiüberfälle auf UDP-Zentralbüro zur Beschlagnahmung von Plakaten, die den Mord an Genossen Caracol enthüllen.

20.7.77: Weiter geht die Diskussion über das Gesetz Barreto im Parlament. Verhaftungen von Revolutionären, die auf den Straßen von Aveiro, Lissabon und Porto gegen das Gesetz agitieren. In der Kooperative „Der Kampf“ beschlagnahmt die Nationalgarde (GNR) Maschinen, um sie dem Großgrundbesitzer zu übergeben. Gewerkschaftsdelegierte und Arbeiterkommissionen von Betrieben des ITT-Konzerns kündigen eine Zusammenkunft an zur Untersuchung der Tätigkeit von ICI in Portugal.

Manöver im Atlantik – Die Supermächte proben den Krieg um Europa

„Moskaus Flotte bedroht zunehmend die Seewege im Atlantik,“ (...) „Bonn zeigt sich besorgt“, meldet die „Frankfurter Allgemeine“ am 3. August. Der Anlaß, der nicht nur „Bonn“ besorgt macht, sondern die gesamte NATO-Generalität:

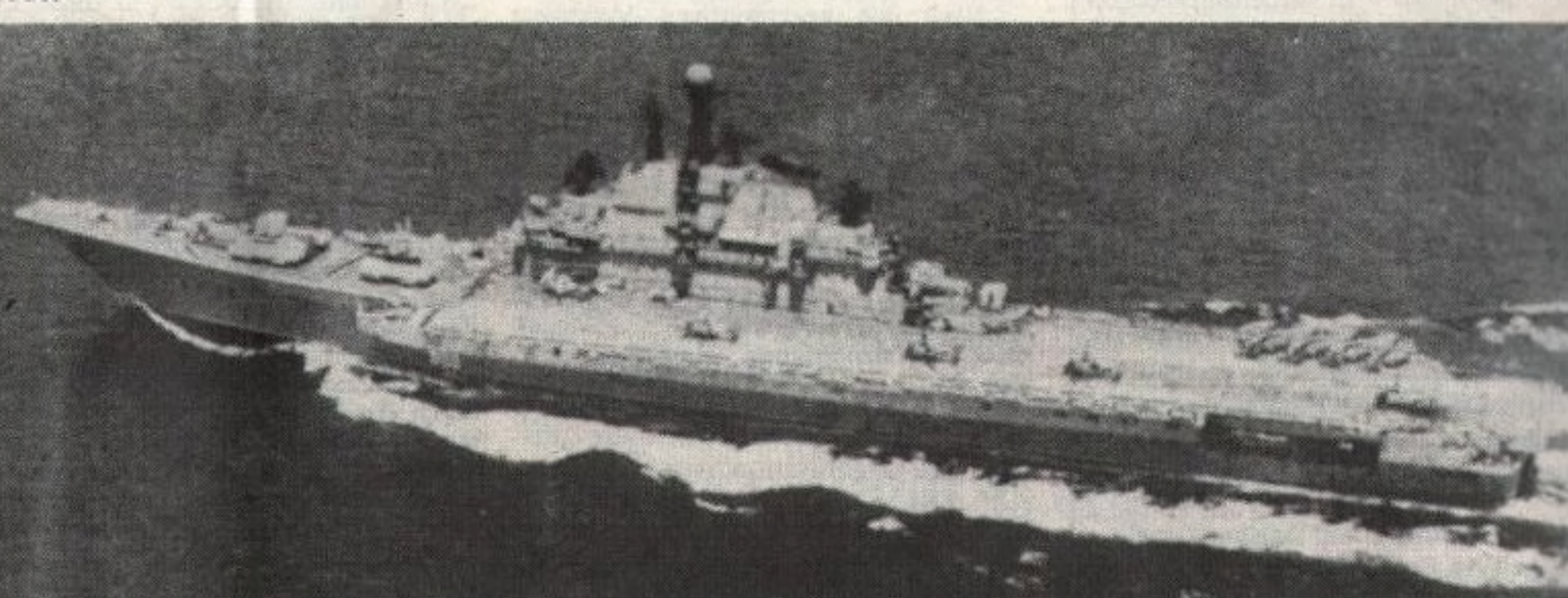
Da tauchten, unangekündigt und für die NATO überraschend, im April/Mai diesen Jahres, wie erst jetzt durchsickerte, statt der 7 ständigen plötzlich 89 sowjetische U-Boote im Atlantik auf, mehr als ein Viertel der 325 Stück starken U-Bootflotte der Sozialimperialisten. Die Überwachungsschiffe der NATO, die auf die sowjetischen Flotten, ihre Häfen und Stützpunkte angesetzt sind, um alle Bewegungen zu überwachen, waren so überrascht, daß sie der großen Zahl der U-Boote nicht folgen konnten. Die mit ballistischen Raketen mit nuklearen Sprengköpfen ausgerüsteten U-Boote wurden über Wasser von einer starken Kriegsflotte begleitet und ihre Operationen während der ganzen Zeit von Langstreckenbombern unterstützt. Das Manöver konzentrierte sich vor allem auf den Bereich südwestlich von Island. Geprobt wurde, den Truppen- und Materialnachschub aus den USA, mit dem die in Europa stationierten NATO-Truppen im „Spannungsfall“ verstärkt werden sollen, abzuschneiden, um so die NATO-Truppen zu schwächen und ihnen gleich beim ersten Angriff schwere Schläge zu versetzen. Auf dem Höhepunkt der Übung wurden binnen einer Woche 120 000 Soldaten aus dem Inneren der SU per Flugzeug nach Osteuropa verlegt.

Zwei Monate später führten die Warschauer-Pakt-Staaten SU, DDR und Polen ein weiteres Marinemanöver durch, diesmal in der Ostsee. 200 Schiffe und U-Boote nahmen daran teil: Hier kam es den Sozialimperialisten darauf an, die dänischen Meerengen unter Kontrolle zu bekommen, um im Kriegsfall die Versorgung ihrer Atlantik- und Nordmeerflotte aus den großen Versorgungsdepots bei Kaliningrad sowie ihre Unterstützung durch die Baltische Flotte sichern und sich die Barents-See als Einsatzgebiet ihrer atomgetriebenen Unterseeboote erhalten zu können. Bei dieser Übung wurde auch eine Kampflandung geprobt, bei der die SU ihre neuesten Luftkissenfahrzeuge einsetzte, mit denen die Baltische Flotte ausgerüstet wurde und die schwere Kampfpanzer und Marine-Infanterie mit einer Geschwindigkeit von bis zu 70 Knoten transportieren können.

Im letzten Jahr im Septemer führten die NATO-Staaten im Rahmen des Großmanövers „Autumn Forge 76“ mit seinen 27 von Europa-Nord bis Süd reichenden Manövern u.a. das Manöver „Teamwork 76“ durch, bei dem sie ebenso wie die Sozialimperialisten den „Spannungsfall“ probten. Es war das größte Seemanöver, das die NATO bisher jemals durchgeführt hat. 80 000 Soldaten, 270 Schiffe und 900 Flugzeuge nahmen daran teil. Im Mittelpunkt standen die schnelle Heranführung von Verstärkung (Material und Truppen) von den USA nach Europa, der Kampf um die Beherrschung v.a. des Gebietes zwischen der norwegischen Küste, Schottland, Island und Grönland, sowie um die Beherrschung der dänischen Meerengen. Weiter Kampflandungen in Norwegen und Dänemark, „wobei der Übergang vom Spannungszustand zur militärischen Aggression in Nordnorwegen und an den dänischen Meerengen eingeplant wurde.“

Krieges, den die Imperialisten vorbereiten, die Eroberung Europas, bestimmt seinen Charakter, und die Aufrüstung der Imperialisten, ja, die von ihnen durchgeführten Manöver beweisen es. Die Beherrschung der Ozeane spielt, gerade im Hinblick auf die entscheidenden Landschlachten, dennoch eine große Rolle. Gelingt es den Sozialimperialisten, die Nachschubwege der USA zu blockieren, schwächen sie den Rivalen empfindlich, können sie seine

zum anderen im Kampf gegen Flugzeugträger und Überwasserstreitkräfte eine wichtige Waffe im Kampf um die Seeherrschaft ist. Bis 1978/79 soll ein einsatzbereiter Stand von 60-80 entsprechenden U-Booten erreicht werden, die zum nicht unbeträchtlichen Teil die Atlantik- und Nordmeerflotte verstärken sollen. Die US-Imperialisten wollen im Rahmen ihres Programmes ihre Jagdunterseeboote mit Atomantrieb auf 90 aufstocken. Schon 1975 kreuzten 73 % ihrer einsatzbe-



Der zur sowjetischen Nordmeerflotte verlegte Flugzeugträger „Kiew“, eines der ersten Exemplare einer Reihe von modernen Mehrzweckschiffen dieses Typs.

Der sowjetische Vizeadmiral und Kommandeur der Nordmeerflotte Tschernavin äußerte zu dem russischen Atlantikmanöver, daß die russische Flotte keiner andere Aufgabe diene, als die „Sicherheit des Vaterlandes zu verteidigen.“ Im Atlantik!

Die US-Imperialisten schreiben ihren Kriegsflotten die Aufgabe zu:

„– die Erhaltung der Fähigkeit, die wichtigen Seeverbindungen zu Verbündeten, befreundeten Nationen und *Regionen besonderen Interesses* für die Vereinigten Staaten zu kontrollieren und deren Benutzung sicherzustellen,
– die Schaffung der Möglichkeiten für den Einsatz amerikanischer Machtmittel, vorwiegend militärischer Art, außerhalb der Vereinigten Staaten zur Wahrnehmung *unabdingbarer amerikanischer Interessen* ...“ (Zitiert nach Österreichische Militärzeitschrift 5/75, Die amerikanische Kriegsmarine)

Das Interesse der einen wie der anderen Supermacht liegt darin, die Ausbeutung der europäischen Arbeiter unter das eigene Kommando zu bringen, sich den von der europäischen Arbeiterklasse geschaffenen ungeheuren Reichtum anzueignen, sich die natürlichen Reichtümer Europas einzuverleiben, kurz, sich zum Oberherren über ganz Europa und zum Herrn über die Welt aufzuschwingen. Ihre fieberhaften Manöver sind deutliches Zeichen, daß sie den Krieg um Europa proben, durch den sie ihren Kampf letztlich ausfechten und entscheiden wollen.

Der Krieg zwischen den Supermächten und den jeweils von ihnen geführten Militärpakten wird nicht auf See entschieden werden. Die kriegsentscheidenden Schlachten werden auf dem Land geschlagen, nicht auf See und nicht in der Luft. Der Zweck des

und seiner Verbündeten Truppen leichter schlagen. Gelingt es umgekehrt den US-Imperialisten, durch entscheidende Schläge gegen die SU-Flotte, diese Seewege unter Kontrolle zu bringen, können sie nicht nur die in Europa eingesetzten NATO-Truppen mit Nachschub versorgen, sondern haben sich ebenso gegenüber dem Rivalen vom Norden und durch die Ostsee weitere Einfallstore nach Europa, Einfallstore auch in den Machtbereich der Sozialimperialisten, geschaffen. Letzteres trifft im umgekehrten Fall natürlich entsprechend auf die Sozialimperialisten zu.

In ihren Kriegsflottenmanövern proben die Imperialisten nicht den „Kriegsfall“, sondern den „Spannungsfall“, die dem Ausbruch des imperialistischen Kriegs unmittelbar vorangehende Zeit der sprunghaften grellen Zuspitzung der Widersprüche. Wer dem Rivalen zuvorkommt, seine Flotten zuerst in den hauptsächlich umkämpften Gebieten aufmarschieren und diese unter Kontrolle bringen kann, hat sich wichtige Vorteile für die folgenden Schlachten zu Wasser und zu Land erkämpft. Daher rührt ein gut Teil der Besorgnis der NATO-Generalität, die sich von den Sozialimperialisten weitgehend hat überraschen lassen müssen.

Beide Supermächte haben vor wenigen Jahren große Flottenbauprogramme eingeleitet, die kurz vor dem Abschluß stehen. Das Flottenprogramm der Sozialimperialisten legt den Schwerpunkt auf den beschleunigten Ausbau der U-Jagd-U-Boot-Flotte mit Atomantrieb, die wegen ihrer vielseitigen Fähigkeiten einmal in der offensiven Bekämpfung von atomgetriebenen Raketenunterseebooten und

reiten strategischen Raketenunterseeboote und 61 % ihrer U-Jagdboote mit Nuklearantrieb im Atlantik und im Mittelmeer. Die Zahl der U-Boote, die Europa umkreisen, wächst ständig.

Die Arbeiterklasse in Europa, das die Imperialisten zum Schlachtfeld ihrer Rivalität machen wollen, hat allen Grund, diese Entwicklung mit höchster Aufmerksamkeit zu beobachten. Die Ursache des Krieges, den die Supermächte und die anderen Imperialisten vorbereiten, liegt in der Ausbeutung der Lohnarbeit durch das Kapital, in der unersättlichen Profitgier der Imperialisten, die sie unvermeidlich gegeneinander treibt. Die Herrschaft der imperialistischen Ausbeuter wird mit jedem Tag drückender und unerträglicher. Dies, und die Erfahrungen der letzten beiden Weltkriege beschränken die Aussichten der Imperialisten, die Arbeiterklasse für ihre imperialistischen Abenteuer zu gewinnen. Es ist die Aufgabe der Arbeiterklasse, dem imperialistischen Krieg zuvorzukommen und im bewaffneten Aufstand die Ausbeuterherrschaft zu stürzen. An dieser Aufgabe arbeiten wir Kommunisten, in der Gewißheit, daß jeder Erfolg der Revolution in Westdeutschland die Revolution in den anderen imperialistischen Ländern unterstützt und die Lebenszeit der Herrschaft des Imperialismus gewaltig verkürzt. Gelingt es nicht, dem imperialistischen Krieg durch die proletarische Revolution zuvorzukommen, gelingt es den Imperialisten ein drittes Mal, die Welt in ein großes Blutbad zu stürzen, dann stellt sich der Arbeiterklasse und allen Revolutionären die Aufgabe, den imperialistischen Krieg in einen Bürgerkrieg gegen die eigene Bourgeoisie zu verwandeln. – (Z-Red)

Große Streiks der Arbeiter in den Erz- und Kohlegruben der USA

„Streikposten, die mehr als 14 000 Mitglieder der Vereinten Stahlarbeiter von Amerika (der US-Stahlarbeitergewerkschaft – Red.) in mindestens fünf Bundesstaaten repräsentieren, haben heute zwei Drittel der US-Eisenerz-Produktion im ersten Streik seit 18 Jahren lahmgelegt", berichtet der International Herald Tribune am 1. August.

Auch in einem Zweigwerk der US Steel und in einer Reihe anderer Betriebe haben Mitglieder der Stahlarbeitergewerkschaft die Arbeit niedergelegt. Die Forderung der Arbeiter lautet auf 65 cents (ca. 1,50 DM) Lohnzuschlag pro Stunde.

Dieser Streik findet statt, kurz nachdem die Arbeiterklasse der USA durch den Tarifabschluß der Stahlarbeitergewerkschaft im April, im ersten großen Tarifkampf dieses Jahres, eine Niederlage einstecken mußte. Der Tarifabschluß vom April bedeutet Verschärfung des Lohnraubs, bei Aufrechterhaltung des berüchtigten ENA-Abkommens, das für die Arbeiter praktisch Streikverbot' bedeutet (gegen „Mitbestimmung" für die Gewerkschaftsführer). In den Gewerkschaftswahlen zuvor hatte sich die reaktionäre Gewerkschaftsführung knapp behaupten können gegen eine klassenkämpferische Bewegung unter den Gewerkschaftsmitgliedern, die sich hinter dem reformistischen Kandidaten Ed Sadlowski gesammelt hatte und entschiedenen Lohnkampf bei sofortiger Aufkündigung des ENA-Abkommens forderte.

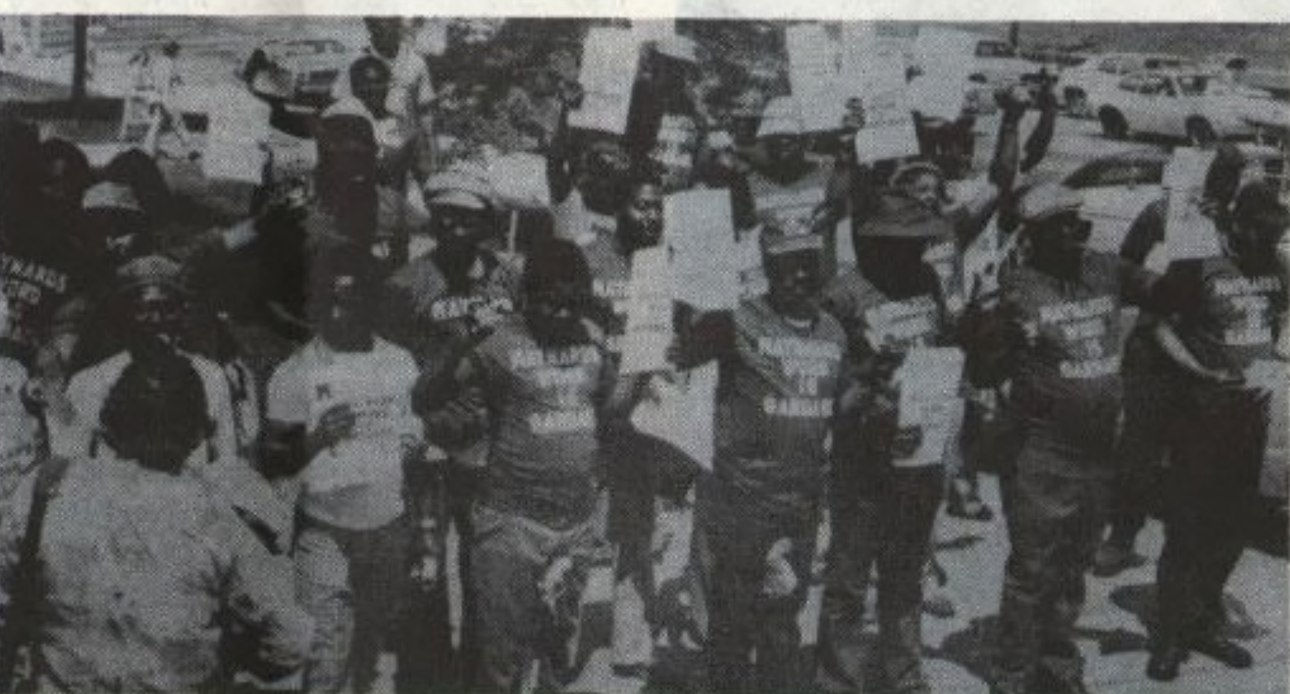
Gerade weil die US-Bourgeoisie geglaubt hatte, diese Schlacht gewonnen zu haben, beunruhigt sie dieser Streik besonders. Die Gewerkschaftsführung ist gezwungen, den Streik zu unterstützen. Sie versucht, die Auseinandersetzung zu entschärfen, indem sie behauptet, der Streik sei regional begrenzt (was nach dem ENA-Abkommen unter bestimmten Bedingungen erlaubt ist), da alle anderen Mitglieder der Stahlarbeitergewerkschaft angeblich eine entsprechende Lohnzulage bereits hätten. Offensichtlich versuchen die reaktionären Gewerkschaftsführer auf diese Weise auch, die Streikbewegung einzudämmen.

Die Unruhe der US-Bourgeoisie über den Streik der Arbeiter in den Erzgruben kommt auch wegen seiner engen Verknüpfung mit der anhaltenden Streikbewegung der Arbeiter in den Kohlegruben, die bereits seit Wochen – ohne jede gewerkschaftliche Unterstützung – in einem erbitterten, selbständig geführten Kampf ausharren. Wenn in einzelnen Gruben der Streik niedergeschlagen werden konnte, so hat er sich gleichzeitig auf neue Gruben ausgedehnt. Über 60 000 Arbeiter in den Kohlegruben der Appalachen, 10 000 in Ost-Kentucky und 44 000 in Südwest-Virginia befanden sich nach Zeitungsberichten Anfang August im Streik. (Vgl. Meldung auf Seite 1)

Carters Energiesparprogramm sieht eine teilweise Ersetzung des Ölverbrauchs durch Steinkohle vor. Da nach wie vor das Erdöl in den USA zu extrem niedrigem Preis verkauft wird, muß der Kohlepreis weiter gedrückt werden. Das geht nur durch die absolut rücksichtslose Vergeudung von Arbeitskraft und Menschenleben in den Kohlegruben, und weitere Senkung der Löhne. Darin sind die Kohlekapitalisten schon – trotz aller erbitterten Streikkämpfe der Arbeiter – so weit vorgedrungen, daß sich heute europäische Kohlekonzerne, an erster Stelle die Ruhrkohle AG, in die Kohlegruben der USA einkaufen, um an der Ausbeutung der amerikanischen Arbeiter teilzunehmen.

Die imperialistische Bourgeoisie der USA hat jetzt zu einer Existenzfrage für ihr Energieprogramm erklärt, ob es ihr gelingt, mit den „wildcat strikes" (den wilden Streiks) der Bergarbeiter fertigzuwerden. Die rücksichtslose Austrocknung der Versicherungskassen der Bergarbeiter (womit sie gerade an der verwundbarsten Stelle, bei den häufigen Verletzungen und Krankheiten und der Verurteilung zu einem Dasein als Frührentner angreift) ist ein brutaler Versuch, schon im Vorfeld der kommenden großen Tarifauseinandersetzung im Winter die selbständige Streikbewegung der Arbeiter zu brechen.

Ihre entscheidenden Verbündeten sind dabei die reformistischen Führer der Bergarbeitergewerkschaft. Der Gewerkschaftspräsident Miller – dessen Amtszeit gerade ausgelaufen ist – wurde vor Jahren durch eine große klassenkämpferische Bewegung der Bergarbeiter an die Spitze gebracht, der alte Präsident Boyle gestürzt und seine Verbrechen enthüllt. Boyle hatte bei den Gewerkschaftswahlen 1968 seinen von den Arbeitern nominierten Gegenkandidaten Jablonski durch gedungene Killer mitsamt Frau und Tochter ermorden lassen. Miller hatte sich jahrelang als Sprecher der Arbeiter aufgespielt, aber war schon in den selbständigen Streikkämpfen des letzten Jahres vollständig auf die Seite der Grubenbosse übergegangen. In dem jetzigen Streik tritt er offen als Unterdrücker auf. Er forderte die lokalen Gewerkschaftssekretäre auf, gesonderte Abstimmungen unter ihrer Aufsicht durchzuführen, womit nicht nur der Streik abgebrochen werden soll, sondern die Gewerkschaftszentrale „äußerste Vollmachten, um sich mit einem gewissen Komitee auseinanderzusetzen", erhalten soll. Mit dem „gewissen Komitee" ist das Miners Right to Strike Committee gemeint, ein von den Bergarbeitern selbst geschaffenes zentrales Streikkomitee. Das Streikkomitee hat jetzt nicht nur die Forderung der Arbeiter nach voller Zahlung aller Leistungen der Sozialversicherung einschließlich der Arzt- und Krankenhausbehandlung durch die Kapitalisten unbeirrt unterstützt – sondern hat darüberhinaus von der Gewerkschaftsführung verlangt, daß das Abkommen selbst, das die Beiträge der Kapitalisten zur Sozialversicherung an den Produktionsausstoß der Gruben knüpft, in den Tarifverhandlungen gekündigt und neu ausgehandelt werden muß. – (Z-Red)



Die Ausplünderung der Wucherergeschäfte in den Ghettos beim letzten Stromausfall in New York, die durch die stundenlangen Kämpfe mit der Polizei und Nationalgarde einen organisierten Charakter annahm, hat die herrschende imperialistische Bourgeoisie der USA zutiefst erschreckt. Nun läßt sie ihre Lumpenjournalisten und Politiker wieder das „Problem der Ghettos" breittreten – als handelte es sich nicht um das ganze soziale Massenelend, das der faulende US-Imperialismus in immer grellerer Form hervortreibt. Die neuesten Bundesstatistiken zeigen, daß die Arbeitslosigkeit unter der Jugend von 29 % im Jahr 1973 auf über 40 % 1976 gestiegen ist, und daß insgesamt jetzt fast 26 Millionen Menschen unterhalb der offiziellen Armutsgrenze leben. Die „Feldzüge gegen die Armut" der Präsidenten Johnson und Nixon waren nichts als zynische Manöver, um die Aufstände der schwarzen Arbeiter in den 60er Jahren niederzuschlagen. Jetzt hat sich Carter hastig an die Ausarbeitung eines neuen „Wohlfahrtsprogramms" gemacht, nachdem auch die Handvoll schwarzer Bourgeois, die für ihn seinerzeit die Wahlbetrugskampagne mitgeführt haben, ihn öffentlich kritisiert hat, daß er die Interessen des Monopolkapitals vertritt. Was denn sonst? Carter will sein Programm in dieser Woche vorlegen. Zuvor schon hatte er das jetzige System der staatlichen Arbeitslosen- und Sozialhilfe als „verschwenderisch" und „unberechenbar" bezeichnet. Klar ist jetzt schon die Absicht, die „Arbeitsfähigen" herauszuziehen und ihre Arbeitskraft den Kapitalisten zu allen Bedingungen zur Verfügung zu stellen. Marxisten-Leninisten und klassenbewußte Gewerkschafter bezeichnen diese Gesetzesprojekte als „Sklavenarbeitsgesetze". – Unser Bild zeigt Müllarbeiter in Atlanta, die mehrere Wochen gegen Hungerlöhne und Entlassungen streikten.

Andauernde Kämpfe der Jugend in Soweto

Die Kämpfe der jugendlichen Schwarzen in Soweto halten unvermindert an. Die Polizei ging mit Hunden, Tränengas, Schlagstöcken und Gewehrschüssen gegen rund 800 Jugendliche vor. Die Polizei hatte Hunde auf die protestierenden Schüler losgelassen. Seit einer Woche werden die Schulen in Soweto bestreikt. Die Jugendlichen kämpfen gegen die rassistische Unterdrückung mittels der Schule und fordern die Selbstverwaltung Sowetos. Der südafrikanische Polizei- und Justizminister Krüger erklärte, daß er nicht länger „Gewalt und Anarchie" dulden werde und er hart sein werde gegen die „Rebellion und den unsinnigen Widerstand" der Schüler. Seit Beginn der Kämpfe gibt er solche Erklärungen ab. Aber noch so brutale Polizeieinsätze haben den Kampf nicht ersticken können. Die Massen Azanias sind stärker und werden die Kolonialistenherrschaft stürzen.

Weitere Erfolge der FPOLISARIO

Die Unruhe der US-Bourgeoisie über den Streik der Arbeiter in den Erzgruben kommt auch wegen seiner
wurde vor Jahren durch eine große klassenkämpferische Bewegung der Bergarbeiter an die Spitze gebracht,
len. Marxisten-Leninisten und klassenbewußte Gewerkschafter bezeichnen diese Gesetzesprojekte als „Sklavenarbeitsgesetze". – Unser Bild zeigt Müllarbeiter in Atlanta, die mehrere Wochen gegen Hungerlöhne und Entlassungen streikten.
Weitere Erfolge der FPOLISARIO

In der zweiten Julihälfte hat die FPOLISARIO mehrere erfolgreiche Angriffe im Nordwesten Mauretaniens gegen die von den US-Imperialisten ausgerüsteten und geschickten marokkanischen Besatzer durchgeführt. Bei einem Angriff auf einen Militärposten bei Argoub wurden 12 Besatzer getötet und 4 verletzt. 600 marokkanische Soldaten mußten per Luftbrücke gegen einen Angriff der FPOLISARIO auf Zouerate herbeigeschafft werden. Dabei haben die Kämpfer der Befreiungsfront ein Flugzeug abgeschossen. Bereits einen Tage später wurde die 100 Kilometer südlich gelegene Stadt Ghair angegriffen. Auf der diplomatischen Ebene ist es ein großer Erfolg, daß im Oktober in Lusaka ein außerordentliches Gipfeltreffen der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) über die Westsahara stattfinden wird. Dazu sagte M. Brahim Hakim, der saharauische Minister für Auswärtige Angelegenheiten: „Afrika hat das Bewußtsein, daß, wenn es heute für die Westsahara am Prinzip der Unantastbarkeit der vom Kolonialismus überkommenen Grenzen festhält, dann bedeutet das für den ganzen Kontinent morgen Feuer und Blut. Es ist sich über den Ernst der Situation im klaren, in welche Rabat und Nouakchott zu geraten drohen." (Nach: Le Monde, 13. Juli 1977)

Brasiliens Studentenmassen demonstrieren für ihre Rechte

Im März wurde in Brasilien an mehreren Hochschulen gestreikt. Die Studenten fordern ein unentgeltliches und besseres Studium für alle. Mit Tausenden Polizisten wurde eine Demonstration von etwa 3000 Studenten in Sao Paolo im März bewacht. Die Demonstration blieb jedoch ohne Zwischenfälle. Im Mai demonstrierten 10 000 Studenten gegen die Verfolgungen und Folterungen in den Gefängnissen und forderten die Freilassung aller politischen Gefangenen. Die Studenten rückten bis zu 30 Meter bis auf die schwerstbewaffneten Polizisten heran. In Rio de Janeiro streikten die Studenten der katholischen Universität gegen die Anpassung der Studiengebühren an die Inflation. Der Rektor der Universität in Brasilia ließ die Universität von 2000 Polizisten besetzen und 30 „Anstifter" vom Studium in Brasilia ausschließen. Zu Auseinandersetzungen war es gekommen, weil die Studenten die Prüfungspraxis nicht akzeptierten und die Sekretariatsgebühren ablehnten. Bei dem III. National-Treffen der brasilianischen Studenten in Minas Gerais im Juni wurden zahlreiche Studenten verhaftet und registriert. Die brasilianischen Studenten haben das Recht auf Demonstrationen auf dem Gelände der Universität durchgesetzt.

„Was man in Brasilien pflanzt, das gedeiht alles"

Den Imperialisten gehört Brasilien / Stahlkonzerne in Brasilien

Wenn die westdeutschen Imperialisten die Profite, die sie aus der Ausbeutung der brasilianischen Arbeiterklasse und der Ausraubung des Landes ziehen, bilanzieren, dann zitieren sie mit Vorliebe ein altes brasilianisches Sprichwort: „Was man in Brasilien pflanzt, das gedeiht alles."

So jedenfalls bilanzierte Mannesmann-Chef Overbeck die Geschäfte des Konzerns in Brasilien anläßlich des 25jährigen Bestehens des Stahl- und Röhrenwerkes Companhia Sederurgica Mannesmann in Belo Horizonte. Brasilien, das 34mal so groß ist wie die Bundesrepublik mit einer Bevölkerungszahl von 107 Millionen, haben sich die Imperialisten völlig aufgekauft.

Mehr als die Hälfte der Welteisenerzvorräte, etwa 50 Milliarden Tonnen, lagern in Südamerika, davon große Teile in Brasilien. Die brasilianischen Vorräte sind nicht nur mengenmäßig umfangreich, sondern zählen wegen des hohen Eisengehalts auch zu den hochwertigsten der Welt. Zudem verfügt Brasilien über die höchsten Niob-Bestände, das zur Stahlveredelung gebraucht wird, die Kupfer- und Wolframvorkommen sind ebenfalls bedeutend und bei weitem noch nicht erschlossen. Vor kurzem wurde ein breiter Zinnstreifen in der Provinz Rondonia entdeckt.

Der Gedanke an diese Reichtümer und die Garantie der Regierung – das Parlament ist der Einfachheit halber beurlaubt –, die Löhne der Arbeiter durch schärfste Unterdrückung der Kämpfe niedrig zu halten, macht die Imperialisten ganz heiß, wo sie doch durch die tiefe Krise in der Stahlwirtschaft und ihre sinkende Profitrate gequält und geplagt werden. Der freie Zugang zu den Rohstoffquellen soll ihre sinkenden Profite wieder beleben und ihnen Vorteile in den Konkurrenzschlachten um den Weltmarkt verschaffen. Deshalb betreiben sie jetzt den Ausbau ihrer bestehenden Anlagen und Errichtung von neuen in Brasilien.

Der Mannesmann-Konzern ist Brasiliens fünftgrößter Stahlproduzent, und ihre brasilianischen Röhrenwerke sind führend in der Herstellung von Rohren in Südamerika. Overbeck hatte angesichts dieser Entwicklung bereits im Frühjahr die „Zuversicht für den weiteren Ausbau unserer Fertigung in Brasilien" geäußert. Die Companhia Sederurgica Mannesmann will im nächsten Jahr die Rohstahlerzeugung um 100 000 Tonnen auf 700 000 Tonnen steigern und die Herstellung von nahtlosen Rohren von 300 000 auf 400 000 Tonnen erhöhen, bis 1980 soll die Produktion verdoppelt werden. Mannesmann unterhält in Brasilien allein 5 Hütten- und Röhrenwerke, 3 Maschinen- und Anlagebaufabriken, mehrere Handels- und Reedereiunternehmen, die nach dem Geschäftsbericht von 1975 bereits damals ein Kapital von etwa 90 Millionen darstellen. Thyssen-Kapitalanlagen in Brasilien machten 1927 ebenfalls die erkleckliche Summe von etwa 55 Millionen aus.

Krupp besitzt seit 17 Jahren die „Krupp Metalurgica Campo Limpo S.A.". Ende 1975 eröffnete Krupp in Belo Horizonte ein Stahlwerk, das in diesem Jahr einen Umsatz von 50 Millionen DM gebracht hat. Der Umsatz soll mit einer um ein Drittel erhöhten Arbeiterzahl im nächsten Jahr verdoppelt werden. Das Werk steht bislang auf 15 000 Quadratmetern bei einem Gesamtgelände von 370 000 Quadratmetern, der Ausbau soll jetzt in Angriff genommen werden.

> „Im Stahlbereich will Krupp nach den Worten Petrys diejenigen Anlagen stillegen, für deren Produkte keine marktfähige Nachfrage mehr bestehe. Gegenwärtig rechne man durch, ob das Werk Rheinhausen eventuell geschlossen werden sollte",

berichtete das „Handelbsblatt" Mitte Juni. Marktgerecht ist für die Kapitalisten, was ihnen Profite bringt, und marktgerechter ist es für sie, an den Rohstoffquellen ihr Kapital, das sie den westdeutschen Arbeitern abgepreßt haben, anzulegen, um dort von den brasilianischen Arbeitern „marktgerechter produzieren zu lassen". „Den Arbeitern, die man ihrer Fachkenntnisse wegen brauche,drohe jedoch keine Entlassung. Man verlange von ihnen mehr Mobilität", hat Petry abgebrüht erklärt. Außer Spaltung der Arbeiter zwischen gelernten und ungelernten macht er den westdeutschen Arbeitern das Angebot, doch dort hinzugehen, wo die Krupp-Kapitalisten marktgerecht produzieren könnten, und wenn ihnen das nicht paßt, seien sie auch selbst schuld an ihrer Arbeitslosigkeit.

Die Imperialisten besitzen Brasilien. Den größten Anteil haben sich die US-Imperialisten unter den Nagel gerissen, gefolgt von den BRD-Imperialisten.

Direktinvestitionen in Tausend US-Dollar

	USA	BRD	Großbrit.	Frankreich	Japan
1969	815665	177270	.	34683	55242
1970	986389	252780	.	34323	105066
1971	1096469	331418	.	129941	124871
1972	1272293	372370	.	165111	192712
1973	1717387	520776	324477	205467	318250
1974	2022477	709769	401088	241942	598024
1975	2157643	813766	404021	293200	739024

Nachdem der Kaffeeexport als Hauptzweig der brasilianischen Produktion durch die Vernichtung großer Teile der Kaffeebestände im vorletzten Jahr durch den Frost empfindlich zurückgegangen ist, ist die Verschuldung Brasilien, dessen Wirtschaft durch jahrelange Knechtung und Ausplünderung durch die Kolonialisten und Imperialisten nur einseitig entwickelt ist, rapide in die Höhe geschnellt. Sie betrug im letzten Jahr 29 Milliarden Dollar Auslandsschulden.

Die Imperialisten haben also nicht nur über ihre direkten Kapitalanlagen beide Stiefel ins Land gesetzt, sondern halten es unter dem Absatz über Kreditvergaben, die das Land erstens aufnehmen muß, um die nationale Wirtschaft zu entwickeln, und zweitens zur Einfuhr von Produkten, die es selbst nicht oder nicht in ausreichendem Maße herstellen kann. So hat die staatliche Stahlgesellschaft Aconminas Anfang des Jahres einen Kredit von 450 Millionen Dollar aufgenommen zum Aufbau eines neuen Stahlwerkes, nachdem erst Ende letzten Jahres drei staatliche Stahlunternehmen 150 Millionen Dollar Kredite von französischen, englischen, westdeutschen und US-Banken aufgenommen hatten, die diese „großzügig" gewährten. Allein im letzten Jahr ist der brasilianische Cruzeiro sechsmal abgewertet worden, in diesem Jahr bereits zum dritten Mal. Die Inflationsrate beläuft sich für die letzten 12 Monate gerechnet auf fast 50 Prozent.

Brasilien ist nicht nur das rohstoffreichste Land Südamerikas, sondern auch das am höchsten verschuldetste. Solange der Imperialismus das Land beherrscht, können die Arbeiter und Volksmassen den Reichtum des Landes in keiner Weise für sich nutzen, sondern müssen im Gegenteil immer schwerer an der Last der imperialistischen Ausplünderung und Ausbeutung tragen. Die Lebenshaltungskosten waren schon in den ersten vier Monaten dieses Jahres um zirka 17 Prozent gestiegen, bei den Lebensmitteln sogar um fast 22 Prozent. Die Regierung ist deshalb dazu übergegangen, die Zusammensetzung des Warenkorbes zu ändern, sowohl was die Menge der Lebensmittel betrifft als auch die Zusammensetzung selbst. – (Z-Red.)

Jugendstrafvollzug: Gewaltsame Entwöhnung von Lohn und Rechten

„Durch den Vollzug der Jugendstrafe soll der Verurteilte dazu erzogen werden, künftig einen rechtschaffenen und verantwortungsbewußten Lebenswandel zu führen. Ordnung, Arbeit, Unterricht, Leibesübungen und sinnvolle Beschäftigung in der freien Zeit sind die Grundla- dieser Erziehung. Die beruflichen Leistungen des Verurteilten sind zu fördern, Lehrwerkstätten sind einzurichten, die seelsorgerische Betreuung wird gewährleistet.“ (89. Jugendgerichtsgesetz, gültig ab 1.1.75)

Die Zahl der rechtskräftig verurteilten Jugendlichen in NRW hat sich von 1969 17 284 auf 1975 17 958 entwickelt, eine Steigerung um 3,9 Prozent.

„Bei den Jugendlichen standen Diebstähle und Unterschlagung mit 50,6 Prozent vor den Straßenverkehrsdelikten mit 24,8 Prozent. Diese beiden Deliktgruppen machten 1975 drei Viertel aller Verurteilungen Jugendlicher aus.“ (Statistische Rundschau NRW, März 1977)

Die wachsende Verelendung der Volksmassen führt zum Anstieg der Jugendkriminalität, insbesondere Angriffen auf das bürgerliche Eigentum, mit Verschärfung der kapitalistischen Krise steigen die Zahlen weiter an. Die bürgerliche Klasse nutzt den Anstieg der Jugenkriminalität, um in ihren Strafanstalten ein Heer von Arbeitskräften heranzuziehen, das von Lohn und Rechten entwöhnt ist und zu den elendsten Arbeitsbedingungen jederzeit eingesetzt werden kann. In NRW sind bereits 1,7 Prozent aller Jugendlichen 1975 rechtskräftig verurteilt worden.

Mit der Strafvollzugsreform vom 1.1.77 hat der bürgerliche Staat das Arbeitsentgelt für die Gefangenen geregelt, ein ausgetüfteltes System der Spaltung der Lohngruppen wurde geschaffen. In der Jugendstrafvollzugsanstalt Frankfurt sind das die Lohngruppen von I – V (3,27 DM – 5,45 DM), dazu kommen noch Leistungszulage, Erschwerniszulage, eine Zulage für Arbeiten zu ungünstigen Zeiten und Mehrarbeitszulage für Überstunden. Ein Jugendlicher im Leistungslohn erhält die Vergütungsstufe II, das sind 3,84 DM. Dazu kann er eine Leistungszulage kriegen, die 15 Prozent des Grundlohns nicht übersteigen darf, das sind 0,58 DM. Hat er 130 Prozent seines Pensums geschafft, erhält er zu den 3,84 DM noch 0,58 DM pro Tag. Ein Päckchen Zigaretten oder Blättchen kosten 3,2o DM. Insgesamt kommt ein Jugendlicher auf 76,80 DM (Niedrigstbetrag) bis 88,40 DM (Höchstbetrag) minus 1,5 Prozent Arbeitslosenversicherung. Ausgeben kann er nur zwei Drittel davon als „Hausgeld“, der Rest wird als „Überbrückungsgeld“ einbehalten. Ein Jugendlicher der Strafvollzugsanstalt Staumühle berichtet:

„In Staumühle habe ich an der Drehbank gearbeitet. Da haben wir Kastriermaschinen für Schweine hergestellt. Ich mußte selber Endstücke entgraten, d.h. einlegen, kurz abschleifen, rumdrehen, das gleiche nochmal, und immer so weiter. 15 000 Stück am Tag. Das ist wie Fließbandarbeit im Akkord. Einer, der an einer Stanzmaschine gearbeitet hat, hat sich z.B. die ganze Hand abgestanzt. Aber von der Maloche hast du gar nichts. Ich bin z.B. mit 131 DM nach Hause geschickt worden. Und das nach 7 Monaten Arbeit.“

In den Anstalten werden die Briefe gelesen und zensiert, Telephongespräche abgehört, um jeden Faden, jeden Bogen Papier muß man betteln. Die Einführung des Arbeitsdienstes, Rechtlosigkeit und Arbeit für Hungergroschen, die die Bourgeoisie bei der Vorbereitung des imperialistischen Krieges für die gesamte Jugend der Volksmassen plant, bei den straffällig gewordenen Jugendlichen probt sie es bereits. Mit der Verurteilung zu „Sozialstunden“ soll dieser Zustand über die Haft hinaus verlängert werden. Ein 17jähriger Isoliertechnikerlehrling, der wegen Beteiligung an Autodiebstählen, zu 7 Monaten Jugendvollzugsanstalt verurteilt worden ist, berichtet.

„Als Lehrling mache ich zu den 8 Stunden meistens noch pro Woche 10 Überstunden auf dem Bau, dafür kriege ich 5 DM pro Stunde. Meine 40 Sozialstunden mache ich meistens am Wochenende oder wie jetzt im Urlaub. Ich arbeite mit bei der Renovierung des Altenheims, das die Stadt Dinslaken umbaut. Meistens sind da sechs bis acht Jugendliche in Sozialstunden. Das wird vom Jugendamt genau kontrolliert. Einer von denen da mit Sozialstunden ist selber Heizungsmonteur, der hat 80 oder 90 Stunden bekommen und baut mit den anderen die Heizung ein. Wir kriegen natürlich keinen Pfennig dafür. Das Jugendamt gibt jetzt immer mehr Stunden gleich so. Ich kenne bei uns in der Gegend allein 40, die Sozialstunden machen müssen. Das hat ungefähr seit Mitte 76 stark zugenommen, wegen frisierter Mofas, wegen Schlägerei, oder weil wer zu schnell gefahren ist mit dem Mofa. Früher hat das Jugendamt immer wahlweise gegeben, entweder Geld, wenn gleich 500 bis 600 Mark, oder Stunden zur Auswahl. Jetzt geben sie praktisch nur noch Stunden.“ – (Mi-Red)

David Bowie: Imperialistische Propaganda in „glitter rock“

Bowie: „Hitler war der erste Rockstar“

„Er ist eine der schillerndsten und umstrittensten Figuren der Pop Musik der 70er Jahre. Seine stetig wechselnden Masken und sein Gehabe zwischen den Geschlechtern haben den Menschen Bowie immer wieder in den Hintergrund treten lassen“, schreibt die Zeitschrift „Pop“ Mitte Juli, in deren Hitliste Bowie gerade wieder aufgenommen worden ist.



In Amerika ist bereits 1975 ein Buch über David Bowie erschienen, in dem es heißt:

„... David Bowie ist hervorgegangen aus einem Jahrzehnt der Psychodelika. Jetzt wollen junge Musikfreunde was anderes haben, etwas mehr. Die Idole der siebziger Jahre müssen schon mehr sein als bloß Sänger: etwas von einem Seher und etwas von einem Schauspieler ... David Bowie hatte die Antwort.“ (Presenting David Bowie)

Unter den Jugendlichen ist David Bowie allgemein bekannt, seine Platten werden gekauft und seine Musik von allen spontan als „ganz gut“ bezeichnet. Was ist also das „Mehr“, und welche „Antworten“ worauf sind es, die den Einfluß des David Bowie unter der Jugend ausmachen?

Über seine Lieder sagt Bowie selbst:

„Ein Lied muß einen Charakter annehmen, eine Form, einen Körper, und es muß die Leute beeinflussen, damit sie es für ihre eigenen Pläne benutzen. Es muß sie nicht als ein Lied, sondern als ein Lebensstil berühren.“

Über den Inhalt der Lieder und in welche Richtung die Pläne der Jugendlichen damit gefördert werden sollen, sagt er nichts. Allerdings, „Bravo“, „Pop“, „Melody Maker“, die Plattenfirmen, kurz die Bourgeoisie hegt große Bewunderung für ihn und baut ihn auf. Dies sagt schon etwas darüber aus, in wessen Interesse es sein muß, was er treibt und honoriert erhält.

Eine Kostprobe aus seinem Album „Aladdin Sane“, nach eigener Übersetzung:

Aladdin, der Normale

Beobachte, wie er losstürmt – binde ein Bouquet –
für tote Rosen und seltsam göttlich
m - m - m - m - m du wirst es schon machen.
Leidenschaftlich strahlende junge Dinger,
er wird fortgetragen in den Krieg – verfälscht es nicht.
Traurig machende Glissando Saiten.
m - m - m - m - m du wirst es schon machen.

Wer wird Aladdin, den Normalen, schon lieben
Schlachtrufe und Champagner gerade
rechtzeitig zum Sonnenaufgang
Wer wird Aladdin, den Normalen, schon lieben.

Sensationeller Motor. Paris oder vielleicht auch die Hölle.
Ich warte
Klauen trauriger Erinnerungen
Wartet auf Aladdin, den Normalen –
Du wirst es schon machen.
Wer wird Aladdin, den Normalen, schon lieben
Millionen weinen einen Brunnen
gerade wenn die Sonne aufgeht
Wer wird Aladdin, den Normalen, schon lieben.

Der schlichte Sachverhalt: Aladdin wird von den Imperialisten in den imperialistischen Krieg geschickt. Während er sich mit Champagner verabschiedet, sind die Schlachtrufe schon zu hören. Weder er noch seine Angehörigen verstehen den Sinn des Krieges und seine Ursachen. Diese sind mystisch verklärt und „seltsam göttlich“ und bestehen in „sensationellen Motoren“. Die Sorgen der Angehörigen, ob er durchkommt und wer sich in dem fremden Land um ihn kümmert. Die Zurückgebliebenen verharren in Trauer und beweinen ihre Toten und machen sich Gedanken darüber, ob die Besetzung zum Beispiel von Paris einfach sein wird, oder ob es ohne schwere Kämpfe nicht gehen wird.

Es ist bekannt und bewiesen über unsere Zeitung, daß die Imperialisten aus der kapitalistischen Krise ohne kriegerische Auseinandersetzungen nicht mehr herauskommen und den Krieg vorbereiten.

Die Bourgeoisie ist deshalb bestrebt, die Arbeiter- und Volksmassen, insbesondere aber die Jugendlichen für den imperialistischen Krieg zu gewinnen und sie darauf vorzubereiten, daß sie die Unterwerfung fremder Völker und Länder mit Waffengewalt durchsetzen sollen. Dabei stößt die Bourgeoisie auf die Schwierigkeit, daß die Jugendlichen gegen die imperialistische Expansion die Befreiungskämpfe der Völker der Dritten Welt in vielfacher Weise unterstützen, daß sie rebellieren gegen die Unterdrückung in den Schulen, gegen die Verdammung zu Untätigkeit durch Arbeitslosigkeit, gegen die Versuche der Bourgeoisie, sie für ein Taschengeld zu Arbeitsdiensten zu zwingen, gegen die Schinderei in den Fabriken der Kapitalisten, gegen die Bespitzelung und Schikane jeder Tätigkeit durch den Polizei- und Bürokratenapparat.

An der bestehenden Rebellion der Jugendlichen knüpft die Bourgeoisie deshalb an und gibt die Antwort, daß letztlich alles schicksalhaft sei und deshalb gleichgültig, was der einzelne tut. Über den Krieg verbreitet sie, daß er unausweichlich sei, von Gott gegeben, und verwickelt die Jugendlichen wie in dem Lied in Debatten darüber, wie es sein wird, wenn es losgeht. Angesichts der Zukunftsaussichten sollen die Jugendlichen in Schwermütigkeit und Mystizismus verfallen, anstatt an der Seite der Arbeiterklasse den Sturz der Bourgeoisie zu organisieren. Gekoppelt ist die imperialistische Propaganda an Musik, die von der Beherrschung der Instrumente nicht schlecht ist und deshalb von den Jugendlichen auch gehört wird. So ist für die Bourgeoisie schon ein Teil gewonnen.

Um die Jugendlichen aber zu aktivem Einsatz und Begeisterung für ihre imperialistischen Pläne zu gewinnen, läßt sie David Bowie auf besondere Weise auftreten. Die Lieder sind gekoppelt an Auftritte, die in einer Aneinanderreihung von szenischen Darstellungen in entsprechender Kostümierung erfolgen.

Dafür ein Beispiel:

Bowie plant eine Tournee und spricht mit seinen Mitarbeitern und Managern darüber:

„Bowie machte deutlich, daß er fasziniert sei von seiner Fähigkeit, eine Menschenmenge zu begeistern ... Als er mit ihnen sprach, hob er das Thema der Macht hervor. Er wollte, daß die Gestaltung seiner Show etwas von der Qualität von Fritz Langs ‚Metropolis‘ (ein klassischer Science Fiction Stummfilm über eine Zukunftsstadt, in der die Ausbeutung der Arbeiter durch eine Herrenrasse zur Revolte führt) und etwas von der Qualität der Parteitage und der Kampfspiele im Nazi-Nürnberg haben soll. Anstelle der Hakenkreuze, die die Banner von Nürnberg auszeichnen, sollten blitzende Pfeile über einem karminroten Kreis zucken.“ (Presenting David Bowie)

Der Auftritt:

„Der Szenenaufbau bestand aus mehreren Türmen, die Wolkenkratzer einer sterbenden zukünftigen Welt darstellten. Eine Brücke, die automatisch gehoben und gesenkt werden konnte, verband zwei dieser Gebäude miteinander ... einer von diesen Türmen war ein großer stilisierter Phallus. An der Spitze dieses immensen Organs, an dem Bowie während der Show von Zeit zu

Fortsetzung s. S. 15

„Mangelnde demokratische Gesinnung“

„Die Straffälligkeit der Jugendlichen zwischen 14 und 17 Jahren stieg von 1952 bis 1974 um 80 %, im gleichen Zeitraum nahm die Kriminalität in der Altersgruppe zwischen 21 und 24 Jahren um 31 Prozent zu, die Zahl der Straftäter zwischen 21 und 24 um über 29 Prozent. Unter den Delikten der jugendlichen Straftäter stehen die Vermögensdelikte Diebstahl, Unterschlagung, und Verkehrsdelikte an erster Stelle, gefolgt von Drogendelikten und Tatbeständen des Landfriedensbruchs.“

Diese Angaben sind aus einer Studie des Max-Planck-Instituts Freiburg entnommen. Sie haben bürgerliche Politiker und die Presse veranlaßt, nach den „tieferen Ursachen“ zu forschen.

Die CDU/CSU-Fraktion hat dazu eine große Anfrage im Bundestag gemacht, der „Spiegel“ (23/77) und das „Deutsche Ärzteblatt“ (29/77) befassen sich mit der erwarteten neuen „Heroinwelle“ bzw. dem „Jugendalkoholismus“ und der damit verbundenen Jugendkriminalität.

Das „Deutsche Ärzteblatt“ nimmt dazu folgendermaßen Stellung:

„Die industrielle Leistungsgesellschaft läßt immer deutlicher ihre negativen Seiten und bedenklichen Folgeerscheinungen erkennen. Aus dem dauernden Angetriebenwerden und Sichüberfordertfühlen, der ständigen Konkurrenzsituation erwachsen Unsicherheit und Unzufriedenheit, die zur Vereinsamung und Vereinzelung führen ... Die perfekte Leistungsgesellschaft mit ihrem Streben nach Konsumglück beantwortet die Frage nach dem Sinn des Lebens nicht. Grundlegende Bedürfnisse des menschlichen Lebens bleiben unbefriedigt, und vitale Interessen verarmen und verkümmern ... Viele junge Menschen fühlen sich überfordert, sie versagen, sind enttäuscht und depressiv, da sie mit den Leistungsanforderungen der Gesellschaft nicht mehr fertig werden.“

Die Kapitalistenklasse muß das Privateigentum verteidigen

Während sich die Kleinbourgeoisie Gedanken macht über die schwierige individuelle Situation, der die Jugendlichen in dieser „Leistungsgesellschaft“ ausgesetzt sind, geht die Bourgeoisie schon realistischer an die Tatsache, daß die kapitalistische Produktionsweise die Verrohung und Verottung der Jugend vorantreibt. Die Besorgnis der Bourgeoisie ist einerseits, daß die Jugend die bürgerlichen Grundwerte, das Eigentum, nicht achtet und andererseits der Verfall der kapitalistischen Gesellschaft einhergeht mit dem Verfall selbst der bürgerlichen moralischen und sittlichen Schranken. Es müssen so neue „sittliche Grundwerte“ geschaffen werden. Dies geht nicht ohne Gewalt ab.

Im Kapitalistenblatt „Der Arbeitgeber“ liest sich das dann so:

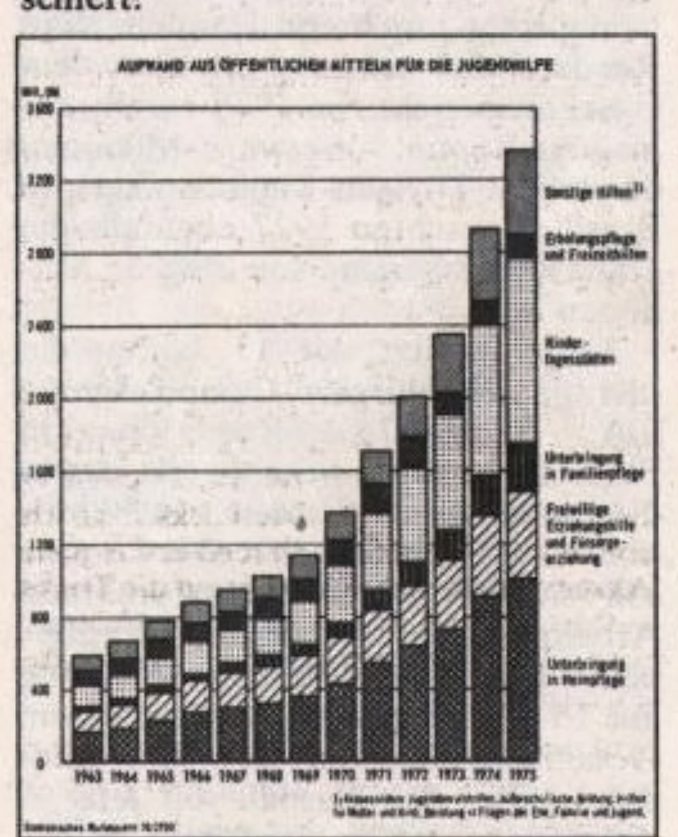
„Angesichts der derzeit krisenhaften Verhältnisse im Bildungs- und Beschäftigungssystem der BRD sind die Auswirkungen der unvermeidbar gewordenen Enttäuschungen, die auf die Jugend zukommen, nur schwer einzuschätzen.“

Die „krisenhaften Verhältnisse“ sind: Ende Mai 1976 waren 85 000 Jugendliche unter 20 Jahren ohne Arbeit. Das sind 8,9 %. Dazu kommt, daß der Anteil der Jugendlichen mit gesundheitlichen Einschränkungen von Mai 1975 7,1 % auf Mai 1976 9,7 % angestiegen ist. 56 400 oder 66 % der Arbeitslosen unter 20 Jahren hatten keine abgeschlossene Berufsausbildung, die Hälfte davon hatte die Hauptschule ohne Abschluß verlassen, das sind 25 100 oder 44,5 %. Wenn überhaupt Arbeit, dann bedeutet das Hilfsarbeiter in den untersten Lohnstufen. (Zahlenangaben aus „Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit“ 11/76)

Weiter im Kapitalistenblatt:

„Diese Problematik wird durch die erheblichen staatsbürgerlichen Bildungsdefizite unserer Jugend nahezu potenziert. Den ideologisch indoktrinierten Zerrbildern, die in jüngster Zeit von der „Neuen Linken“ wieder verstärkt propagiert werden, haben die Jugendlichen aufgrund ihrer umfangreichen Bildungslücken gerade in wirtschaftlicher – und sicherheitspolitischer Hinsicht argumentativ wenig entgegenzusetzen, ihre demokratische Gesinnung erweist sich bildungsmäßig als nur mangelhaft untermauert.“

Mit anderen Worten heißt das als Ruf an die ganze Kapitalistenklasse und den bürgerlichen Staat: Der Jugend muß noch mehr ideologisch verdreht dargestellt werden, daß die kapitalistische Gesellschaft die schönste aller Gesellschaften ist, daß es dort besonders schön ist, wenn die Jugend das Privateigentum an Produktionsmitteln achtet und sich ausbeuten läßt und auf keinen Fall darf der Jugend der arbeitenden Klassen bewußt werden, daß durch die Aufhebung des Privateigentums die ganze Menschheit befreit wird. Also muß die „demokratische Gesinnung“ eingetrichtert werden, was nichts anderes ist als „Achtung vor dem Privateigentum“, jeglicher Verstoß dagegen muß geahndet werden und jeder Versuch einer Rebellion muß verhindert werden. In der Schule ist bereits mit Hilfe des Notenterrors gesorgt, daß die Jugendlichen eine demokratische Gesinnung kriegen. Wir untersuchen die Seite, wo sich die Jugendlichen dieser „Bildung“ entziehen und wie die Bourgeoisie versucht, die Jugendlichen allesamt so hinzukriegen, daß sie unter ihrer Knute marschiert.



1968 sind 12 650 Jugendliche und Heranwachsende von den bürgerlichen Gerichten verurteilt worden. 1974 waren es 146 991. 1970 sind 13 153 junge Menschen den staatlichen Erziehungsmaßregeln, wie Fürsorgeerziehung, zum Opfer gefallen, 1975 waren es 17 094. Die Jugendhilfe ist 1975 auf 3,4 Milliarden Mark, also um 15 % mehr angestiegen als 1974. Aus dem Schaubild ist ersichtlich, daß die Jugendhilfe verwandt wurde für den Ausbau der staatlichen Zwangserziehung.

Zwangserziehung soll die Arbeiterjugend gefügig machen

In der „Schlußbilanz“ zur letzten Legislaturperiode berichtet die baden-württembergische Landesregierung, wie sie dahin zu kommen gedenkt, die Jugend der kapitalistischen Zucht zu unterwerfen. Es hat eine überdurchschnittliche Personalvermehrung im Gerichtsbereich gegeben, auf dem Vollzug waren dies außerdem 22,4 %, 185 Neustellen wurden geschaffen, der größte Teil Bewährungshelfer und für den Fürsorgedienst.

„Eine wesentliche rechtspolitische Aufgabe sieht die Landesregierung in der Stärkung des *Rechtsbewußtseins* der Bevölkerung. Dem dienen vor allem der Rechtskundeunterricht an den Schulen ...“

Man kann förmlich sehen, wie sich die Kapitalistenverbände und die Landesregierung auf die Schulter klopfen, die Erziehung zur demokratischen Gesinnung und das demokratische Rechtsbewußtsein, das ist der Dreh- und Angelpunkt, dort muß man hin und zwar mit Zwang. Und der Zwang sieht zum Beispiel in der Jugendgerichtshilfe so aus „sie soll dazu dienen, die erzieherischen sozialen und fürsorgerischen Gesichtspunkte im gesamten Strafverfahren zur Geltung zu bringen.“ Im § 38 des *reformierten* Jugendgerichtsgesetztes vom 31. März 1973 steht:

„Die Vertreter der Jugendgerichtshilfe ... unterstützen zu diesem Zweck, die beteiligten Behörden durch Erforschung der Persönlichkeit, der Entwicklung und der Umwelt des Beschuldigten und äußern sich zu Maßnahmen, die zu ergreifen sind.“

Die Kapitalistenklasse ist so verfault, sie ist nicht in der Lage, die Jugend der Arbeiterklasse und des Volkes zu erziehen. Weder die Arbeiterjugend, noch die Arbeiterklasse dürfen diesem Treiben der Bourgeoisie tatenlos zusehen. Sie müssen die Revolution machen, damit die Entwicklung und die Entfaltung der Produktivkraft des Menschen zum Wohle der Menschheit möglich wird. – (Z-Red.)

Reformpädagogik: „Individuelle Leistungszuschreibung und Erforschung der Einstellungsfragen"

Auf eine Anfrage Düsseldorfer Schüler, wie sie eine pädagogische Begründung für die Durchsetzung von Gruppenarbeiten und gegen Einzelbenotung im Abitur gegen die Schulbehörde, die auf der Ausleserolle der Prüfung bestehe, finden können, schrieben acht „führende Pädagogen", darunter die Herren Professoren Röder, Blankertz, Klafki und v. Hentig, sie könnten's wohl wohl begründen, aber das hätte keinen Zweck. Man müsse Verständnis haben für die Behörde, denn:

„In der gegenwärtigen Situation, in der Zehntel von Notendurchschnitten über Studienmöglichkeiten entscheiden, ist es zumindest verständlich, daß die Schulverwaltung keinen Regelungen zustimmen will, die als Rechtsbeugung angegriffen werden können." (Blankertz) „Wieviel der einzelne kann, wird sich durch die kollektive Prüfung schwer ausweisen lassen. Dies scheint mir ein für die Behörde in der Tat unannehmbarer Tatbestand zu sein." (v. Hentig) „Die Frage ist, wie der Unterricht mit der Doppelfunktion von Schule und Schulprüfungen fertig wird, wird er durch die Übermacht der Selektionsfunktion weitgehend entpädagogisiert? Aus pädagogisch-diagnostischen Gründen ist eine individuelle Leistungszuschreibung erforderlich." (Roeder) (Alle Zitate aus 6/77 päd. extra)

Diese Professoren, die 1967–70 die sozialdemokratische Bildungsreform propagierten, führen sie heute konsequent zu Ende: Sie erklären die Schleusenwärterfunktion des Bildungssystems für unabschaffbar.

So abgesichert, können sie sich leicht ihren gewinnbringenden Tätigkeiten zuwenden. Das besorgen für diese Herren heute ihre Schüler. Diese versammelten sich im März in Kiel zu einer Tagung über die künftige Entwicklung der pädagogischen Forschung. Die – leider nicht abschaffbare – Schleusenfunktion der Schule istpädagogischh gefährlich, sagen sie. Deshalb muß den pädagogisch durch diese Beanspruchung „verbogenen Kindern", den „Verhaltensgestörten" geholfen werden. Wie Professor Fend, auch ein ehemaliger Reformer aus Berlin, sagt:

„Weder ist die Schule abzuschaffen, noch kann sie Selektionsaufgaben ganz abgeben." Im Gegenteil: „Die Leistungsauslese wird zunehmend relevanter, so daß entsprechende Stützmaßnahmen für das Abfangen negativer Nebenwirkungen um so dringender werden."

Der Psychologe Mietzel ergänzt:

„Eine Schwierigkeit ergibt sich, wenn man die Feststellung zu interpretieren versucht, daß der Anteil der Kinder, die wegen Schwierigkeiten in die Praxis von Erziehungsberatern gebracht wurden in den letzten beiden Jahrzehnten ständig gestiegen ist. Grundsätzlich muß befürchtet werden, daß diese Institutionen die Probleme erst produzieren ... einerseits können sich in der Tat die schulischen Bedingungen geändert haben, andererseits muß mit einer verstärkten Sensibilität von Eltern gegenüber einer vermeintlichen Verhaltensauffälligkeit ihrer Kinder gerechnet werden."

So frech sind diese „Wissenschaftler": Erstens sind die Verhältnisse so, und zweitens denken sich Kinder und Eltern die daraus entstehenden Schwierigkeiten weitgehend aus. So vorbereitet, kann man wenigstens einen Teil der Schulschwierigkeiten den Arbeiterjugendlichen und deren Eltern in die Schuhe schieben. Allerdings nicht alle. Die Zahl der Kinder, die auf „weiterführende Schulen" kommen, sinkt. Die geforderten Notendurchschnitte steigen. Um den Hochschulzugang und die Lehrstellen gibt es schärfste Konkurrenz.

Die von den Reformversprechen enttäuschten Eltern empören sich. Sie sehen, daß die großen Versprechungen weder mehr Geld noch bessere Ausbildung für ihre Kinder bringen, sondern nur Jugendarbeitslosigkeit. Ihnen erklärt die Pädagogik:

„Es ist zu vermuten, daß die Selektionsfunktion der Schule an Bedeutung gewonnen hat, die Gründe liegen in den vorherrschenden Wertvorstellungen." (Professor Specht)

Die Erziehungswissenschaftler sagen auch, wie man gegen diese Wertvorstellungen ankommt: „Empfohlen wird eine Verlagerung des Forschungsinteresses von strukturellen Gegebenheiten auf Einstellungsfragen und Wertsysteme." Wenn in der Industrie die „Wertvorstellungen" der Arbeiter mit denen der Ausbeuter nicht übereinstimmen – zum Beispiel bei einer einheitlichen Lohnforderung nach 220 Mark –, dann verschärfen die Kapitalisten die Arbeitshetze, Rationalisierung und Antreiberei. Das Prinzip wird jetzt auch auf die Schuljugend übertragen: An der Bremer Universität läuft derzeit ein Forschungsprojekt zu Problemen der Schülerbeanspruchung. Die Professoren Berndt und Schönwälder (bei der genannten Tagung auch dabei) testen für 300 000 Mark Bremer Grundschüler auf Streßerscheinungen. Puls und Blutdruck der Schüler wird gemessen, um festzustellen, wer wann besonders „belastet" erscheint.

„Voraussetzung für bessere Arbeitsgestaltung in der Schule sind bessere Kenntnisse über die Physiologie des Jugendalters, auf denen eine Arbeitsphysiologie dieser Altersstufe aufbauen kann."

Wer erinnert sich da nicht an die REFA-Stopper in den Werkhallen, an die Arbeitsmediziner, die Belastbarkeit auch in der achten Arbeitsstunde testen, an die Kilometerzähler am Fuß des Briefträgers? Alle diese Maßnahmen haben zu mehr Belastung der Werktätigen geführt, nicht zu einer Verbesserung der Arbeitsbedingungen. Das soll jetzt auch schon in der Schule wissenschaftlich begründet eingeführt werden. Der Professor Berndt, der dies betreibt, ist Sportmediziner.

Erprobt sind diese Methoden bei der Abrichtung von Leuten wie dem Ruderer Kolbe und dem Radprofi Didi Thurau. „Das Beste an Wissenschaft ist für unsere Kinder grad gut genug", schreiben diese Herren. Das Beste für unsere Kinder ist nach ihrer Ansicht die Einpressung in die Ausbeutungsmaschinerie des Kapitals von der ersten Klasse bis zur Verrentung.

Die REFA-Methode allein steigert nicht die „Schulleistung". Auch die Antreiber müsen her. „Leistungsschwächen, Reifungsdisharmonien und einseitige Erwartungsfestlegungen" sollen durch „schulinterne oder schulexterne Fachdienste", „durch die Befähigung von Lehrkräften für Psychopathologie, Psychoanalyse ... usw." behoben werden. Was anderes ist das als die Empfehlung, ein neues Heer von Kontrolleuren und Spitzeln auszubilden und einzustellen, die die Meinungen und Erwartungen der Schüler besser als die Lehrer, nämlich in „Einzelfallhilfe", steuern sollen? Kein Arbeiterjugendlicher soll durch die bürgerliche Schule kommen, ohne von falschen „Wertvorstellungen" geheilt zu sein – andernfalls er für verrückt erklärt wird oder doch verhaltensgestört. (Alle Zitate aus Nr. 6/77, betrifft: erziehung)

Da kein Arbeiter sich ein solches Programm für seine Kinder gefallen läßt, wird's angepriesen als Programm gegen Schulstreß und die Folgen des – abscheulichen – Schulsystems.

Diese trefflichen Schleusenwärter werden von einer weiteren Professorengruppe unterstützt, die – so sehr sie sich wissenschaftlich auch bekämpfen – Hand in Hand mit ihnen arbeiten. Den Reformpädagogen, die die Schulforderungen der Arbeiterklasse wieder entdeckt haben. „Lernen mit Unterricht und Arbeit verbinden", sagen sie. Und propagieren die Alternativ-Schulen mit Modellwerkstätten, in denen die Kinder nützliche Gegenstände herstellen lernen, Spielzeuge oder Fahrräder oder auch Geschenke für die Eltern. Solche Konzepte haben viel Sympathie unter den Arbeitern. Berufen sie sich doch auf die alte Forderung der Arbeiterbewegung nach der polytechnischen Erziehung, die die Jugendlichen theoretisch und praktisch mit allen Hauptzweigen der Produktion unterweisen soll. Nichts dergleichen haben jedoch diese Pädagogen vor. Über 400 000 Mark wollen die Professoren Beck und Böhm an der Bremer Universität für ein solches Forschungsvorhaben. Ihre „Zielgruppe": Jugendliche ohne Arbeitsvertrag, Arbeitslose usw. Gewöhnung an Arbeitsdienste, Verausgabung von Arbeitskraft ohne Bezahlung ist das Erziehungsziel dieser Pädagogik. Sie preist die freiwillige Unterwerfung unter den kapitalistischen Arbeitsprozeß an, unter das Lohnsystem. – (Bremen-Unterweser)

Niedersächsisches Schulgesetz:

§ 2
Bildungsauftrag der Schule

(1) Die Schule soll im Anschluß an die vorschulische Erziehung die Persönlichkeit der Schüler auf der Grundlage des Christentums, des europäischen Humanismus und der Ideen der liberalen, demokratischen und sozialen Freiheitsbewegungen weiterentwickeln. Erziehung und Unterricht müssen dem Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und der Vorläufigen Niedersächsischen Verfassung entsprechen; die Schule hat die Wertvorstellungen zu vermitteln, die diesen Verfassungen zugrunde liegen. Die Schüler sollen fähig werden ...

§44
Erziehungs- und Ordnungsmaßnahmen

Der Kultusminister wird ermächtigt, durch Verordnung die Voraussetzungen und das Verfahren für folgende Erziehungs- und Ordnungsmaßnahmen zu regeln:
1. den schriftlichen Verweis,
2. die Androhung der Überweisung in eine Parallelklasse oder eine entsprechende organisatorische Gliederung oder an eine andere Schule derselben Schulform,
3. die Überweisung in eine Parallelklasse oder eine entsprechende organisatorische Gliederung oder an eine andere Schule derselben Schulform,
4. die Androhung des Ausschlusses vom Unterricht,
5. den Ausschluß vom Unterricht bis zu drei Monaten,
6. die Androhung der Verweisung von allen Schulen und
7. die Verweisung von allen Schulen.

§53
Pflichten der Erziehungsberechtigten und Ausbildenden

(1) Erziehungsberechtigte und diejenigen, denen die Erziehung schulpflichtiger Schüler anvertraut ist, haben dafür zu sorgen, daß die Schüler am Unterricht, an den sonstigen Veranstaltungen der Schule und an den Maßnahmen der Schulgesundheitspflege regelmäßig teilnehmen und ihre Pflichten als Schüler erfüllen; sie haben die Schüler dafür zweckentsprechend auszustatten.

§152
Ordnungswidrigkeiten

(1) Ordnungswidrig handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig
1. der Schulpflicht nicht nachkommt,
2. als Erziehungsberechtigter (§ 69 Abs. 2) den Schüler nicht
a) zur Mitwirkung an Testverfahren nach § 40 Abs. 2 Satz 1,
b) zur Duldung von Untersuchungen nach § 40 Abs. 2 Satz 2,
anhält,
3. entgegen § 53 Abs. 1 den Schulpflichtigen nicht dazu anhält, am Unterricht und an sonstigen Veranstaltungen der Schule regelmäßig teilzunehmen und seine Pflichten als Schüler zu erfüllen, ...
(2) Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße geahndet werden.

§153
Schulzwang

Kinder und Jugendliche, die ihrer Schulpflicht nicht nachkommen, können der Schule zwangsweise zugeführt werden.

Versetzungsregelung der Berliner Schulen:

§ 1

Die Versetzung eines Schülers ist eine pädagogische Maßnahme. Sie soll den Bildungsgang des einzelnen Schülers mit seiner geistigen Entwicklung in Übereinstimmung halten und die Leistungsfähigkeit der aufsteigenden Klasse sichern.

Fortsetzung von S. 14

David Bowie

Zeit lehnte, waren zwei winzige Türen. Gleich nach Eröffnung der Show trat Bowie hervor, der auf einem hydraulischen Arm saß, und wurde empor über die Zuschauer getragen. In Ergänzung dazu gab es ... einen 15 Fuß hohen Spiegelsatelliten, der – wenn er richtig arbeitet – langsam kreiste und sich dann langsam öffnete, um eine gigantische schwarze Hand zu enthüllen! Die Hand war ebenfalls motorisiert und bog sich langsam nach unten und zeigt auf Bowie, der in der Handfläche saß."

Dazu tritt Bowie in den verschiedensten Kostümen und Bemalungen auf und prostituiert sich auf der Bühne. Beispiel dafür ist das nebenstehende Bild, wo er geschlechtslos, transvestit, gemein erscheint wie ein Geist, der nach unten immer weniger sichtbar wird.

Religion und Mystik, Erotik, Sex und Prostitution, Verherrlichung der Gewalt als Ausdruck von Kraft und Macht, das sind die drei wesentlichen Punkte, mit denen operiert wird und die den Jugendlichen als „Antwort" auf ihre Fragen angeboten werden und auf deren Grundlage sie laut Bowie ihre eigenen Pläne weiterentwickeln sollen.

„Bowie ist verrückt, aber daß er so irre ist, das sei das Gute an ihm". sagen viele Jugendliche. Je sinnloser, verrückter, mystischer, um so besser ist die Darstellung. Mit „Sinnlosigkeiten" von ihren Interessen her betrachtet sollen die Jugendlichen sich abfinden und sie gut finden. „Sinnlos" ist von ihrem Standpunkt her der imperialistische Krieg, die Arbeitslosigkeit, die Unterdrückung in den Schulen, denn unaufgeklärt bleiben die Erscheinungen und Folgen der kapitalistischen Produktion, wenn sie nicht auf diese zurückgeführt werden. Nach neuesten Zeitungsberichten präsentiert sich Bowie jetzt ganz neu, „Make up und Masken hat er nicht mehr nötig" (Pop). Die Bourgeoisie treibt die Sache voran. Das verrückte Kostüm wird abgelöst. Der männliche Jugendliche sieht wieder „deutscher" aus. Dies dokumentiert auch die „Bravo" mit ihrem Titelbild und leitet damit gleich die neue Richtung ein.



Das ist die eine Seite. Die andere ist, daß mehr Gewicht gelegt wird auf die Propagierung von Gewalt an sich, indem die Bourgeoisie anknüpfend an David Bowie die „Punk Rock" Bewegung aufbaut. Der Chef der Punk Rock Gruppe Rotten meint dazu:

„Bowie war gut für eine bestimmte Zeit, aber du konntest dich nicht richtig damit verbinden, weil du nicht wirklich geglaubt hast, daß er das tat, was er selbst für richtig hielt."

Es ist die Ankündigung, daß Punk Rock es tut. Es soll angeblich die Musik der Straße und der Ausgestoßenen der Gesellschaft sein. Ärmlichkeit und Zerrissenheit der Kleidung werden zur Mode stilisiert, deren Symbol die Stecknadel ist, die die Hose zusammenhält, das Hakenkreuz erhält als Anstecknadel, Anhänger und Ähnliches neue Verbreitung. „Ich hasse dich" oder „Bitte töte mich" sind die Aufschriften der T-Shirts, „Anarchie im Königreich England" oder „Keine Zukunft" die Titel der Hits. Begeisterung soll geweckt werden, wenn der Sänger auf der Bühne sich die brennende Zigarette auf dem Arm ausdrückt, sich mit einer Nadel das Gesicht zerkratzt oder sich auch einen Zuhörer schnappt und ihn verprügelt. Das ist die neue Bewegung, die die Bourgeoisie aufbaut und fördert.

David Bowie will sich ebenfalls verändern: „Hitler war der erste Rockstar. Er hat ganz Europa in Szene gesetzt", hat Bowie in einem Interview vor kurzem erklärt.

Die Rebellion der Jugendlichen gegen alle Erscheinungen des Imperialismus umzukehren in ihr genaues Gegenteil zur Bejahung von schrankenloser Ausbeutung und Unterdrückung und kriegerischen Abenteuern, ist der Zweck der Übung. Als Vorbild, von dem man da was lernen kann, steht Hitler.

Die Bourgeoisie ist brennend an der Lösung dieser Aufgabe interessiert. So hat sich auch der Mitherausgeber der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung", Joachim Fest, mit seinem Film „Hitler, eine Karriere", gebaut auf Lügen und der Propaganda der Nationalsozialisten selbst, an die Lösung dieser Aufgabe gemacht. In einer Fernsehdiskussion hat Fest es so formuliert:

„Das Thema ist Volksgemeinschaft ... Niemand kann mir unterstellen, ich hätte in diesem Film unterlassen, die Konsequenzen oder auch die Opfer zu zeigen, unter denen all dies erreicht wurde. Die Tricks zeige ich, aber auch die Opfer. Ich lege etwas mehr Akzent, etwas mehr Gewicht auf die Tricks, weil ich mir davon eine größere aufklärerische Wirkung verspreche." (Aspekte, 25.7.1977)

Auch Bowie empfiehlt die Erforschung und Anwendung solcher Tricks zur neuerlichen Schmiedung der Volksgemeinschaft. Auch Bowie war geladener, erlesener Gast von Bundeskanzler Schmidt zu dem Sommerfest „Hat die Welt Töne". Dort hat Schmidts neuer Zögling geäußert:

„Gute Politiker sind in ihrem Auftreten wie Rockstars. Die Mädchen werden heiß und schwitzig, und die Männer wünschen, daß sie genausó wie die Kerle von der Politik wären." (Wirtschaftswoche, 8.7.)

Verschiedene Vertreter der Bourgeoisie auf gleicher imperialistischer Spur. – (Z-Red.)

Zensuren? Zensuren!

„Hier bei Euch an der Schule sind so ein paar Parolen an die Wand geschmiert: Weg mit den Fünfen und Sechsen. Seid ihr auch der Meinung?" „Ja, ich finde das also echt gut, was die Leute da angeschrieben haben." Der „Nordschau"-Reporter ist offensichtlich unzufrieden mit der Antwort. Er versucht einen anderen Dreh: „Wie würdet Ihr denn urteilen, wenn Ihr jetzt auch Schüleraufsätze von Euren Mitschülern oder aus anderen Klassen beurteilen solltet, würdet Ihr härter urteilen, würdet Ihr milder urteilen?" „Ob uns der Aufsatz gefällt, unsere Meinung könnten wir schon dazu sagen, aber beurteilen? Nein."

Der interviewte Kieler Schüler steht für die Masse. Die Jugend ist gegen die Fünfen und Sechsen, gegen die Noten. Sie bekämpft sie, und sie bekämpft die Konkurrenz und Spaltung, welche die Bourgeoisie immer wieder hineinzutragen sucht. Die Leistung der Klassenkameraden benoten, die Schüler aufeinanderhetzen, so wärs den Bourgeois am liebsten. Dreckige Hoffnungen. Es hat nicht geklappt. Nun muß der bezahlte Berufsunterdrücker ran. „Herr Professor Schröter, sie haben ein Buch geschrieben: ‚Zensuren? Zensuren! ... Sie plädieren grundsätzlich für Zensurengebung, sie kritisieren nur die Methodik. Aus welchen Gründen?" „Ja, alle Versuche, die Zensuren abzuschaffen, sind bisher gescheitert. In welchem Gesellschaftssystem auch immer, sie kamen durch die Hintertür wieder herein. Und ich meine, ohne Zensuren geht es nicht. Das ist ein psychologisches Problem. Jeder Mensch will sich nun einmal vergleichen. Ich meine aber, daß sehr viel getan werden kann, damit die Zensurengebung etwas gerechter werden kann."

Kurmann muß Lehrer bleiben
Weg mit dem Notensystem
Weg mit dem Beamtenrecht
Für die Anerkennung der Bremer Ausbildung

„Die Schule soll im Anschluß an die vorschulische Erziehung die Persönlichkeit der Schüler auf der Grundlage des Christentums, des europäischen Humanismus und der Ideen der liberalen, demokratischen und sozialen Freiheitsbewegungen weiterentwickeln."
§ 2 NSchG Bildungsauftrag der Schule

Treffpunkt: Sonntag 31.7. Georgengarten am Tempel 15⁰⁰

Der Herr Professor wird gegenwärtig herumgereicht bei den bürgerlichen Schreiberlingen. Sieben Jahre hat er geforscht. Jetzt liegt das Ergebnis vor: Zensuren müssen sein, die bestehenden Ungerechtigkeiten gehen zu Lasten der Lehrer. Sie sollen das Zensieren trainieren, schon in der Universität muß damit begonnen werden. Sie müssen objektiver werden, der „Tag der Rache" (Spiegel) muß verschwinden. Die größte Ungerechtigkeit begingen jedoch diejenigen, die keine Fünfen und Sechsen mehr verteilten. „Ungerechtes Privat-Notensystem", beurteilt die „Hannoversche Allgemeine" den Entschluß des Lehrers Kurmann, keine Fünfen und Sechsen mehr zu geben.

Die bürgerliche Klasse ist in Sorge. Heftige Unterdrückung hat den Kampf gegen die Schulunterdrückung nicht zerschlagen können, mit der Reaktion der Bourgeoisie ist die Radikalität auf der Seite der Arbeiterjugend gewachsen. Und die Bewußtheit. In Hannover, an der Grund- und Hauptschule Mühlenberg, gab es langandauernde Kämpfe gegen Klassenzusammenlegungen und Abordnung von Lehrern. Drei Monate haben Schüler und Eltern einer Klasse gestreikt. Der Versuch, eine rebellische Schülerin als „verhaltensgestört" auf die Sonderschule abzuschieben, wurde abgewehrt.

Für die Bourgeoisie ist dies eine gefährliche Entwicklung. Die Entfaltung der kollektiven Kraft der Arbeiterklasse, die Überwindung der Konkurrenz muß sie fürchten wie der Teufel das Weihwasser. Deshalb will sie jetzt die Fortschritte auf der Seite der Volksmassen zudecken durch ideologischen Nebel. Dazu hält sie sich Leute wie den Professor Schröter.

Unter diesem Schleim soll die Reaktion verschärft werden. Die Lehrer Kurmann, Rohrmoser und die Sekretärin des Bezirksverbandes Hannover des KBW, Eva Ennker, die am Mühlenberg unterrichtet, die alle den Kampf gegen Auslese und imperialistische Indoktrination geführt haben, hat sie in den Ferien suspendieren lassen. dagegen gesammelt worden. Eine Brücke mitten im Stadtteil zieren die Forderungen: „Ennker muß Lehrerin bleiben, keine Fünfen und Sechsen!" Niemand hat bis jetzt gewagt, das abzureißen.

„In den Händen des Staates wird die Schule immer verrotten", zitiert die FAZ die Genossin Ennker am 23.7. dankenswerterweise in der Überschrift und gibt die Parole der schwungvollen Entfernung der Lehrer aus. „Die Schulbehörde hat große Angst vor den Eltern und Schülern", schreibt die „Canarisbande Mühlenberg" (Schüler der Mühlenbergschule) in einem Flugblatt. Sie hat allen Grund dazu, geht die Arbeiterklasse voran in der Führung der Kämpfe. – (N-Red.)

„Menschenrecht“ auf Akkordarbeit

Neues Arbeitsgesetzbuch der DDR

Am 1. Januar 1978, fast 30 Jahre nach Gründung der DDR, wird dort das neue Arbeitsgesetz in Kraft treten. Seiner Verabschiedung wurden am 16. Juni stundenlange Lobgesänge in der Volkskammer gebracht.

Der FDGB-Vorsitzende Harry Tisch begründete den Entwurf als „erneuten Beweis für die konsequente und dynamische Verwirklichung der in der UNO-Charta festgelegten Menschenrechte in unserem Sozialistischen Staat.“ Die Abgeordnete Prof. Gertrud Sasse bezeichnete den Gesetzentwurf als „Dokument des Menschenrechts und der Würde des Menschen in der sozialistischen Gesellschaft“. Ein Rudolf Höppner erklärte, „dagegen nehme sich das ganze Gerede von Humanisiserung der Arbeitswelt in den kapitalistischen Ländern recht armselig aus.“ (Neues Deutschland, 17.6.)

Höppner hat gewiß recht. Der Schwindel der Kapitalisten, die Verschärfung der Ausbeutung als „Humanisierung der Arbeitswelt“ auszugeben, ist tatsächlich „armselig“ gegen den Betrug, das neue Arbeitsgesetzbuch der DDR als Inbegriff der Menschenrechte zu verkaufen.

„Armselig“ in der Frechheit der Lüge. Im *Zweck*, der Verschärfung der Ausbeutung zur Vermehrung des Profits, ist kein Unterschied zwischen den westdeutschen Imperialisten und den Imperialisten der DDR festzustellen.

„... ist der Stücklohn anzuwenden“

305 Paragrafen enthält das neue Gesetz, gegenüber 156 im bisher gültigen, das seit 1960 gilt und 1966 wesentlich verändert wurde. Wir müssen uns auf bestimmte Maßnahmen dieser „dynamischen Verwirklichung der Menschenrechte“ beschränken.

Über die *Lohnform* hieß es im alten Gesetz:

„§ 43 (1) Die Lohnform ist abhängig von der Art der Arbeit, der Technologie, der Produktions- und Arbeitsorganisation sowie von den aufgeschlüsselten Planaufgaben zu gestalten. Sie muß die Werktätigen an einem hohen Nutzeffekt der Arbeit und der ständigen Steigerung der Arbeitsproduktivität durch qualitäts- und termingerechte Erfüllung der Arbeitsaufgaben, volle Auslastung der Kapazitäten, sparsame Verwendung von Roh- und Hilfsstoffen und volle Ausnutzung der Arbeitszeit interessieren. Dabei sind bestmögliche Beziehungen zwischen Planerfüllung, Leistung und Lohnentwicklung herzustellen.“

Schon dies Gesetz der neuen Bourgeoisie von 1960 war Gesetz zur Förderung der Profitmacherei. Aus der „bestmöglichen Beziehung“ des letzten Satzes riechen alle möglichen Formen der Konkurrenz durch Prämien-

Das Kapital.

Kritik der politischen Oekonomie.

Von

Karl Marx.

Erster Band.

Titelblatt der Erstausgabe

Karl Marx
„Das Kapital“
Bd. 1: Der Produktionsprozeß der Kapitals
955 Seiten 10,50 DM
Zu beziehen über Buchvertrieb Hager, Postfach 190 240, 6 Frankfurt / Main

zahlung, Aufschläge usw. hervor, riecht auch die Akkordarbeit heraus. Offensichtlich hat die profithungrige Bourgeoisbande der DDR in der Ausbeutungspraxis seit 1960 die „bestmögliche Beziehung zwischen Planerfüllung, Leistung und Lohnentwicklung“ herausgefunden: die Akkordarbeit. Im neuen Gesetz heißt es in § 103, „Lohnformen“:

„(2) Soweit das Arbeitsergebnis gemessen und abgerechnet werden kann, *ist der Stücklohn oder eine Prämienlohnform anzuwenden.* Diese Lohnformen sind so zu gestalten, daß die Werktätigen daran interessiert sind, die Menge und Qualität der Erzeugnisse zu erhöhen, die Grundfonds effektiver auszulasten sowie Energie, Roh- und Hilfsstoffe sparsam zu verbrauchen. Die Lohnformen müssen für die Werktätigen übersichtlich und verständlich sein. Aus ihnen muß der Werktätige ersehen können, welche Arbeitsnormen oder andere Kennzahlen der Arbeitsleistung der Lohnberechnung zugrunde gelegt werden und welchen Lohn er in Abhängigkeit von der Erfüllung dieser Leistungsmaßstäbe erhält.

(3) Für Angestellte können leistungsabhängige Gehaltsprämien festgelegt werden, wenn ihr Arbeitsergebnis auf der Grundlage von Kennzahlen der Arbeitsleistung meßbar und abrechenbar ist und der Rahmenkollektivvertrag das vorsieht.“ (§1o3)

Wie hatte doch der Volkskammerabgeordnete Dr. Klaus Elsner vor der Sitzung gesprochen? „Er unterstrich die klare Sprache des Gesetztestextes.“ (Neues Deutschland, 15.6.77) „... ist der Stücklohn anzuwenden.“ Wir pflichten Dr. Klaus Elsner bei. Klar und deutlich ist hier der Akkordlohn als grundlegende Form des Arbeitslohns gesetzlich vorgeschrieben.

Karl Marx nennt im „Kapital“ den „Stücklohn die der kapitalistischen Produktionsweise entsprechendste Form des Arbeitslohns“ (Band 1, S. 580). Er nennt verschiedene Gründe, die den Kapitalisten die Liebe zur Akkordarbeit geben:

„Die Qualität der Arbeit ist hier durch das Werk selbst kontrolliert, das die durchschnittliche Güte besitzen muß, soll der Stückpreis voll bezahlt werden. Der Stücklohn wird nach dieser Seite hin zu fruchtbarster Quelle von Lohnabzügen und kapitalistischer Prellerei.“ (S. 576)

Im neuen Arbeitsgesetzbuch der DDR heißt es:

„Differenzierung des Lohns nach der Qualität des Arbeitsergebnisses.

(1) Ist die Qualität des Arbeitsergebnisses nicht in der Lohnform berücksichtigt, *erhält der Werktätige bei schuldhaft (fahrlässig oder vorsätzlich) verursachtem Ausschuß keinen Lohn.* Bei schuldhaft verursachter Qualitätsminderung richtet sich der Lohn nach dem Grad der Brauchbarkeit des Arbeitsergebnisses bzw. nach festgelegten Qualitätsstufen oder nach dem durch Nacharbeit erreichten Grad der Brauchbarkeit.“ (§ 109)

In § 109, 2 wird weiter festgelegt, daß die Arbeiter 50 % ihres monatlichen Durchschnittslohns, mindestens jedoch den Mindestlohn erhalten.

Zweierlei tritt hervor: Erstens *ist* in der Regel die „Qualität des Arbeitsergebnisses in der Lohnform berücksichtigt“. Weiter ist auch dort, wo dies nicht ausdrücklich in der Lohnform festgehalten ist, der Ausschuß ein Grund der Lohnminderung. Es handelt sich nebenbei auch um einen Paragraphen gegen Widerstand, wie er sich in Formen der Sabotage äußert.

Weiter „Kapital“, Band 1, Gründe für Stücklohn:

„Da Qualität und Intensität der Arbeit hier durch die Form des Arbeitslohns selbst kontrolliert werden, machen sie großen Teil der Arbeitsaufsicht überflüssig. (...) Der Stücklohn erleichtert einerseits das Zwischenschieben von Parasiten zwischen Kapitalist und Lohnarbeiter, Unterverpachtung der Arbeit.“ (S.577)

Auch dies beschreibt die kapitalistischen Verhältnisse in der DDR treffend. Über die Zahlung von Kollektiven im neuen Arbeitsgesetz:

„Bei Anwendung von Arbeitsnormen oder anderen Kennzahlen der Arbeitsleitung für ein Arbeitskollektiv hat der Werktätige Anspruch auf Lohn nach der für ihn gemäß der §§ 101 und 102 zutreffenden Lohngruppe, seiner tatsächlichen Arbeitszeit und nach der vom Kollektiv erreichten Erfüllung der Leistungsmaßstäbe, *Haben einzelne Kollektivmitglieder durch herausragende Arbeitsleistungen einen besonders hohen Anteil an der Leistung des Kollektivs, kann der Betriebsleiter nach Beratung im Kollektiv die Lohnhöhe der Mitglieder des Kollektivs nach ihrem persönlichen Anteil an der kollektiven Leistung festlegen.*“ (§ 108)

Wer legt fest? Der *Betriebsleiter*, nicht etwa das Kollektiv. Man kann sich gut vorstellen, wie die Leistung der Antreiberei durch besondere Festlegung der Lohnhöhe belohnt wird. Dieser Paragraph beinhaltet die Züchtung einer Arbeiteraristokratie. Marx stellt weiter fest:

„Den Stücklohn gegeben, ist es natürlich das persönliche Interesse des Arbeiters, seine Arbeitskraft möglichst intensiv anzuspannen, was dem Kapitalisten eine Erhöhung des Normalgrads der Intensität erleichtert. Es ist ebenso das persönliche Interesse des Arbeiters, den Arbeitstag zu verlängern, weil damit sein Tages- oder Wochenlohn stetig steigt.“ („Kapital“, Band 1, S. 577/78)

Das ist der unverhüllte Zweck der Einführung des Akkordlohns, wie es auch im ersten Absatz des Paragrafen über Lohnformen heißt, der festlegt, daß „Stimulierung hoher Leistungen“ der Zweck der Lohnform sei, die

„das materielle Interesse der einzelnen Werktätigen und der Arbeitskollektive am wirksamsten auf die Intensivierung der Produktion, einen hohen Nutzeffekt und die ständige Steigerung der Arbeitsproduktivität lenkt.“ (§ 103)

Deutlich sagen die Ausbeuter: Interesse der Arbeiter an Steigerung der Produktion ist freiwillig nicht zu erwarten. Also muß der Lohn den nötigen Druck in Richtung „materielle Interessiertheit“ ausüben. Wie sollte auch sonst irgendein Interesse an der Steigerung der Produktion da sein. Unter der Herrschaft der neuen Bourgeoisie ist die Arbeit Arbeit für deren Profit. Die Lohnform „Stücklohn“ ändert daran nichts, sondern soll die Ausbeutung erleichtern und den Anschein „gerechter Bezahlung“ erwecken.

Spürt hier nicht jeder an dem Gesetzentwurf, wie der Abgeordnete Knöfler es nennt, „Ausdruck des sozialistischen Humanismus“?

Nacht- und Schichtarbeit. Überstunden.

„Die Festsetzung eines normalen Arbeitstages ist das Resultat eines vielhundertjährigen Kampfes zwischen Kapitalist und Arbeiter.“ („Kapital“, Band 1, S.286)

Versteckt der Akkordlohn notdürftig die Schinderei für die Kapitalisten unter der Decke der „Leistung“, die gezahlt wird, ist die Überstunden-, Nacht- und Schichtarbeit offener als Mittel der Profitmacherei kenntlich. Dier Arbeiterklasse der DDR, die lange Erfahrungen von Kämpfen der Arbeiter um den Normalarbeitstag hat, zu betrügen mit dem neuen Gesetz, ist die Ausbeuterklasse derDDR angetreten. Das Betrugsmittel heißt 40-Stundenwoche. Angeblich ist sie das Ziel der Politik der DDR-Führung. Tatsächlich ist das Arbeitsgesetz ein Gesetz zur Einführung der Ausbeutung der Arbeiterklasse rund um die Uhr.

Wohlklingend der erste Absatz:

„(1) Die Politik des sozialistischen Staates ist auf den weiteren schrittweisen Übergang zur 40-Stunden-arbeitswoche durch die Verkürzung der täglichen Arbeitszeit ohne Lohnminderung bei Beibehaltung der 5-Tage Arbeitswoche gerichtet.“ (§ 160)

Zwar steht über dem Paragrafen „Dauer der Arbeitszeit“, darüber finden wir hier jedoch nichts, dondern diese wird jeweils „in Rechtsvorschriften“ vom Ministerrat festgelegt.

Im Frühjahr hat die neue Bourgeoisie der DDR in einem Teil der Betriebe die 40-Stundenwoche eingeführt. Ausdrücklich geschah dies nur in den Betrieben, in denen bereits 3-Schicht gearbeitet wurde. Eine gesetzliche Regelung der 40-Stundenwoche gibt es nicht.

Festgelegt ist vielmehr, daß, „soweit nachfolgend nicht anders bestimmt“, die Arbeit an fünf Wochentagen geleistet wird und die Arbeitszeit zehn Stunden täglich sowie 56 Stunden wöchentlich nicht überschreiten darf. „Die Arbeitszeit muß sich innerhalb von 6 Wochen ausgleichen“ (§ 164). *Wohin* ausgleichen, wird nicht gesagt. *Überstundenarbeit* „großzügig“ gehandhabt:

„(1)Überstundenarbeit darf nur in Ausnahmefällen und mit Zustimmung der zuständigen betrieblichen Gewerkschaftsleitung angeordnet werden.

(2) Ausnahmefälle gemäß Abs. 1 sind:
a) Notfälle (...)
b) saisonbedingte Bergung und Verarbeitung von Nahrungsgütern
c) besonders wichtige betriebliche Aufgaben zur Versorgung und Betreuung der Bevölkerung
d) *unaufschiebbare Arbeiten zur Aufrechterhaltung der Produktion und zur termingerechten Erfüllung besonders wichtiger betrieblicher Planaufgaben.“ (§ 172)*

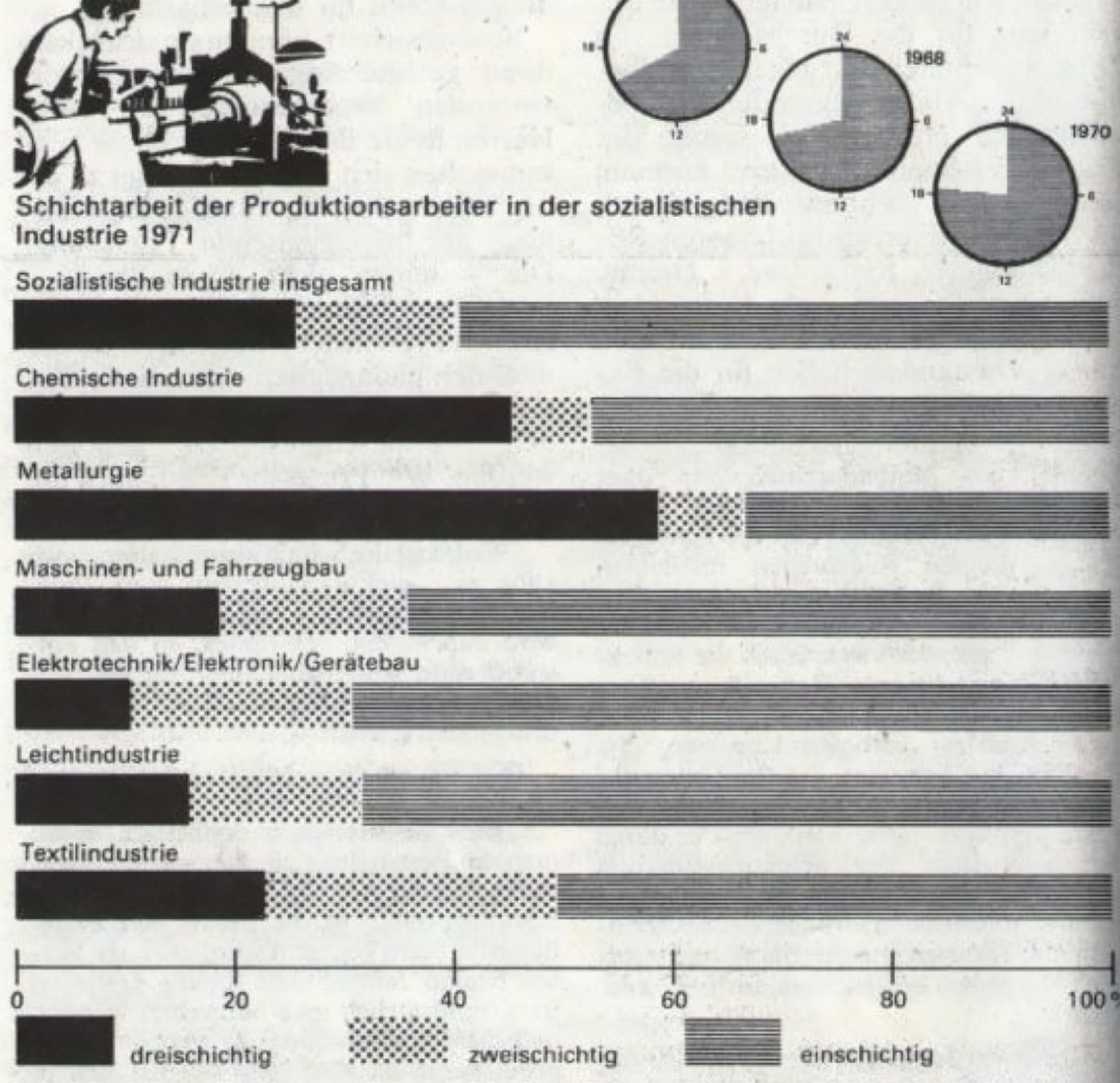
Aufgrund dieser klaren und präzisen Willkürvorschriften können Überstunden verordnet werden:

„Überstunden dürfen der Betriebsleiter und die nach der Arbeitsordnung befugten leitenden Mitarbeiter anordnen.“ (§ 173)

Punktum. Da Betriebsleitung und „leitende Mitarbeiter“ laut Gesetz Weisungsrecht haben, ist Überstundenverweigerung leicht eine „schwerwiegende Verletzung der sozialistischen Arbeitsdisziplin“, und die kann mit fristloser Entlassung beantwortet werden. Überstunden kann auch für Jugendliche ab 16 Jahre angeordnet werden. (§ 174)

„Das konstante Kapital, die Produktionsmittel, sind, vom Standpunkt des Verwertungsprozesses betrachtet, nur da, um Arbeit und mit jedem Tropfen Arbeit ein proportionelles Quantum Mehrarbeit einzusaugen. Soweit sie das nicht tun, bildet ihre bloße Existenz einen negativen Verlust für die Kapitalisten, denn sie repräsentieren, während der Zeit, wo sie brachliegen, nutzlosen Kapitalvorschuß, und dieser Verlust wird positiv, sobald die Unterbrechung zusätzliche Auslagen nötig macht für den Wiederbeginn des Werks. Die Verlängerung des Arbeitstages über die Grenzen des natürlichen Tags in die Nacht hinein wirkt nur als Palliativ, stillt nur annähernd den Vampyrdurst nach lebendigem Arbeitsblut. Arbeit während aller 24 Stunden des Tags anzueignen, ist daher der immanente Trieb

Die Ausnutzung hochproduktiver Maschinen in der zentralgeleiteten volkseigenen Industrie (in Stunden)



Seit Jahren betreibt die neue Bourgeoisie der DDR die Einführung der Dreischichtarbeit in allen Industriebereichen. Deutlich ist dem Schaubild aus dem Jahr 1972 die Unzufriedenheit anzumerken, daß noch nicht überall die Ausbeutung 24 Stunden am Tag stattfindet. Dazu haben sie seitdem große Schritte unternommen. (Aus: Zur ökonomischen Politik der SED, Parteihochschule „Karl Marx“ beim ZK der SED)

der kapitalistischen Produktion. Da dies aber physisch unmöglich, würden dieselben Arbeitskräfte Tag und Nacht fortwährend ausgesaugt, so bedarf es, zur Überwindung des physischen Hindernisses, der Abwechslung zwischen den bei Tag und Nacht verspeisten Arbeitskräften ...“ „Von den allgemein schädlichen Wirkungen der Nachtarbeit abgesehen, bietet die ununterbrochene vierundzwanzigstündige Dauer des Produktionsprozesses höchst willkommene Gelegenheit, die Grenze des nominellen Arbeitstages zu überschreiten.“ („Kapital“, Band 1, S.271/272)

Die neue Bourgeoisie der DDR, Lieferant hoher Tribute in Form von Maschinerie an die sozialimperialistischen Oberherren in der Sowjetunion, sind erst recht bestrebt, das konstante Kapital, die Maschinerie, 24 Stunden am Tag zur Ausbeutung zu nutzen. Seit mehreren Jahren wird eine Kampagne für die Einführung des 3-Schichtsystems in allen Industriezweigen geführt. Die Übergabe laufender Maschinerie zwischen den Schichten ist die Regel geworden und damit auch die entsprechende Verlängerung der Arbeitszeit.

Im Arbeitsgesetz muß die Nachtarbeit deshalb als völlig normale, nicht als Ausnahmeregelung betrachtet werden. Für Nachtarbeit wird ein Zuschlag von 10 % gezahlt, wenn in „Rahmenkollektivverträgen“ nicht anders vereinbart. Nachtarbeit für Jugendliche ist offiziell verboten, aber erlaubt für Lehrlinge ab Sechzehn, „wenn es die Ausbildung erfordert“ (ebenso übrigens die Akkordarbeit). Erziehungsberechtigte, Betriebsarzt und zuständige betriebliche Gewerkschaftsleitungen müssen zustimmen – der Jugendliche nicht.

„Tuberkulosekranke und -rekonvaleszenten, Altersrentner und Rehabilitanden können Nachtarbeit ablehnen. (...)

Schwerbeschädigte dürfen nur unter Berücksichtigung der Art und des Grades ihres Körperschadens zur Nachtarbeit herangezogen werden.“ (§ 170)

Kinder und Krüppel für die Nachtarbeit „heranziehen“, ist das Wesen des „sozialistischen Humanismus“ der Prägung der neuen Bourgeoisie. Unter wohltönenden Phrasen wird die Despotie des Kapitals, den Arbeiter zu jeder Tag- und Nachtzeit ausbeuten zu wollen, nur schlecht verhüllt. Folgender unverschämter Absatz:

„Sonn- und Feiertage sind Tage der Arbeitsruhe. Arbeit an Sonn- und Feiertagen ist zulässig, wenn es die Versorgung und Betreuung der Bevölkerung, der ununterbrochene Produktionsablauf, die volle Ausnutzung von Anlagen oder die Durchführung volkswirtschaftlich besonders wichtiger Aufgaben erforden.“ (§ 168)

Also: Sonntags wird nicht gearbeitet. Es sei denn, deshalb müßte die Produktion unterbrochen werden und Anlagen stillstehen. Dann wird doch gearbeitet. „Klare Sprache“ des Gesetzentwurfes.

Im übrigen wird Sonntagszuschlag nur dann gezahlt, wenn die Arbeit nicht im Arbeitszeitplan vorgesehen war (§ 169). Fallen überhaupt mehrere Zuschläge zusammen, macht ein Arbeiter zum Beispiel nachts Überstunden, wird nur ein Zuschlag (der höchste) gezahlt.

Dies Wunderwerk an Humanismus und Menschenrechtsgedanken hat noch weitere Spezialitäten, die wir nur andeuten können. Die Urlaubsparagrafen, nach denen man jederzeit zurückgerufen werden kann (und kommen muß!) (§ 198). Z.B. die bedeutende Verordnung, daß der Arbeiter zwangsweise versetzt werden kann und ihm völlig andere Arbeit zugewiesen werden kann als die, für die er eingestellt worden ist. (§ 84–90)

Alle diese Gemeinheiten und Auswüchse der Profitmacherei sollen versteckt werden durch die überall dabeistehende Vorschrift, die Zustimmung der FDGB-Organisation sei nötig. Man muß, um die Bedeutung dieser staatlichen Organisation richtig würdigen zu können, wissen, daß der gesamte Gesetzestext nach *Entwurf des FDGB* verabschiedet wurde. Der FDGB ist nicht die Klassenorganisation der Arbeiter in der DDR.

Die Bourgeois in der DDR rühmen sich, das „Recht auf Arbeit“ geschaffen zu haben. Abgesehen davon, daß es um das Recht auf Ausbeutung ginge, steht auch nichts Konkretes im Gesetzbuch. Lediglich, daß der Betrieb vor Entlassungen verpflichtet ist, einen „zumutbaren“ „Überleitungsvertrag“ auf einen anderen Betrieb angeboten hat und dieser ihn abgelehnt hat. Was „zumutbar ist, steht nicht da. Bei fristlosen Entlassungen („bei schwerwiegender Verletzung der sozialistischen Arbeitsdisziplin oder staatsbürgerlicher Pflichten“) ist der Betrieb verpflichtet, „den Werktätigen bei der Aufnahme einer anderen Arbeit zu unterstützen“ (§ 56). Mehr nicht.

Die revisionistische DKP geht hausieren mit dem „realen Sozialismus“ der DDR. Es handelt sich um ihr angestrebtes Ziel: Selbst als neue Bourgeoisie die Fleischtröge der Ausbeutung zu besetzen und diese hemmungslos auszuweiten. (Z-Red.)

(Das Gesetz zitiert nach: Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik, Teil I, Nr. 18 vom 22. Juni 1977)